



# Landtag Mecklenburg-Vorpommern

109. Sitzung

5. Wahlperiode

---

Freitag, 19. November 2010, Schwerin, Schloss

---

Vorsitz: Vizepräsident Andreas Bluhm und Vizepräsident Hans Kreher

## Inhalt

Antrag der Fraktionen der CDU und SPD: <b>Erste Bewertung von Vorschlägen zur Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013</b> – Drucksache 5/3880 – .....	19
Beate Schlupp, CDU .....	19, 29
Minister Dr. Till Backhaus .....	20
Dr. Fritz Tack, DIE LINKE .....	23
Ute Schildt, SPD .....	24
Sigrun Reese, FDP .....	26
Raimund Frank Borrmann .....	27
Udo Pastörs, NPD .....	27
<b>B e s c h l u s s</b> .....	30
Antrag der Fraktion der FDP: <b>Chancengleichheit durch Bildung für alle</b> – Drucksache 5/3879 – .....	13
Hans Kreher, FDP .....	13, 17
Marc Reinhardt, CDU .....	15
Andreas Bluhm, DIE LINKE .....	15
Birger Lüssow, NPD .....	17
<b>B e s c h l u s s</b> .....	19
Antrag der Fraktion der NPD: <b>Verletztenrente nicht als Einkommen anrechnen</b> – Drucksache 5/3896 – .....	30
Michael Andrejewski, NPD .....	30, 33
Günter Rühls, CDU .....	31
<b>B e s c h l u s s</b> .....	34
<b>Änderung der Tagesordnung</b> .....	34

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

**Selbstständige und Freiberufler im**

**Hartz IV-Bezug fördern und nicht behindern**

– Drucksache 5/3890 – .....	34
Barbara Borchardt, DIE LINKE .....	34
Minister Jürgen Seidel .....	35
Jochen Schulte, SPD .....	37
Michael Andrejewski, NPD .....	40
Günter Rühls, CDU .....	40
Torsten Koplin, DIE LINKE .....	42
Toralf Schnur, FDP .....	43
<b>B e s c h l u s s</b> .....	44

**Nächste Sitzung**

Mittwoch, 15. Dezember 2010 .....	44
-----------------------------------	----

**Beginn: 9.00 Uhr**

**Vizepräsident Hans Kreher:** Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 109. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratung vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 28:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Programm „Soziale Stadt“ mit ganzheitlichem Ansatz erhalten, Drucksache 5/3892.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE:  
Programm „Soziale Stadt“ mit  
ganzheitlichem Ansatz erhalten  
– Drucksache 5/3892 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Lück von der Fraktion DIE LINKE.

**Regine Lück, DIE LINKE:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Ich habe das Gefühl, wenn ich in den Saal gucke, es sind gar nicht so viele Kollegen daran interessiert,

(Harry Glawe, CDU: Doch, die Anwesenden ja. – Egbert Liskow, CDU, und Michael Andrejewski, NPD: Doch.)

sich mit den Problemen der „Sozialen Stadt“ auseinandersetzen.

(Michael Andrejewski, NPD: Es ist zu früh für die „Soziale Stadt“.)

Aber was nicht ist, kann ja noch werden.

(Harry Glawe, CDU: Genau.)

Was ist das Besondere am Programm „Soziale Stadt“? Es ermöglicht neben der Förderung von baulichen Maßnahmen auch die von soziokulturellen Maßnahmen. Das Baugesetzbuch spricht von einer aufeinander abgestimmten Bündelung investiver, aber auch sonstiger Maßnahmen.

Gestatten Sie mir einen kurzen Exkurs in das Baurecht. Das Baugesetzbuch wurde im Jahr 2004 inhaltlich um Maßnahmen zum Stadtumbau und um Maßnahmen der „Sozialen Stadt“ erweitert. Seitdem sind sozialräumliche Gesichtspunkte nicht mehr nur bei baulichen Maßnahmen zu berücksichtigen. Sozialräumliche Gesichtspunkte rechtfertigen nun auch eigenständige, umfangreiche Maßnahmen investiver und nicht investiver Art. Das ist das Entscheidende.

(Egbert Liskow, CDU: Aha!)

Damit wurden neben der baulichen auch die soziale und politische Dimension Bestandteil des Städtebaurechts. Dies geschah, um die Durchführung des Programms „Soziale Stadt“ zu unterstützen. Das geht aus der Begründung zum damaligen Gesetzentwurf hervor. Gemeinsam mit dem Stadtumbau trägt es dem demografischen Wandel und den Folgen des wirtschaftlichen Strukturwandels Rechnung.

Das Programm „Soziale Stadt“ hat sich in den elf Jahren seit seinem Beginn zu einem Programm entwickelt, was seinesgleichen sucht. Seit 1999 hat es mit seinem ganzheitlichen und integrativen Ansatz einen bedeutenden Beitrag nicht nur zur Stabilisierung, sondern auch zur Aufwertung von Ortsteilen geleistet,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

die durch soziale Missstände benachteiligt waren und zum Teil auch noch benachteiligt sind. Es ist ein lernendes Programm, weil es den vielfältigen Besonderheiten in jedem einzelnen Programmgebiet Rechnung trägt und unterschiedlichste Herangehensweisen erlaubt.

Das Ziel dieses Programms ist eindeutig: Es will die soziale Spaltung stoppen und den sozialen Zusammenhang stärken. Die Projekte und die daran Beteiligten sind äußerst unterschiedlich und vielfältig. Die Projekte zeugen von enormer Kreativität und ungeahnten Potenzialen aller Beteiligten. Sie alle, Kolleginnen und Kollegen, wissen, dass es ein mühseliger und auch ein langwieriger Prozess ist, um Imageverluste von Stadtteilen wieder aufzubessern.

Dass die schwarz-gelbe Mehrheit am 6. Oktober im Bauausschuss des Bundestages beschloss, dieses Programm künftig auf investive Maßnahmen zu konzentrieren, zeugt für mich von bemitleidenswerter Inkompetenz und vor allem auch von Ignoranz.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ein Skandal ist das. – Egbert Liskow, CDU: Na, na, na, na, na!)

Ja, das ist eindeutig so.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Wissen Sie, was Sozialkapital für die Gesellschaft bedeutet? Ich will Ihnen Sozialkapital am Beispiel von intaktem Dorfleben deutlich machen. Ein Leben in dörflicher Gemeinschaft ist geprägt von regem Vereinsleben. Dorf- und Vereinsfeste, von vielen Menschen gemeinsam und ehrenamtlich organisiert, sind immer besondere Höhepunkte.

(Beate Schlupp, CDU: In den Dörfern sind nicht viele Menschen. Wo leben Sie denn? – Egbert Liskow, CDU: In der Stadt.)

Wenn was los ist im Dorf, ist jede und jeder dabei, ob Jung oder Alt, ob Arm oder Reich, man kennt sich, man schätzt sich, man hilft sich.

(Udo Timm, CDU: Ja, Frau Dörflerin, das können Sie so richtig einschätzen. Toll, was Sie machen!)

Ja, das kann ich sehr gut einschätzen, weil ich eine Oma auf dem Dorf habe. Das kann ich sehr gut einschätzen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Helmut Holter, DIE LINKE: Richtig, Regine weiß das. – Udo Timm, CDU: Keine Ahnung, aber schwatzen.)

Man fühlt sich geborgen und wohl im Dorf, nur eines kann man eben nicht im Dorf sein, man kann nicht anonym sein. Und genau darauf wollte ich mich konzentrieren.

In größeren Städten sieht das natürlich anders aus. Und das wollte ich damit zum Ausdruck bringen. In Stadtteilen, in denen viele Menschen arm sind, in denen viele das Gefühl haben, versagt zu haben und nicht gebraucht zu werden, ist die Anonymität sehr verbreitet. Und da kann ich mir auch ein Urteil erlauben. Menschen scheinen hier bunt zusammengewürfelt zu sein, oftmals sind sie zugezogen, Nachbarn kennen sich kaum, ein Teil der Men-

schen leidet unter Einsamkeit. Viele leben von Hartz IV, manche schon in zweiter Generation. Und das wissen Sie auch sehr gut. Oftmals leben diese Menschen nebeneinander, nicht miteinander. Sie sind gesellschaftlich ausgegrenzt, schon allein auch durch die Adresse stigmatisiert.

Wo traditionelle Beziehungsnetze wie Nachbarschaft, Freundeskreise und Vereinsstruktur nicht mehr greifen, kann die Einbindung in soziale und kulturelle Projekte die Menschen aus dieser Perspektivlosigkeit holen. Wer die Möglichkeit hat, sich zu engagieren und so Anerkennung zu erhalten, bekommt ein neues Selbstwertgefühl, traut sich mehr zu,

(Unruhe bei Egbert Liskow, CDU,  
Udo Timm, CDU, und Peter Ritter, DIE LINKE)

beispielsweise das Nachholen eines Schulabschlusses, einer Ausbildung etwa oder einen beruflichen Neustart.

Hören Sie doch erst mal zu, was ich zu sagen habe! Sie können sich dann in der Diskussion äußern, Kollege Timm.

Genau da setzt das Programm „Soziale Stadt“ nämlich an. Einwohnerinnen und Einwohner werden dazu motiviert, ihr Wohnumfeld aktiv zu gestalten, mitzugestalten beim gesellschaftlichen und kulturellen Geschehen in den Stadtteilen. Und sie können daran mitwirken, ein Umfeld zu schaffen, in dem sie sich wohlfühlen.

Die im September 2009 anlässlich des zehnten Programmjubiläums vom Bauministerium durchgeführte Fachtagung zeigte die Aufbruchstimmung, die das Programm in den Programmgebieten der sechs kreisfreien Städte in unserem Land erzeugt hat. Natürlich haben auch bauliche Maßnahmen zur Aufwertung des Wohnumfeldes und bei den Infrastruktureinrichtungen ihren Anteil am Erfolg des Programms. Schließlich braucht man Räume, in denen man sich treffen und auch Projektarbeit machen kann. Diese Tagung machte aber auch deutlich, wie wichtig die nicht investiven Maßnahmen sind. Und darauf will ich mich auch in meinen Ausführungen konzentrieren.

Aus dem Programm werden die hauptamtlich tätigen Quartiersmanager und die Stadtteilbüros finanziert. Dort laufen alle Fäden zusammen. Es dauert Jahre, bis sich gut funktionierende Strukturen und Netzwerke aufgebaut haben, sich die unterschiedlichen Träger und Partner zusammengerauft haben und vielfältige Projekte angeschoben wurden. Das können Stadtteilstreife, Nachbarschaftstreffs, Sprachkurse, Musik- oder Tanzprojekte, Zeichen- und Lesezirkel, Koch- oder Schneiderkurse, aber auch Bibliotheken oder Stadtteilzeitungen oder Fahrradwerkstätten sein. Die Programmgebiete konnten ihr Image verbessern, viele Menschen besuchen die Projekte und Veranstaltungen und bringen sich auch ein. Nur zweifle ich stark daran, ob sich ohne beständige und unermüdliche Arbeit der Stadtteilbeauftragten oder auch der Quartiersmanager Strukturen dauerhaft und selbst tragen können und Projektarbeit leistbar ist.

Meine Fraktion und ich sagen, das Engagement von Vereinen, Wohlfahrtsverbänden und auch das der ehrenamtlich Tätigen muss unterstützt und koordiniert werden. Einwohnerinnen und Einwohner brauchen einen Ansprechpartner, der sich um ihre Belange kümmert, jemanden, dem sie vertrauen können und der weiß, wo Unterstützung herkommen kann. Das sind die Stadtteilbeauftragten oder die Quartiersmanager. Auf die kann man nicht verzichten.

(Udo Pastörs, NPD: Allein der Begriff ist anorganisch und falsch.)

Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen genau, dass sich die klammern Kommunen Stadtteilbeauftragte oder auch Quartiersmanager nicht leisten können. Und genau deshalb muss deren Finanzierung aus dem Programm auch weiterhin gesichert werden.

Außerdem hilfreich und Ausdruck gelebter Demokratie ist auch der Verfügungsfonds. Auf den möchte ich auch noch mal verweisen. Mithilfe dieses Fonds wird unkompliziert Geld für die Projektarbeit vergeben, meistens für Material, aber auch für Öffentlichkeitsarbeit. Jenseits aller Politikverdrossenheit engagieren sich die Quartiersbeiräte nämlich ehrenamtlich, Herr Timm, um die Fördergelder sinnvoll zu verteilen. Sie erhalten dafür keine Aufwandsentschädigungen und sie engagieren sich in ihrer Freizeit. Dieser Projektfonds ermöglicht erst die Durchführung der Projekte. Es sind meistens nur wenige Hundert Euro, die ein Projekt möglich machen oder es scheitern lassen. Aber wir alle wissen, dass man ohne Zutaten nicht kochen und natürlich ohne Farbe auch nicht malen kann.

(Egbert Liskow, CDU: Aha!)

Die meisten Projektträger arbeiten für sehr niedrige Honorarsätze, dafür aber mit viel persönlichem Einsatz, und es wird großartige Arbeit für kleines Geld geleistet. Bei der Projektarbeit wird das gelebt, was Politik oftmals nicht schafft: Menschen kommen sich näher und arbeiten gemeinsam, ob sie nun Natascha oder Rudi heißen.

(Udo Pastörs, NPD: Ha, Natascha!  
Mehmet haben Sie noch vergessen.)

Man lernt sich kennen und lernt andere Kulturen achten. Man redet miteinander und man akzeptiert sich. Und auch über die Kinder, vor allem von einer Kindertanzgruppe ist das auch berichtet worden, lernen sich dann natürlich auch Eltern verschiedener Herkunft kennen. Es wäre eine völlig verfehlte Politik, wenn die Maßnahmen zur Integration von Migrantinnen und Migranten aus dem Programm gestrichen werden.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, ja.)

Das Programm hilft auch der lokalen Wirtschaft. Das möchte ich auch noch mal genau in Ihre Richtung bringen, meine Damen und Herren.

Die im Quartier ansässigen Geschäfte und Handwerker, die ja oft Einzelkämpfer sind, werden durch professionelle Wirtschaftsförderung unterstützt und sie haben es in benachteiligten Stadtgebieten besonders schwer zu überleben, weil natürlich die Kaufkraft auch nicht da ist. Doch ihr Verbleiben, ihre Verankerung am Standort ist besonders wichtig für eine wohnortnahe Versorgung mit Angeboten und Dienstleistungen. Das kann man doch nicht ernstlich alles aufgeben wollen, meine ich.

Zunehmende Spannungen und Probleme in unseren Städten lassen sich ohne den Einsatz von kreativen integrierten und ressortübergreifenden städtebaulichen Handlungskonzepten nicht lösen. Und genau deshalb muss das Programm „Soziale Stadt“ mit dem integrierten Ansatz weitergeführt und weiterentwickelt werden.

(Beifall bei Abgeordneten  
der Fraktion DIE LINKE)

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Vizepräsident Hans Kreher spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Meine Damen und Herren, im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Um das Wort hat zunächst gebeten der Minister für Verkehr, Bau und Landesentwicklung Herr Schlotmann. Herr Schlotmann, Sie haben das Wort.

**Minister Volker Schlotmann:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will noch mal etwas grundsätzlicher auf die Problematik eingehen, denn das Thema „Soziale Stadt“ ist ein wichtiger, ein entscheidender Teil, aber eben nur ein Teil des ganzen Problems der Städtebauförderung.

(Egbert Liskow, CDU: Genau. –  
Udo Timm, CDU: Genau das ist es.)

Das muss man ganz nüchtern so sehen.

(Helmut Holter, DIE LINKE:  
Das streitet ja niemand ab.)

Das habe ich Ihnen auch nicht unterstellt, Kollege Holter.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das war in Bezug auf die Zwischenrufe.)

Ach so.

Meine Damen und Herren, der Haushaltsausschuss des Bundestages, das wissen Sie wahrscheinlich alle, hat die Kürzung der Städtebaufördermittel von 610 Millionen Euro auf 455 Millionen Euro tatsächlich beschlossen. Grundsätzlich dazu: Eine Halbierung der Halbierung ist aus meiner Sicht ein existenzielles Problem.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE –  
Helmut Holter, DIE LINKE: Richtig.)

Ich will darauf hinweisen und gleichzeitig den Appell an die Mitglieder dieses Landtages richten: Viele von Ihnen kommen im wohlverstandenen Sinne zu mir und werben für Projekte in ihren Bereichen, in ihren Wahlkreisen. Diese Projekte werden zusammengestrichen werden müssen, wenn das passiert, was der Haushaltsausschuss dem Bundestag vorgeschlagen hat. Wir reden hier immer noch über eine 25-Prozent-Kürzung, 25 Prozent, ein Viertel der Mittel.

Da muss ich sagen, ich habe da ein Problem damit, insbesondere auch, wenn ich manche Begründungsszenarien zur Kenntnis nehme, insbesondere aus dem Süden der Republik. Ich sage das hier so offen. Einige Vertreter dort haben hinter vorgehaltener Hand erklärt, na ja, das Thema „Soziale Stadt“ – das ist ja sozusagen das Hauptschlachtfeld, wo am meisten gekürzt werden soll –, das sei eh ein Programm, so eine Art postkommunistische Spielwiese.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, ich glaube, hier haben sich einige ideologisch völlig vergaloppiert, weil ich hier viele CDU-Kollegen und auch FDP-Kollegen kenne, die sehr wohl Befürworter dieses Programms „Soziale Stadt“ sind, weil sie sehen, was vor Ort an Sinnvollem da passiert. Ich erinnere einfach daran, dass zukünftig mit Augenmaß bei Projekten, wo sich dann herausstellt, dass sie dann noch mal ein paar Hunderttausend Euro

mehr kosten, dass das in Zukunft noch viel weniger möglich sein wird, als das bisher der Fall gewesen ist, das auszufinanzieren.

Ich bin auch Realist genug, um mir vorzustellen, was der Bundestag in seiner Mehrheit beschließen will. Ich kann Ihnen nur noch mal sagen, ich werde bis zuletzt versuchen, im Interesse Mecklenburg-Vorpommerns hier Gegenwehr zu organisieren. Ich habe persönlich jeden Bundestagsabgeordneten einzeln angeschrieben, keinen allgemeinen Brief, sondern jeden einzelnen.

(Udo Pastörs, NPD: Toll!)

Und interessanterweise habe ich von allen Fraktionen auch Antworten bekommen und durch die Bank – und zwar von allen, CDU, FDP, SPD, Grüne, DIE LINKE – immer positive Reaktionen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Dann kann man ja dem Antrag zustimmen, ne?)

Die spannende Frage wird ja sein, wie man sich dann tatsächlich in der Abstimmung im Bundestag verhält, weil da muss man die Kolleginnen und Kollegen an ihren Taten messen und nicht nur an ihren Worten.

Trotzdem – und da liegen wir ein Stück weit auseinander, ich habe das im Gesamtzusammenhang Städtebauförderung auch das letzte Mal gesagt – ist es aus meiner Sicht zumindest nicht hilfreich, jetzt über Verteilung von Mitteln innerhalb der Städtebauförderung groß zu diskutieren, die wir nämlich noch gar nicht haben.

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Das heißt, wir wissen nicht, wie die 28,5 Millionen Euro verteilt werden. Wir wissen auch nicht, ob die Solidarpaktzusagen eingehalten werden, denn ich habe gestern noch ein Schreiben von Herrn Ramsauer auf dem Tisch gehabt, wo er sich ganz klar zur Einhaltung der Festlegungen im Solidarpakt bekennt. Aber das eine schließt eigentlich diese Kürzung dann wiederum an der Stelle aus. Also so ganz ist mir noch nicht klar, wo die Reise in der nächsten Woche im Bundestag hingeht. Deswegen sage ich, wir wissen auch nicht mit letzter Sicherheit, was der Bundestag beschließen wird.

In dieser Situation selbst vorzupreschen und zu sagen, was wir noch brauchen und was nicht, denn das ist dann immer der Umkehrschluss, und das im Wesentlichen mit Pressemitteilungen oder Ähnlichem, das, ist meine Auffassung, macht dem Bund die Kürzung für Mecklenburg-Vorpommern gerade leichter, nicht mehr und nicht weniger.

Meine Damen und Herren, noch ein paar Worte zum Inhalt des Antrages, dessen Zielrichtung ich teile. Ich halte wirklich nichts davon, Stadtentwicklung allein – ich betone, allein – auf Investitionen in Gebäude zu beschränken. Es geht letztendlich auch bei der Städtebauförderung und der Stadtentwicklung darum, Städte lebenswerter zu machen. Es geht nämlich auch immer um die Menschen, die diese Städte bevölkern, die dort leben. Sie sollen sich in ihrer Stadt wohlfühlen können und sie sollen sie auch mitgestalten können. Ich glaube, da ist es unbestritten, dass ein lebendiges Stadtteilzentrum genauso wichtig oder vielleicht manchmal sogar wichtiger sein kann als ein schön gestalteter Platz. Ich denke, wir brauchen beides und deshalb brauchen wir auch das Programm „Soziale Stadt“.

Ich will in Erinnerung rufen, von 1999 bis 2010 wurden in die zwölf Fördergebiete in Mecklenburg-Vorpommern

aus dem Programm „Soziale Stadt“ insgesamt 72 Millionen Euro investiert und damit wurden rund 1.700 Einzelmaßnahmen umgesetzt, und davon 1.500 bürgergetragene Kleinprojekte. Allein diese Zahl lässt das Engagement vor Ort deutlich werden. Da gab und gibt es eine Menge nicht investiver Projekte. Ich erinnere an das Projekt „Familienhebammen“ in Stralsund oder in Rostock das Projekt „Besser essen. Mehr bewegen“ und das Projekt „Marktkonzept zur Verbesserung der lokalen Ökonomie“ in Schwerin.

Meine Damen und Herren, der Mensch mit sozialem Umfeld, seiner wirtschaftlichen Situation und seinem Wohnumfeld, das muss bei all diesen Projekten im Mittelpunkt stehen, und das tut es. Und genau hier setzt auch das Programm „Soziale Stadt“ an. Sozialer Zusammenhalt soll gestärkt werden.

An dieser Stelle möchte ich die Gelegenheit nutzen, mich bei den Quartiersmanagern und wie auch immer die Bezeichnungen sind, jedenfalls allen ehrenamtlich Engagierten und Aktiven vor Ort, mal von dieser Stelle aus zu bedanken für das, was sie da in den letzten Jahren geleistet haben.

(Beifall bei Abgeordneten  
der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Wenn einer Lob verdient hat, dann sind das diese Menschen, die sich da engagieren.

Zum Schluss möchte ich noch einen weiteren Hinweis loswerden. Im Koalitionsvertrag Bund ist die Stärkung des sozialen Zusammenhaltes übrigens explizit auch als Ziel der Stadtentwicklung genannt. Wörtlich heißt es dort: „Wir werden die Städtebauförderung als gemeinschaftliche Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen auf bisherigem Niveau, aber flexibler fortführen.“ Und weiter heißt es dort: „Das Programm ‚Soziale Stadt‘ soll stärker ressortübergreifend umgesetzt werden.“

Meine Damen und Herren, ich kann dem eigentlich nichts hinzufügen. Letztendlich kann man nur hoffen, dass das, was in diesem Koalitionsvertrag so formuliert worden ist, dann auch weiterhin Gültigkeit hat, und zwar länger als bis zur Beschlusslage im Bundestag in der nächsten Woche.

Ich bitte Sie, versuchen Sie wirklich, alles noch mal daranzusetzen, dass der Bundestag möglicherweise im Interesse auch unseres Landes sich anders entscheidet als der Haushaltsausschuss im Bundestag. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Liskow von der Fraktion der CDU.

**Egbert Liskow,** CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Soziale Stadt“ ist, glaube ich, ein wichtiges Thema. Frau Lück und auch der Minister haben das Thema angesprochen, vor allem ist es ein Thema der kreisfreien Städte. Wir haben zurzeit noch sechs kreisfreie Städte, zwölf Programme, in jeder kreisfreien Stadt gibt es zwei Programme.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

So, wie wir wissen, ist es ein Teil der Städtebauförderung und alle Fraktionen, alle Mitglieder, auch aus Mecklenburg-Vorpommern, haben sich dafür eingesetzt, dass die Städtebauförderung nicht gekürzt wird. Es hat lei-

der nicht geklappt, diese Kürzung komplett zurückzunehmen. Von den 587 Millionen Euro, die im Moment da drin sind, wird auf 455 Millionen Euro zurückgekürzt. Ich denke, es ist schon mal ein Erfolg, dass die Kürzung nicht so stark zurückgeführt worden ist.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ja, ja. –  
Zurufe von Harry Glawe, CDU, und  
Torsten Koplín, DIE LINKE)

Wir hätten uns alle gewünscht, dass sogar aufgestockt wird, ist ganz klar, aber Geld kann immer nur einmal ausgegeben werden, und das gilt für den Bund genauso wie für die Kommunen oder für das Land.

So, wie ich weiß, wird diese Städtebauförderung nicht sofort auf diese 455 Millionen Euro zurückgeführt, sondern in mehreren Etappen sozusagen, über mehrere Jahresscheiben. Trotzdem ist es eine Kürzung, die natürlich ganz speziell die Städtebauförderung treffen wird. Das Problem, was ich sehe, das ist natürlich ganz speziell für die kreisfreien Städte, dass man für die „Soziale Stadt“ nicht mehr genug Geld haben wird, für diese Projekte.

Aber wir dürfen natürlich nicht nur an die „Soziale Stadt“ denken, Städtebauförderung ist auch in den Klein- und Mittelstädten wichtig. Wir gucken immer als Leute der kreisfreien Städte auf unsere Probleme und ich denke mal, die sozialen Probleme sind in den Klein- und Mittelstädten genauso da wie in den großen Städten

(Marc Reinhardt, CDU: Sehr richtig,  
Herr Liskow, sehr richtig.)

und da gibt es zurzeit gar keine Programme „Soziale Stadt“.

(Helmut Holter, DIE LINKE:  
Das gab es doch noch nie in  
Mecklenburg-Vorpommern.)

Nein, das hat auch gar keiner gesagt.

(Helmut Holter, DIE LINKE:  
So was gab's noch nie in kleineren  
Städten. Das wissen Sie doch.)

Herr Holter, aber trotzdem gibt es da auch solche Probleme.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja,  
natürlich gibt es hier Probleme.)

Aus meiner Sicht ist es vielleicht auch möglich, nicht nur aus Städtebauförderung da entsprechende Programme aufzulegen. Da kann man sich, glaube ich, auch als Land ...

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das wurde  
in der Vergangenheit gemacht, Herr Liskow.)

Genau.

(Helmut Holter, DIE LINKE:  
Das wollen Sie ja alles nicht.)

Da kann man sich als Land ganz speziell dazu durchringen, auch spezielle Programme zu machen. Man muss es also nicht unbedingt aus Städtebauförderung machen.

(Torsten Koplín, DIE LINKE:  
Aus Landesmitteln. –  
Barbara Borchardt, DIE LINKE: Auch  
wir können nur einmal den Euro verbrauchen.)

Ja, genau.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das sagen Sie uns ja auch permanent. Und nun wollen Sie ein neues Programm haben?)

Ich habe nicht gesagt, dass ich nicht ein neues Programm haben will, ich habe auch gesagt, dass es auch im Land möglich ist. Es muss nicht unbedingt ein Bundesprogramm sein. Man kann es in andere Programme einordnen. Die Frage, die für mich steht: Zurzeit ist es ja so, dass der Haushaltsausschuss nicht gesagt hat, dass diese Gelder nicht für „Soziale Stadt“ genommen werden dürfen. Sie sagen hauptsächlich, vordringlich, investiv,

(Regine Lück, DIE LINKE: Wir haben gesagt, nur für investive Maßnahmen.)

aber es ist nicht mehr ausgeschlossen für „Soziale Stadt“ gemacht.

Nein, es steht nicht,

(Regine Lück, DIE LINKE: Das ist eine eindeutige Aussage.)

es steht nicht drin, ausschließlich für investive, sondern vordringlich bevorzugte investive Maßnahmen.

(Regine Lück, DIE LINKE: Na ja, gut.)

Man hat ganz bewusst die Haushaltserläuterung herausgenommen,

(Regine Lück, DIE LINKE: Das Ergebnis ist aber nicht dasselbe.)

sodass auch diese Möglichkeiten der „Sozialen Stadt“ noch da sind.

Für alle Bundestagsabgeordneten hier aus M-V – und das haben wir hier, glaube ich, schon mehrmals gesagt, auch letztes Mal, wo wir über Städtebauförderung gesprochen haben – ist es eigentlich nicht hinnehmbar, dass die Städtebauförderung insgesamt gekürzt wird und damit auch diese Programme „Soziale Stadt“. Sie haben ja auch noch mal in Ihrem Antrag in Punkt 1 das Programm „Soziale Stadt“ gelobt. Und das machen wir eigentlich auch, dass wir sagen, da ist wirklich sehr viel erreicht worden in der Vergangenheit. Aber dafür brauchen wir eigentlich keinen Antrag, um da noch mal zu sagen, dass da eine gute Arbeit geleistet worden ist.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Wie viele Begrüßungsanträge gab es aus der Koalition? Nun drehen Sie sich aber im Kreis, Herr Liskow. Wir wollen den Minister unterstützen. Das wollen Sie doch auch. Dann stimmen Sie doch dem Antrag zu!)

Wir wollen den Minister immer unterstützen, das tun wir soundso, schon im Vorfeld.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das merkt man.)

Dazu haben wir uns als Parlament schon im letzten Landtag positioniert, dass wir eindeutig dafür sind, dass die Städtebauförderung im Land Mecklenburg-Vorpommern weiter erhalten bleibt, auf hohem Niveau erhalten bleiben muss, dass gerade der Städtebau weiter nach vorn getrieben wird. Und da ist natürlich ein Teil die „Soziale Stadt“. Dazu stehen wir auch in den kreisfreien Städten. Aber ich bin auch der Meinung, dass es nicht nur für kreisfreie Städte notwendig ist, sondern auch für andere Bereiche. Da muss man sich überlegen, wie man damit umgeht.

(Harry Glawe, CDU: Der Ausschussvorsitzende hat für Greifswald sehr viel getan in dieser Frage.)

Ich denke mal, es ist wirklich kein Problem von Greifswald und von Rostock. Es ist wirklich auch ein Thema für Schwerin und für die anderen großen Städte. Da hat die CDU nie bezweifelt, dass die „Soziale Stadt“ wichtig ist, dass wir da auch viel erreicht haben.

(Udo Pastörs, NPD: Ganz viel erreicht.)

So, wie der Minister auch schon gesagt hat, muss da auch weitergearbeitet werden. Jetzt müssen wir sehen, was da machbar ist.

(Udo Pastörs, NPD: Amen!)

Deswegen sind wir aber nicht der Meinung, dass wir diesen Antrag brauchen. Frau Lück wird bestimmt noch mal darauf eingehen und dann sagen, wo wir das Geld hernehmen werden.

„Investiv“ ist für uns auch wichtig im Städtebauprogramm. Wir haben erlebt, dass viele Klein- und Mittelstädte gar keine Städtebaufördergelder mehr bekommen, und da muss man auch eine Waage hinkriegen, dass man die Städtebauförderung über das ganze Land, auch in den Klein- und Mittelstädten, vernünftig verteilt und nicht nur darauf guckt, dass die großen kreisfreien Städte, so gerne wir es auch hätten, dass Geld da nur hingehet, dass das homogen verteilt wird.

(Udo Pastörs, NPD: Ganz homogen.)

Wir wollen aus meiner Sicht zusehen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

also da sind immerhin 455 Millionen Euro in Zukunft noch drin, das ist keine unerhebliche Summe, damit kann man sehr viel Städtebauförderung machen. Das ist auch in den letzten Jahren so passiert. Geld ist vernünftig angebracht worden und ich denke mal, es wird in Zukunft auch weiter vernünftig eingesetzt werden.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, es wird immer weiter vernünftig weitergearbeitet.)

Ich bedanke mich für die Ihre Aufmerksamkeit. Wir werden den Antrag ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Regine Lück, DIE LINKE: Sehr bedauerlich. – Harry Glawe, CDU: Sehr gute Rede.)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Herr Liskow.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schnur von der Fraktion der FDP.

(Heinz Müller, SPD: Oh! – Helmut Holter, DIE LINKE: „Soziale Stadt“ auch in Waren kommt jetzt. – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

**Toralf Schnur, FDP:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wollen wir doch erst mal mit einer Legende aufhören. Die Kürzung der Mittel um 25 Prozent vom Bund ist doch einer einzigen Tatsache geschuldet, nämlich dass der Abruf der Mittel auf Bundesebene genau bei 75 Prozent lag. Der Bund hat also folgerichtig nur auf das reagiert, was aus seiner Sicht bundesweit an Abruf da war.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das tut doch Mecklenburg-Vorpommern auch so. – Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Deshalb hat er natürlich aus seiner Sicht logischerweise und konsequent die 25-Prozent-Kürzung vorgenommen.

(Zurufe von Rudolf Borchert, SPD,  
und Irene Müller, DIE LINKE)

Ob uns das jetzt erst mal in Mecklenburg-Vorpommern gefällt, das mag ja dahingestellt sein,

(Ute Schildt, SPD: Da  
kann man laut schreien.)

aber man sollte vielleicht auch mal den Blick aus Sicht der Bundesregierung nachvollziehen können.

(Zurufe von Helmut Holter, DIE LINKE,  
und Irene Müller, DIE LINKE)

Herr Holter, Sie erzählen uns immer wieder und immer wieder, wie global Sie denken. Dann gucken Sie doch jetzt nur mal auf die Bundesebene, Sie müssen ja nicht gleich auf die Welt gucken!

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Deswegen würde ich jetzt an der Stelle empfehlen, dass wir uns das einfach mal vor Augen halten.

Gleichzeitig ist es natürlich auch folgerichtig, dass man die Konzentration auf die investiven Maßnahmen legt, weil der Bund, auf die Bundesebene geschaut, also auf die einzelnen Länder, natürlich einen höheren Bedarf, gerade bei den westdeutschen Ländern, hat, die investiven Maßnahmen, die baulichen Maßnahmen zu fördern, weil die entgegen unseren Verhältnissen eher Probleme haben, Orte vorzuhalten.

(Volker Schlotmann, SPD:  
Für wen sind Sie hier im Landtag,  
für Baden-Württemberg, oder was? –  
Zurufe von Rudolf Borchert, SPD,  
und Ute Schildt, SPD)

Wissen Sie, Herr Schlotmann, da hilft auch kein Zwischenruf, die Bundesregierung muss ja erst mal ... Wir wollen ja erst mal feststellen, wie es ist,

(Irene Müller, DIE LINKE: Auf welcher  
Linie schwimmen Sie denn hier rum? –  
Zuruf von Angelika Peters, SPD)

weil Sie haben nur gesagt, dass um 25 Prozent gekürzt wird, aber haben hier nicht gesagt, dass der Abruf der Mittel nur bei 75 Prozent liegt.

(Volker Schlotmann, SPD:  
Mensch, das ist ja voll daneben.)

Das müssen Sie sich aber auch vorhalten lassen.

(Volker Schlotmann, SPD: Wir sind für  
Mecklenburg-Vorpommern im Landtag. –  
Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Herr Schlotmann, da hilft das Jammern auch nicht.

(Irene Müller, DIE LINKE: Dann  
ziehen Sie mal um in ein altes  
Bundesland! Da hilft das dann.)

Ich will an der Stelle erst mal die Blickweise des Bundes vorgeben, um dann für uns rückzukoppeln. Natürlich findet die FDP-Fraktion das auch nicht so toll, dass das so ist.

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Aber man sollte sich doch einfach auch den Tatsachen nicht entziehen.

(Heinz Müller, SPD: Wir finden es nicht doll,  
aber richtig ist es schon. Na, was denn nun?)

Es gibt ja auch Vertreter hier im Land, die insbesondere bei der Finanzierung der Kommunen dann auch immer den Blick auf das Land richten und die Kommunen dabei aus dem Auge verlieren. Ganz weit vorne ist da mein Kollege Borchert, der das im Finanzausschuss regelmäßig rechtfertigt, dann allerdings auf Kreisebene genau andersrum argumentiert.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –  
Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Ich sage an der Stelle ganz klar, die FDP-Fraktion findet das auch nicht toll. Aber wir sollten auch festhalten, dass bei der Förderung,

(Heinz Müller, SPD: Tun Sie  
denn auch mal was dagegen?)

dass bei der Förderung, Herr Müller, dass bei der Förderung die Stadtteilzentren und die Quartiersmanager weiterhin gefördert werden. Also das halten wir dann auch mal fest.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Und dann sollten wir uns mal überlegen, was ist denn eigentlich gestrichen worden. Und dann gibt es natürlich auch Maßnahmen, wo man fragen muss, ob die Rechtfertigung für die eine oder andere Maßnahme noch besteht.

(Regine Lück, DIE LINKE:  
Natürlich besteht die.)

Und natürlich gibt es viele Projekte, wo man sagen muss, die sind in Ordnung, aber beispielsweise hat man das Projekt, ich nenne mal eines,

(Irene Müller, DIE LINKE:  
Ach, jetzt kommt der Rentner, der  
auf Haiti seine Rente verfuttert, was?!)

den Schwimmunterricht für muslimische Frauen, gestrichen. Ich will Ihnen auch sagen, warum. Es gab zu keinem Zeitpunkt einen Abruf. Dann kann man doch nicht sagen, ich erhalte so ein Projekt aufrecht. Das ist doch vollkommen absurd, Projekte ...

(Helmut Holter, DIE LINKE: Und das als  
Beispiel für Mecklenburg-Vorpommern.)

Bitte?

(Helmut Holter, DIE LINKE:  
Wo gab's denn das Projekt?)

Das sage ich Ihnen nachher gleich. Passen Sie auf!

(Volker Schlotmann, SPD: In Hintertupfingen,  
oder was?! – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Der Punkt ist, wenn die Mittel für ein Projekt nicht abgerufen werden, ist es doch folgerichtig,

(Rudolf Borchert, SPD: Dann können  
wir doch das Geld umschichten.)

dass kein Bedarf da ist und man somit dieses Projekt auslaufen lässt.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Also ich kann Ihnen nur sagen, Ihr Wunschkonzert, was die LINKEN hier immer gerne anstimmen, das lehnen wir ab. Und wir werden uns natürlich in Berlin dafür einsetzen,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE:  
Und wo war jetzt das Projekt?)

und wir werden uns natürlich in Berlin dafür einsetzen,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE:  
So natürlich scheint das gar nicht. –  
Irene Müller, DIE LINKE:  
Eigentlich war das ja null.)

dass vielleicht für Mecklenburg-Vorpommern mehr rauskommt. – Recht herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Herr Schnur.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Baunach von der Fraktion der SPD.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Nun, Norbert,  
erklär mal, wie wichtig „Soziale Stadt“ ist!)

**Norbert Baunach,** SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestern Nacht habe ich bei einem – bei einem, Kollege Timm! – Absacker den Münchner Oberbürgermeister Christian Ude im Fernsehen gesehen als Vertreter des Städtetages. Er zeichnete ja ein gar grausiges Bild von der Lage der Städte,

(Harry Glawe, CDU: Genau. –  
Heinz Müller, SPD: Der Mann ist Realist.)

der Stadtfinanzen. Er war sichtlich betroffen. Vor vier Wochen habe ich ihn, Christian Ude, erlebt bei einem Kongress, an dem ich regelmäßig teilnehme, über das Thema „Lebendige Stadt, pulsierende Stadt“ – übrigens, der Herr Mücke war auch dabei – und auch im Zusammenhang mit der Olympiabewerbung München 2018.

(Harry Glawe, CDU: Olympia?)

Olympiabewerbung München 2018. Da war er voller Freude, voller Zuversicht. Die Kürzungsvorschläge der Bundesregierung bei der Städtebauförderung und auch beim Programm „Soziale Stadt“

(Zuruf von Udo Timm, CDU)

haben ihn sichtlich bewegt und getroffen als Vertreter des Städtetages.

Meine Damen und Herren, ich darf zunächst nochmals daran erinnern, dass das Programm, das Förderprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“

(Helmut Holter, DIE LINKE: Genau. Darum geht es, besonderer Entwicklungsbedarf.)

1999 von Bund und Land auf den Weg gebracht wurde. Ansatz war, die städtischen Zentren und die Stadtteile, die einer besonderen Aufmerksamkeit bedürfen, zu stärken.

(Regine Lück, DIE LINKE: Da liegen wir auf einer Wellenlänge.)

Frau Lück hat ja da bei der Einbringung einiges Vertiefendes gesagt, das will ich nicht wiederholen.

Mit diesem Programm soll eine nachhaltige Entwicklung in Stadt- und Ortsteilen mit – ich sage es noch mal, das

ist ja das Entscheidende – besonderen sozialen, wirtschaftlichen und städtebaulichen Problemen sichergestellt werden.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja.)

Die haben wir auch in Mecklenburg-Vorpommern.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Sehr richtig. –  
Andreas Bluhm, DIE LINKE: Nach wie vor.)

Das Programm „Soziale Stadt“ findet in unserem Bundesland insbesondere in Rostock, Schwerin, Neubrandenburg, Stralsund, Greifswald und Wismar statt.

(Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Ja, es geht auch bei uns um Integration, um Beschäftigung, um lokale Demokratie, um ein gesundes Lebensumfeld.

(Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Auch das.

Im Juli 2009 haben wir uns ausführlich mit dem Themenkreis „Soziale Stadt“ hier im Landtag auf Antrag der SPD und CDU beschäftigt. Der Antrag, den ich damals einbringen konnte, lautete: „Soziale Stadt stärken“. Dazu stehen wir, ich, auch heute noch,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion  
der SPD – Regine Lück, DIE LINKE:  
Bei weniger Geld ist das aber schwierig.)

klar und deutlich. Das Programm „Soziale Stadt“ ist sowohl auf Bundesebene als auch in unserem Land eine Erfolgsstory.

(Heinz Müller, SPD: So ist es. –  
Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Und die muss unbedingt auf höchstem Niveau weitergeführt werden.

(Beifall bei Abgeordneten  
der Fraktionen der SPD und DIE LINKE –  
Helmut Holter, DIE LINKE: Sehr richtig. –  
Regine Lück, DIE LINKE: Richtig,  
Norbert, richtig.)

Dies ist, glaube ich, im Prinzip bei den demokratischen Fraktionen des Hauses Konsens,

(Heinz Müller, SPD: Aber bei  
der FDP weiß man nie so genau.)

mehr oder weniger, aber die Grundaussage,

(Unruhe bei Abgeordneten  
der Fraktionen der SPD und DIE LINKE –  
Zurufe von Harry Glawe, CDU,  
und Udo Timm, CDU)

die Grundaussage war, wir stehen dazu.

Diese Erfolgsstory, ihre Weiterführung, sehe ich aber nunmehr durch die Vorstellungen der gegenwärtigen Bundesregierung beim momentanen Diskussionsstand gefährdet.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Auch glaube ich kaum, dass die Zweite, Dritte Lesung des Haushaltsgesetzes im Deutschen Bundestag in der Sitzungswoche vom 23. bis 26.11., also nächste Woche, ein für Städtebauförderung und „Soziale Stadt“ weiteren positiven Wandel zu den bisher zuletzt bekannten Kürzungen im Bereich Städtebauförderung/„Soziale Stadt“ ergeben wird.

(Detlef Müller, SPD: Sehr richtig.)

Das ist die Sache mit dem Klammerbeutel.

Der Einzelplan 12 des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

(Helmut Holter, DIE LINKE:  
Dann überweisen Sie unseren Antrag  
und wir diskutieren im Dezember weiter.)

ist ja wohl Dienstag, 23.11.2010 dran.

Aufgrund des großen öffentlichen Drucks der Länder, unser Landtag hat sich ja da auch ganz klar positioniert, und vieler anderer Institutionen sollen die beabsichtigten Kürzungen der Städtebauförderung statt um 305 Millionen Euro um 155 Millionen Euro gekürzt werden. Ich meine, das als Erfolg zu verkaufen, Kollege Liskow, na ja.

(Harry Glawe, CDU: Na ja, aber immerhin.)

Somit steht ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr bescheiden.)

Das Wort sage ich jetzt, immerhin, das würde ich dann auch noch akzeptieren in der Not.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Somit stehen für 2011 nur noch 455 Millionen Euro zur Verfügung.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE:  
Dann kürzen wir erst mal komplett und  
dann sind wir mit 20 Prozent wirklich gut.)

2010 waren es noch 610 Millionen Euro. Das wäre also ein Minus von 15 Prozent. Die Kürzung trifft massiv das Programm „Soziale Stadt“, es wird um 70 Prozent gekürzt. Das Förderprogramm 2011 umfasst nur noch – nur noch! – 28,5 Millionen Euro

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Sehr richtig.)

gegenüber 95 Millionen Euro 2010. Das ist heftig, sehr heftig.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Wie  
war das mit „Soziale Stadt stärken“?)

Zudem ist angedacht, das Programm weit überwiegend für investive Maßnahmen einzusetzen. „Soziale Stadt“ aber lebt vom Zusammenwirken baulich-investiver Maßnahmen in Wohnungen, Wohnumfeld und Infrastruktur und sozial-integrativen Maßnahmen. Für mich sieht es nach Tod auf Raten für das Programm „Soziale Stadt“ seitens der Bundesregierung aus, jedenfalls nach der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses.

Aber warten wir ab, wir müssen abwarten, was der Bundestag am 23.11. endgültig beschließt. Unsere Landesregierung, der Bauminister, der Landtag M-V haben sich klar und deutlich gegen Kürzungen im Bereich der Städtebauförderung positioniert, auch unsere Mitglieder des Bundestages sind noch einmal im konkreten Abstimmungsverhalten gefordert.

(Rudolf Borchert, SPD: Mal  
sehen, was Herr Rehberg macht.)

Der Minister wies ja auf seine Aktivitäten hin. Und das klingt ja auch alles sehr verheißungsvoll. Aber wie gesagt,

(Rudolf Borchert, SPD: Na ja.)

man muss die Sachen so sehen, wie sie sind.

Mit den Inhalten des LINKE-Antrages könnte ich leben, auch mit dem ganzheitlichen Ansatz, das ist ja deutlich geworden.

(Harry Glawe, CDU: Sehr richtig.)

Ich halte ihn aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt leider für nicht besonders hilfreich und zielführend. Der Minister hat ja einiges dazu gesagt, immer unter der Voraussetzung Bundestagsbeschlusslage.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE:  
Na gut, dann überweisen wir und  
dann reden wir im Dezember darüber.)

Er hat einiges gesagt, also über die Verteilung der Gelder diskutieren, die wir noch gar nicht haben, nur noch 28,5 Millionen Euro für das Programm „Soziale Stadt“, wohin, für wen, ob überhaupt, werden Solidarpakt-zusagen eingehalten.

Also erst einmal formal: Wir lehnen den vorliegenden Antrag ab.

(Regine Lück, DIE LINKE:  
Das ist aber bedauerlich.)

Ich glaube aber, dass wir uns dem Themenkreis Städtebauförderung/„Soziale Stadt“ aus Landessicht, aus Landesmöglichkeiten auch als gemeinschaftliche Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen nach den Beschlüssen des Bundestages wieder zuwenden müssen,

(Detlef Müller, SPD: Sehr richtig.)

aber erst, nachdem wir wissen, was nun endgültig Beschlusslage des Bundes ist und welche Mittel wir als Land überhaupt bekommen. Die Hoffnung stirbt zuletzt. – Schönen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion  
der SPD – Helmut Holter, DIE LINKE:  
Schöne Rede für den Antrag.)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Herr Baunach.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende der NPD Herr Pastörs.

**Udo Pastörs, NPD:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was ist sozial? Sozial ist praktisch das, was die Leute in unserem Land in der Fläche hält. Das heißt also, sozial ist all das, was das tägliche Leben ausmacht. Wir von der NPD-Fraktion stellen fest, dass unser Land am Tropf von Subventionen hängt,

(Egbert Liskow, CDU: Na logisch!)

das heißt also, auf fast ...

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Als kleine Überraschung, leider, das ist das Ergebnis von 20 Jahren Politik, die Sie hier zu verantworten haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –  
Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Und jetzt jammern Sie und stellen sich hin und sagen, na ja, wenn jetzt der Bund massiv kürzt, nicht nur auf diesem Gebiet, sondern, wie wir alle wissen, auch auf anderen Gebieten, dann laufen uns die Leute noch mehr weg.

Und deswegen hier der Antrag der LINKEN, die glauben, dass man in einer Struktur, die selbst nicht lebensfähig ist, Zukunft gestalten könnte. Zukunft gestalten kann man aber nicht dadurch, dass man auf lange Zeit, über Jahrzehnte, ganze Regionen nur noch deswegen

überleben lässt, weil man sie vom Bund, von Berlin oder vom Land oder aus den Steuerkassen der Gemeinden scheinbar relativ attraktiv hält.

Tatsache ist, dass in den nächsten zehn Jahren

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

nicht nur im Bereich der Städteförderung,

(Irene Müller, DIE LINKE: Mit welchen Geldern sollen sie sonst gestützt werden?)

sondern auch im Bereich der anderen Fördermöglichkeiten unser Land ganz massiv an Zuzahlungen vom Bund und damit auch die Leistungsfähigkeit der Zuzahlungen des Landes massiv eingeschränkt wird. Die Leute laufen Ihnen ohne Unterbrechen seit 20 Jahren in Scharen davon.

(Angelika Peters, SPD: Dann laufen Sie mit! Laufen Sie mit! –  
Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Alle leistungsfähigen Menschen mit Perspektive aufgrund ihrer Fähigkeiten schauen sich massiv um,

(Angelika Peters, SPD: Dann kommen vielleicht ein paar andere wieder, wenn Sie weg sind.)

ob es nicht in Süddeutschland oder gar im Ausland bessere Rahmenbedingungen gibt, um eine Familie zu gründen.

„Soziale Stadt“, und das gefällt mir am Antrag der LINKEN sehr, sehr gut,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

beschränkt sich, was den Ansatz angeht, nicht so wie bei den anderen Parteien hier und ganz besonders bei der FDP, auf den investiven Teil des Programms und der Möglichkeiten, sondern „sozial“ wird hier etwas umfassender definiert, nämlich „sozial“ ist ein Ausdruck, der etwas mit Gemeinschaft zu tun hat.

Und wenn Sie heute noch nicht mal in der Lage sind, die Feuerwehr in der Fläche als absolut, als einen Ort, wo auch soziales Leben stattfindet, aufrechtzuerhalten, und sich dann hier hinstellen, wie das die FDP eben gemacht hat zum Beispiel, und sagen, na ja, es ist ja richtig, dass wir uns nur auf den investiven Bereich beschränken, dann, muss ich sagen, trägt das die Handschrift von Kälte und definiert „sozial“ ganz eindeutig kapitalistisch-materiell. Und dagegen sprechen wir uns aus und deswegen sind wir in diesem Punkt eher auf der Seite des Antrags der LINKEN und werden selbstverständlich,

(allgemeine Unruhe –  
Zurufe von Angelika Peters, SPD,  
Egbert Liskow, CDU, und Stefan Köster, NPD)

und werden selbstverständlich diesem Antrag auch zustimmen.

Sie werden in diesem Lande, in Mecklenburg-Vorpommern, nur dann eine Zukunft haben, auch politisch, das System wird nur eine Zukunft haben hier in Mecklenburg-Vorpommern, wenn es in der Fläche Rahmenbedingungen sicherstellt, in denen die Leute sagen, dass es sich lohnt, zu bleiben und zu leben.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Das haben Sie weiß Gott in den letzten 20 Jahren versäumt. Sie stehen vor den Scherben Ihrer Politik, die Sie

nur so treiben konnten, weil Sie von anderen Bundesländern, in erster Linie aus den Westbundesländern ...

**Vizepräsident Hans Kreher:** Herr Pastörs, ...

**Udo Pastörs, NPD:** ... Transferleistungen über den Bund erhalten haben.

**Vizepräsident Hans Kreher:** ... Ihre Redezeit ist beendet.

**Udo Pastörs, NPD:** Ich komme zum Schluss.

Und dieses wird in Zukunft Gott sei Dank nicht mehr möglich sein. Und dann wird die Stunde der Wahrheit kommen und dann unterhalten wir uns auch parteipolitisch über ganz andere Dinge als das, was Sie hier als Erfolg verkauft haben. – Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Das Wort hat jetzt noch einmal die Abgeordnete Frau Lück von der Fraktion DIE LINKE.

**Regine Lück, DIE LINKE:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Also ich bin schon schwer enttäuscht, muss ich sagen. Wie Sie wissen, ist die aufeinander abgestimmte Bündelung investiver und sonstiger Maßnahmen der „Sozialen Stadt“ ja auch Bestandteil des Baugesetzbuches, nämlich des Paragraphen 171e, und das mit dem Ziel,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

die Durchführung des Programms zu unterstützen. Schon allein deshalb kann ich mir kein Programm „Soziale Stadt“ vorstellen, was die sonstigen Maßnahmen, nämlich genau die sozialräumliche Dimension, außen vor lässt.

(Egbert Liskow, CDU:  
Das ist doch nicht verboten. –  
Vizepräsident Andreas Bluhm  
übernimmt den Vorsitz.)

Und, Herr Liskow, dann gucken Sie doch einfach in unseren Antrag rein

(Egbert Liskow, CDU:  
Das ist doch nicht verboten.)

und lesen Sie den mal! Genau da haben wir es auf den Punkt gebracht. Das ist das Entscheidende an diesem Antrag.

Sollte der Bund dennoch den Beschluss des Ausschusses umsetzen, dann müssen sich die Länder im Interesse der betroffenen Städte und Kommunen der Reduzierung auf rein bauliche Maßnahmen verweigern, sind wir der Auffassung. Und man kann sich nur verweigern, indem man die Verwaltungsvereinbarung nicht unterzeichnet. Das wissen Sie auch. Das ist die einzige Form von Protest, die dann möglich ist.

Deshalb muss ich Verkehrsminister Schlotmann und die Kollegen der SPD-Fraktion dringend auffordern, ihren Koalitionspartner CDU doch aufzuklären, wie wichtig soziale Stadtentwicklung ist. Herr Baunach, das haben Sie ja sehr nett getan hier,

(Irene Müller, DIE LINKE: Es wäre schön, wenn wir das bei Vereinen und Verbänden auch mal tun. – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

nur, das ist der eine Part und der andere ist, dass man sich natürlich mit unserem Antrag auch befassen kann. Ich glaube, das ist bitter nötig, dass wir im Ausschuss darüber reden.

Kollege Liskow, als Vorsitzender des Fachausschusses erklärten Sie vor einer Woche, und ich habe mich schwer gewundert, was Sie hier heute mitgeteilt haben, da haben Sie eine Presseerklärung abgegeben,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:  
Dann haben Sie nachher eine längere  
Ausschusssitzung, länger als vier Minuten.)

dass für Sie Investitionen in die Infrastruktur im Vordergrund stehen, da diese Investitionen die Bauwirtschaft im Land unterstützen und Arbeitsplätze schaffen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Das ist ja in Ordnung. Gleichzeitig begrüßten Sie, dass die ursprünglich geplante Halbierung der Städtebauförderung nur noch halbiert wird. Das begrüßten Sie auch noch!

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Wenn ich Sie richtig verstehe,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist  
doch schon mal ein Teilerfolg. –  
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

begrüßen Sie also die Absenkung der Förderung und damit auch weniger Aufträge für die Bauwirtschaft. Außerdem befürworten Sie, dass dem Programm „Soziale Stadt“ doch im wahrsten Sinne des Wortes das Herz rausgerissen wird,

(Egbert Liskow, CDU: Also, Frau Lück!)

so müssen wir es doch mal sehen.

(Egbert Liskow, CDU: Also, Frau Lück! –  
Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Sie haben nichts dagegen, dass es auf ein normales Bauförderprogramm gestutzt wird. Und genau das ist die Wahrheit und zu der müssen Sie sich hier bekennen.

(Egbert Liskow, CDU: Ist  
doch Quatsch, was Sie erzählen.)

Nichts anderes sage ich.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Das ist meiner Meinung nach aus baupolitischer Sicht ein Desaster, was hier passiert.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Hier  
wurde alle Jahre immer nur vom Sparen  
geredet. Jetzt fängt das Sparen an.)

Ich sage, damit stirbt das gute Programm, und das sage nicht nur ich,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

dass das gute Programm stirbt. Gucken Sie sich heute den „Medienspiegel“ an!

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Da steht: „Programm ‚Soziale Stadt‘ vor dem Aus“,

(Gino Leonhard, FDP:  
Das passt doch wunderbar.)

„Caritas und Diakonie warnen CDU und FDP“. Also es ist nicht nur unsere Auffassung.

Herr Liskow, außerdem möchte ich Ihnen empfehlen, sehen Sie sich doch mal unsere Broschüre an

(Egbert Liskow, CDU: Wir haben  
auch eine. Wir haben auch eine.)

in Rostock: „Die soziale Stadt“. Die stelle ich Ihnen gerne zur Verfügung. Dort können Sie beispielsweise auf der Seite 3 lesen, ich zitiere: „Die Bevölkerungszahlen in den Programmgebieten sind mittlerweile stabil oder gewachsen, sogar Bewohner aus unterschiedlichen sozialen Schichten fühlen sich zunehmend wohler. Kleine und mittelständische Unternehmen siedeln sich an. Das Image der Stadtteile erholt sich und sie werben zu Recht mit dem Slogan: Ein schönes Stück Rostock.“ So weit das Zitat.

„Das Programm Soziale Stadt: kluge Städtebauförderung für die Zukunft der Städte“, das ist zum Beispiel der Titel einer Broschüre des Arbeitskreises Stadtentwicklung, Bau und Wohnen der Friedrich-Ebert-Stiftung, die im Oktober erschienen ist. Und der Präsident des GdW, Lutz Freitag, schreibt darin, ich zitiere: „Die Spreizung der Lebensverhältnisse und die soziale Segregation in Deutschlands Städten nehmen zu. Die sozialen Probleme und Spannungen in vielen Quartieren verschärfen sich schneller, als mit den Mitteln des Programms Soziale Stadt gegengesteuert werden kann.“

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Recht hat er.)

Und die Wohnungswirtschaft kann das beurteilen, leben doch die meisten Menschen in den Programmgebieten in der Platte. Damit sind kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen sehr nah dran an den Problemen und natürlich auch an den Risiken, aber auch an den Potenzialen eines Quartiers. Die Wohnungswirtschaft ist einer der Akteure, die sich für die Stärkung des lokalen Zusammenhalts mit vielen Maßnahmen und Instrumenten engagieren. Sozial stabile Quartiere sind eine wichtige Voraussetzung für Wohnzufriedenheit und damit natürlich auch im ureigensten Interesse der Wohnungswirtschaft.

Kolleginnen und Kollegen, das Programm „Soziale Stadt“ kann nur dann zukunftsweisend sein. Es muss den integrativen, das heißt also den ganzheitlichen Ansatz aufnehmen. Ansonsten reicht es nicht, da bin ich mir ganz sicher. Denn was durch das Programm jetzt schon in benachteiligten Stadtquartieren funktioniert, ist natürlich für alle Wohngebiete von Vorteil.

Der Weg – wenn wir immer darüber reden, und das ist ja auch Ihr Lieblingswort – in eine inklusive Gesellschaft, in der alle Menschen unabhängig von Behinderung, Geschlecht, ethnischer und sozialer Herkunft teilhaben, arbeiten und leben können, fängt nämlich beim Wohnen und auch beim Wohnumfeld an. Funktioniert das Zusammenleben, funktioniert nämlich auch alles andere. Wir müssen das sehen in der Einheit von Bauen, Wohnen und lokaler Wirtschaft.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Dann wird es gewährleistet, die Einbeziehung der Abgeordneten und der ortsansässigen Kommunen. Und deshalb ist abschließend mein Vorschlag, dass wir aufgrund der Diskussion, die wir heute hier geführt haben, diesen Antrag in den Ausschuss überweisen, nämlich in den Ausschuss für Verkehr, Bau und Landesentwicklung,

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

um dann die Entscheidung des Bundes in der kommenden Woche abzuwarten, uns dann im Ausschuss dazu zu verständigen,

(Hans Kreher, FDP:  
Wir bitten um Überweisung.)

wie wir damit umgehen,

(Hans Kreher, FDP: Ja, machen wir.)

und somit also eine neue Diskussion dann im Dezember führen können hier im Landtag.

(Hans Kreher, FDP: Machen wir.)

Und ich will Ihnen ehrlich sagen, sollten Sie sich zu dieser Überweisung nicht entschließen,

(Harry Glawe, CDU: Na, was dann? –  
Zuruf von Angelika Peters, SPD)

kann ich nur sagen, dass wir natürlich voll,

(Toralf Schnur, FDP: Aber voll! Aber voll!)

wenn Sie jetzt im Dezember mit diesem Antrag kommen, voll ablachen werden,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion  
der FDP – Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

das muss ich mal so sagen, voll ablachen werden, wenn Sie dann im Dezember einen Antrag bringen, nämlich genau mit dem Inhalt, mit dem wir uns heute befassen.

(Beifall bei Abgeordneten  
der Fraktion DIE LINKE –  
Gino Leonhard, FDP: Ja, so ist das  
Spiel. – Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Frau Abgeordnete Lück.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache und wir kommen zur Abstimmung.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den vorliegenden Antrag der Fraktion DIE LINKE auf der Drucksache 5/3892 an den Verkehrs-, Bau- und Landesentwicklungsausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? –

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das sollten wir  
noch mal auszählen. – Toralf Schnur, FDP:  
Haben Sie das wahrgenommen? –  
Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Also das war jetzt für mich wirklich nicht so ganz klar erkennbar, wo die Mehrheit liegt. Also ich würde jetzt gerne die Abstimmung noch mal wiederholen.

Also wer stimmt für die Überweisung, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? –

(Heinz Müller, SPD: Auch  
die Regierungsbank mitzählen!)

Also es ist mit knapper Mehrheit der Überweisungsvorschlag abgelehnt.

(Norbert Baunach, SPD: Tja.)

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3892. Wer dem

Antrag in der Sache zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE, der Fraktion der NPD und eines Abgeordneten der Fraktion der CDU, ansonsten Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU und FDP der Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 29:** Beratung des Antrages der Fraktion der FDP – Chancengleichheit durch Bildung für alle, auf der Drucksache 5/3879.

**Antrag der Fraktion der FDP:  
Chancengleichheit durch Bildung für alle  
– Drucksache 5/3879 –**

Das Wort zur Begründung hat Vizepräsident Kreher. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

**Hans Kreher,** FDP: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Schulpolitik ist grauenvoll“.

(Udo Pastörs, NPD: Bei den Lehrern?!)

Nein, Herr Minister Tesch, damit sind nicht Sie gemeint. Ich zitiere aus dem „Handelsblatt“ vom 12.11.2010. Gemeint ist der langjährige Reformstau in vielen Bundesländern, gefolgt von einem Reformchaos, der sich mit jeder neuen Landesregierung verändert, aber nicht immer verbessert.

(Torsten Renz, CDU: Was soll das heißen?)

Zurück bleiben dabei verunsicherte Eltern, überforderte Schüler, frustrierte Lehrer und ein ungenutztes Zukunftspotenzial.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Was für die ganze Republik mehr oder weniger gilt, gilt in dramatischer Weise für unser Land Mecklenburg-Vorpommern. Die jetzige Landesregierung hat ein schweres Erbe übernommen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das haben  
wir übernommen aus der 1. Legislaturperiode.)

Die rot-rote Vorgängerregierung hat vor allem im Bildungsbereich einen gewaltigen Reformstau hinterlassen. Dieses schwere Erbe belastet die aktuelle Landesregierung dermaßen, dass man den Eindruck einer ständigen Überforderung der Verantwortlichen hat.

(Unruhe bei Abgeordneten  
der Fraktion DIE LINKE –  
Barbara Borchardt, DIE LINKE:  
Das hilft auch nicht.)

Der Bildungsnotstand, der in Mecklenburg-Vorpommern eine lange Vorgeschichte hat, wurde durch die schwarzrote Landesregierung verstetigt und stellt das Hauptproblem für die Zukunft des Landes dar.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:  
Die Basis wurde 1990 geschaffen.  
Die Basis wurde 1990 geschaffen. –  
Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Alle Vergleiche und Statistiken über den Bildungsnotstand von Mecklenburg-Vorpommern zeigen steil nach unten.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Der ignoriert  
das einfach. – Irene Müller, DIE LINKE:  
Alles ein Erbe aus der 1. Legislaturperiode.)

Wir haben mit 17 Prozent die höchste Quote von Schulabgängern ohne Abschluss, die niedrigste Studienberechtigtenquote mit circa 32 Prozent und eine dramatisch hohe Abbrecherquote in der Berufsausbildung. Aktuelle Zahlen über Lernschwächen von Schülern im Land sind ein weiterer Beleg. Dies ist für das Land und jede einzelne Bildungskarriere eine Katastrophe.

(Wolfgang Griese, DIE LINKE: Und was haben Sie vier Jahre lang getan?)

Wir Liberalen fordern daher die Einsetzung einer Kommission für chancengleiche Bildung, damit alle Menschen im Land eine chancengleiche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und zur individuellen Lebensgestaltung haben.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Sie sollten mal nachlesen, was die Enquetekommission gefordert hat.)

Und, meine Damen und Herren ...

Ich will jetzt hier kurz unterbrechen. Wenn Sie immer wieder dazwischenrufen und darauf hinweisen, dass es auch in der 1. Legislaturperiode nicht so gelaufen ist,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ja, richtig, da wurden die Voraussetzungen geschaffen.)

wie ich mir das als Lehrer auch vorgestellt habe, da gebe ich Ihnen ausdrücklich recht.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Und Sie wissen, dass Bildung langfristig ist. Bildung ist ziemlich langfristig angelegt.)

Ja, ich habe aber vorhin auch darauf hingewiesen, dass dies eine lange Geschichte hat, wenn Sie genau zugehört hätten.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Nee, nee! – Zurufe von Wolfgang Griese, DIE LINKE, und Irene Müller, DIE LINKE)

Eigentlich müsste man dies wegen des vorgenannten Sachstandes nicht weiter begründen.

Es liegt auf der Hand, was mit dem Instrument der Enquetekommission erreicht werden soll. Die aktuellen Bildungsprobleme müssen breiter und tiefer im Landtag und in der Öffentlichkeit diskutiert und gelöst werden. Ohne diese Diskussion bleiben die bisher gemachten Reformen stecken und drohen zu scheitern. Die Landesregierung hat unabhängig von den Ergebnissen der Bildungscommission die Schulen reformiert, aber dabei die schulbürokratischen Strukturen nicht verändert. Im Volksmund spricht man von neuem Wein in alten Schläuchen. Das verdirbt den neuen Wein, und eine Schulreform ohne eine Bildungsbürokratierreform verdirbt die Schulreform.

(Wolfgang Griese, DIE LINKE: Das stimmt.)

Wie dies geschieht, kann durch die Kommission geklärt werden.

(Irene Müller, DIE LINKE: Wann denn?)

Dabei würden wir gerne folgende Thesen diskutieren:

1. Die bürokratischen Strukturen in der Bildung müssen im Sinne des lebenslangen Lernens von der frühkindlichen Bildung bis zur Weiterbildung in einem Ministerium zusammengefasst werden. Wenn eine Schule einen Hort unterhält und im Moment sowohl das Bil-

dingsministerium als auch das Sozialministerium für die Bildung zuständig ist, das versteht, meine Damen und Herren, kein Mensch.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Aber wozu brauchen wir dann eine Enquetekommission?)

Und ich weiß als Bürgermeister, welche Schwierigkeiten uns diese Trennung auch in den Kommunen als Schulträger bereitet. Im Zuge einer Reform der Bildungsbürokratie müssen alle Ebenen der Bildungsverwaltung einer kritischen Revision unterzogen werden.

2. Wir müssen außerdem die Rolle der Lehrer und Eltern im Bildungssystem neu definieren. Es genügt nicht, wenn man allein die didaktisch-pädagogischen Konzepte verändert. Der Schlüssel zum Erfolg liegt bei den Menschen, die im Bildungsumfeld der Kinder mitwirken. Die Ergebnisse der letzten Bildungskommission bieten eine gute Grundlage, um nun einen weiteren entscheidenden Schritt zu unternehmen.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, die von uns vorgeschlagene Enquetekommission für chancengleiche Bildung soll neue bildungsadministrative Strukturen entwerfen, damit alle Schulen im Land wirklich chancengleich und eigenständig arbeiten können.

Die Tatsache, dass es zu Anfang der Legislatur bereits eine Bildungskommission gegeben hat, ist für uns kein Grund, auf weitere Kommissionsarbeit für die Bildung zu verzichten. Im Gegenteil, die Verantwortung für Bildung auf Landesebene fordert einen ständigen Wettbewerb um die beste Bildung. Dies ist ein fortlaufender Prozess zur Optimierung des Bildungssystems auf allen Ebenen. Eine Ebene ist dabei die ständige Weiterentwicklung von pädagogisch-didaktischen Konzepten und die von Schulstrukturen.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Ich betone, dass wir die Schulstrukturen nicht schon wieder ändern wollen, und biete hier einen Schulfrieden an, der auch für die nächste Legislatur Bestand haben kann. Das Thema Bildungsbürokratie blieb jedoch in der Bildungskommission stark, um es vorsichtig auszudrücken, unterbelichtet. So wird diese Woche in der Presse berichtet, dass Erzieherinnen im Land keine Abschlussprüfungen machen können, weil die Schulämter überlastet sind.

Ein Aspekt, der noch vertieft werden muss, ist die Einbeziehung der Eltern in die Bildungskonzeption. Hier muss noch genauer hingesehen werden. Schließlich ist es kein Geheimnis, dass die Kinder heute mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen ihre Bildungskarriere in den öffentlichen Bildungseinrichtungen beginnen, weil Bildung zu Hause bei den Eltern anfängt. Alle Eltern wollen dabei sicherlich die besten Voraussetzungen für eine chancengleiche Bildung schaffen, sind aber manchmal mit dieser Aufgabe überfordert und würden hier sicher gerne Hilfe von außen annehmen. Hier könnte noch viel mehr geleistet werden. Es geht in erster Linie darum, die Chancen und Risiken der Bildungsentwicklung vor Ort zu erkennen und durch nachhaltiges Handeln positiv zu beeinflussen.

Meine Frage an die Skeptiker unter Ihnen ist folgende: Was wäre, wenn wir auf diese Form der Auseinanderset-

zung verzichten? Das, was wir an Planungskosten sparen, müssten wir durch ein Vielfaches an Folgekosten nachschieben. Die fortdauernd hohe Quote an Schul- und Ausbildungsabbrechern sowie eine geringe Studierendenquote sind die zentrale Herausforderung für das Land Mecklenburg-Vorpommern.

Die Kommission „Chancengleichheit durch Bildung für alle“ soll dem Land und jedem Einzelnen neue Möglichkeiten aufzeigen, wie Bildungsintegration und damit auch gesellschaftliche Integration möglich werden kann. Aus unserer Sicht von einer Bildungsgesellschaft kann Leistung, Engagement und Lebensfreude nur durch Integration von bildungsfernen Schichten und Inklusion erreicht werden. Dies kann nur in einer Gesellschaft geschehen, wo Menschen nicht nach Beurteilung von Defiziten, sondern vor dem Hintergrund individueller Talente und Fähigkeiten gefördert werden. Hier müssen mehr Mittel eingesetzt und Anstrengungen unternommen werden, die wir vielleicht an anderer Stelle einsparen, wo sie nicht nur überflüssig sind, sondern die wichtigen Bildungsziele sogar konterkarieren.

Daher, meine Damen und Herren – ich komme zum Schluss –, alle Veränderungen erzeugen Angst, und die bekämpft man am besten, indem man das Wissen verändert. Dann wird Schulpolitik nicht mehr grauenvoll sein, meine Damen und Herren. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Abgeordneter.

Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vereinbart worden. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Reinhardt. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Marc Reinhardt,** CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte kurz für die Koalitionsfraktionen SPD und CDU hier Stellung nehmen, also auch für meinen geschätzten Kollegen Herrn Brodkorb zusammen.

(Torsten Renz, CDU: Oha, oha!)

Ja, wir haben uns darauf verständigt, das so zu machen.

Sehr geehrter Herr Kreher, ich glaube, dieser Antrag ist ein wenig durch die interne Fraktionskontrolle bei Ihnen gefallen.

(Regine Lück, DIE LINKE:  
Gibt es so etwas bei Ihnen?)

Ich will zum Inhalt sagen, darüber kann man sicherlich lange streiten, aber es ist doch von der Form her einiges zu bemängeln. Sie fordern das Einsetzen einer Enquetekommission. Sie wissen ja, dass wir relativ nahe am Ende der Legislaturperiode sind. Wir müssen mal theoretisch davon ausgehen, dass das Einsetzen einer Enquetekommission, würden wir es heute beschließen, wahrscheinlich nicht vor dem Frühjahr nächsten Jahres abgeschlossen ist. Sie fordern dann zum 30.06. bereits einen Zwischenbericht. Wer die Form und die Arbeitsweise von Enquetekommissionen kennt, ich erinnere an die Enquetekommission zur Verwaltungsmodernisierung,

(Gino Leonhard, FDP: Das liegt alles vor. Alle Unterlagen liegen vor.)

dass wir da sagen, innerhalb von drei, vier Monaten sind erste Ergebnisse erzielt worden, das ist sicherlich sehr fragwürdig.

Sie sagen dann, der Endbericht soll zum 30.06.2012 vorliegen. Dies ist jedoch aus meiner Sicht und nach unserer Auffassung schlecht möglich, denn ein Blick ins Gesetz erleichtert hier die Rechtsfindung. Paragraph 9 des Enquetekommissionengesetzes unseres Landes sagt: „Die Enquetekommission endet durch ... Ablauf der Wahlperiode des Landtages.“ Und diese läuft bekanntermaßen am 4. September ab, wodurch es also diesen Endbericht 2012 gar nicht mehr geben kann.

(Vizepräsident Hans Kreher  
übernimmt den Vorsitz.)

Aus diesen Gründen und auch weil es in diesem Landtag gerade erst zu Beginn eine Expertenkommission zu diesem Thema gab, wo sehr viel Umfangreiches vorgelegt wurde, wo wir auch sehr viel in die Gesetzgebung, ob zum Schulgesetz oder jetzt zum Landeshochschulgesetz, mit einfließen lassen und wo Sie auch jederzeit die Möglichkeit haben, Herr Vizepräsident Kreher, dies im Rahmen der Selbstbefassung im Ausschuss zu diskutieren, halten wir diesen Antrag erstens für völlig zum falschen Zeitpunkt und zweitens für relativ überflüssig. Wir werden ihn daher ablehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten  
der Fraktionen der SPD und CDU)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Herr Reinhardt.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete und Vizepräsident des Landtages Herr Bluhm von der Fraktion DIE LINKE.

**Andreas Bluhm,** DIE LINKE: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In seinem Interview zum 20. Jahrestag der FDP-Fraktion in Mecklenburg-Vorpommern bescheinigte Herr Roof den LINKEN Geradlinigkeit. Das sehe ich als Lob und will deshalb auch bezüglich der Bewertung des vorliegenden Antrages geradlinig sein.

Als ich den Antrag das erste Mal sah, stellte ich mir die Frage: Was soll das? Nun sind wir inzwischen von der FDP-Fraktion ja schon so einiges gewöhnt, aber es erstaunt mich schon immer wieder, auf welche Ideen man so alles kommt.

(Heike Polzin, SPD: Genau. –  
Zurufe von Ralf Grabow, FDP,  
und Gino Leonhard, FDP)

Zuerst einige Anmerkungen zum Verfahren, auf das auch Herr Reinhardt schon eingegangen ist:

Erstens. In der Tat, wir haben noch sechs Sitzungswochen. Nach Paragraph 8 Absatz 1 des Enquetekommissionengesetzes muss, falls die Enquetekommission bis zum Ende der Legislaturperiode ihre Arbeit nicht beendet hat, wovon bei der Fülle der Aufgabenbeschreibung nach Ihrem Antrag auszugehen ist, ein schriftlicher Zwischenbericht vorgelegt werden bis zum 30.06. Abgabetermin für diesen Zwischenbericht wäre nach der Geschäftsordnung der 23.06., 12.00 Uhr. Verfahrenstechnisch heißt das aber, dass, sollte man heute eine solche Kommission beschließen, diese Kommission sofort mit der Arbeit an dem Bericht beginnen müsste,

denn ein solcher Bericht ist ja nicht innerhalb von sieben Tagen zu erstellen.

(Dr. Harald Ringstorff, SPD: Das sind flinke Leute. – Zuruf von Ralf Grabow, FDP)

Diese Anforderungen finden sich in Paragraph 39 des Untersuchungsausschussgesetzes, denn die Anforderungen an einen solchen Bericht sind explizit geregelt. Zieht man dann noch die parlamentsfreie Sitzungszeit ab, ständen ganze vier Monate für die Arbeit an dem Zwischenbericht zur Verfügung.

Hinzu kommt, dass die Enquetekommission, meine Dame und meine Herren von der FDP, von Abgeordneten zu besetzen ist. Sie sollten sich bei Ihren Mitgliedern in der Enquetekommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ mal nach dem Arbeitsaufwand in einer solchen Enquetekommission erkundigen.

(Heinz Müller, SPD: Na, da ist auch nicht jeder gleich fleißig.)

Das stimmt wohl.

Da helfen auch zwei zusätzliche Personalstellen, die Sie bekommen würden bei einer solchen Enquetekommission, überhaupt nicht.

Zweitens. Ein großes Problem findet sich auch inhaltlicher Art unter Punkt II. im letzten Satz Ihres Antrages. Dort heißt es, Zitat: „Die Landesregierung“ – die Landesregierung! – „legt dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern spätestens bis zum 30. Juni 2012 die Ergebnisse vor.“ Ende des Zitats. Eine Enquetekommission nach Paragraph 1 des Kommissionsgesetzes ist ein Gremium des Landtages und eben nicht ein Gremium der Landesregierung. Folglich kann die Landesregierung gar nicht zur Abgabe eines solchen Berichtes aufgefordert werden.

Drittens. Die Arbeit einer Enquetekommission endet nach Paragraph 9 des Enquetekommissionsgesetzes entweder durch die Vorlage des Abschlussberichtes beim Landtag oder durch Ablauf der Legislaturperiode. Da sie nun selbst einen Zwischenbericht zum 30.06.2011 fordern, ist damit in dieser Wahlperiode offensichtlich ein Abschlussbericht ausgeschlossen. Insofern greift also hier die zweite Alternative des entsprechenden Gesetzes, das heißt, dass die Arbeit der Enquetekommission durch Ablauf der Legislaturperiode endet und erst der neu gewählte Landtag eine erneute Einsetzung einer Enquetekommission beschließen müsste, um einen entsprechenden Abschlussbericht vorzulegen.

(Regine Lück, DIE LINKE: Genauso ist es.)

Nun einige inhaltliche Anmerkungen zu Ihrem Antrag, meine Damen und Herren.

Die Enquetekommission soll die Arbeit der Expertenkommission zur Zukunft der Erziehung und Bildung unter Berücksichtigung des lebenslangen Lernens in Mecklenburg-Vorpommern fortführen. Wir erinnern uns: Diese Expertenkommission hat nach über zwei Jahren intensiver Arbeit im Jahre 2008 einen 205 Seiten umfassenden Bericht vorgelegt und darin insgesamt 122 Empfehlungen zur Entwicklung eines zukunftsfähigen Bildungssystems in unserem Land unterbreitet. Diese Ergebnisse sollen nach Ihrer Begründung – ich zitiere – „um wesentliche Aspekte“ erweitert werden.

Das, meine sehr verehrten Kollegen von der FDP-Fraktion, halte ich dann doch schon für einen ziemlich groben

Affront gegenüber der Arbeit der Expertenkommission. Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, nach dem Einzug der FDP in den Landtag haben Sie seit 2007 ein eigenes Mitglied in dieser Kommission gehabt. Und bis auf eine sind die von ihm formulierten Aufgaben an die Enquetekommission bereits durch die Expertenkommission abgearbeitet.

(Heike Polzin, SPD: Genau.)

Es kommt aus unserer Sicht also nicht darauf an, neue Aufgaben zu formulieren, wobei Sie auch noch nicht einmal sagen, worin die denn bestehen sollten, sondern dafür zu sorgen, dass die Empfehlungen der Expertenkommission schrittweise umgesetzt werden. Das Problem liegt aus meiner Sicht eben nicht bei den Empfehlungen, sondern vor allen Dingen in der Umsetzung der Empfehlungen durch die Politik. Ich darf daran erinnern, dass auch die Expertenkommission zusätzlich zu ihrem eigentlichen Auftrag darum gebeten wurde, zur damaligen Debatte um das Schulgesetz Stellung zu nehmen, was sie ausführlich getan hat. Ich meine schon, wir sind von einer planmäßigen Umsetzung der Empfehlungen der Expertenkommission noch ein ganz gehöriges Stück in diesem Lande entfernt.

(Heike Polzin, SPD: Ja.)

Ich will an dieser Stelle noch auf zwei Punkte aus der Begründung eingehen:

Erstens „soll die Kommission“ – Zitat – „Vorschläge für eine langfristige Entwicklung des Bildungssystems machen“.

Meine Damen und Herren, das liegt aus unserer Sicht mit dem Bericht der Expertenkommission in der entsprechenden Breite und Gründlichkeit vor. Die Themen, die Sie berücksichtigt haben wollen, machen hingegen eher den Eindruck eines Forderungskataloges der Wirtschaft zur Behebung des drohenden Fachkräftemangels als eines entsprechenden bildungspolitischen Konzepts. Das nun greift aber wirklich zu kurz. Bildung hat aus unserer Sicht mehr zu leisten, als nur die verlängerte Werkbank der Wirtschaft zu sein.

(Wolfgang Griese, DIE LINKE: Aber auch.)

Zweitens. Es soll in der Enquetekommission – Zitat – „ein möglichst breites ... Spektrum von Interessengruppen vertreten sein“.

Nun, meine Damen und Herren, das waren sie schon in der Expertenkommission. Dort wurden viele Anhörungen durchgeführt und Materialien aus anderen Bundesländern ausgewertet.

Alles in allem, ich empfehle Ihnen, die Anträge gründlicher vorzubereiten. Manchmal hilft es auch, einfach nachzusehen, was schon vorhanden ist.

(Heike Polzin, SPD: Ja.)

Ich würde nämlich viel lieber mit Ihnen über inhaltliche Themen diskutieren und auch streiten, als mich mit einer redaktionellen oder juristisch-rechtlichen Bearbeitung eines solchen Antrages beschäftigen zu müssen, der auch vor dem Hintergrund der geltenden Gesetzlichkeit dieses Landes einfach so nicht geht. – Wir lehnen Ihren Antrag deshalb aus fachlichen und auch rechtlichen Gründen ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Herr Bluhm.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Lüssow von der Fraktion der NPD.

**Birger Lüssow, NPD:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die FDP fordert also die Bildung einer Enquetekommission zum Thema „Bildung für alle“. Jedermann wird vorbehaltlos der Forderung „Bildung für alle“ zustimmen können. Nur, wir von der NPD fragen uns, was eine weitere Enquetekommission dazu beitragen soll. Die Probleme sind bekannt. Die Altparteien haben lange genug Zeit gehabt, für „Bildung für alle“ zu sorgen. Sie haben auf diesem Gebiet, und das kann man unterstreichen, völlig versagt. Auf europäischer Ebene betreiben Sie die Harmonisierung der Bildungsabschlüsse, man denke nur an den unsäglichen sogenannten Bologna-Prozess, auf der anderen Seite blockieren Sie eine nationale Harmonisierung der Bildungspolitik.

Den bildungspolitischen Flickenteppich in der BRD haben die Altparteien zu verantworten. Dieses Problem wird nicht durch eine Enquetekommission in Mecklenburg-Vorpommern gelöst. Dieses Problem kann letztlich nur durch Ihre Abwahl durch das Volk gelöst werden.

Die NPD hat zur Bildungspolitik klare Vorstellungen. Jahrzehntelange Reformen auf der Basis des Dogmas der angeblichen Gleichheit aller Menschen haben die Leistungsfähigkeit unseres Schul- und Hochschulwesens verheerend untergraben. Hinter diesen ideologiegesteuerten Reformen steht die wirklichkeitsferne Vorstellung, durch ausgeklügelte Programme eine neue Gesellschaft mit Menschen gleicher Fähigkeiten und Leistungen zu schaffen.

Im Ergebnis dieser falschen Politik sehen wir einen deutlichen Leistungsverfall, der durch ungehemmte Zuwanderung noch ständig verstärkt wird, was auch der SPD-Politiker Thilo Sarrazin in seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ zutreffend festgestellt hat.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Haben Sie das Buch überhaupt schon gelesen?)

Mit dem Untergang der DDR wurde das Bildungssystem der Alt-BRD auch für Mitteldeutschland und Mecklenburg-Vorpommern unkritisch übernommen. Durchaus positive Erfahrungen wie zum Beispiel im naturwissenschaftlichen und polytechnischen Bereich wurden dabei rundweg nicht berücksichtigt.

Wir von der NPD bekennen uns zum mehrgliedrigen Schulsystem. Die staatlichen Schulen müssen auch in Zukunft ausbildungs- und hochschulqualifizierende Regelschule bleiben. Diese dürfen im Vergleich zu Privatschulen eben nicht zu unterfinanzierten Verwahranstalten verkommen.

Das deutsche Schulwesen, und das ist uns von der NPD besonders wichtig, muss endlich bundeseinheitlich organisiert werden. Dies ist der richtige Ansatz. Wir brauchen keine 16 Kultusministerien und 16 Landtage, welche sich mehr schlecht als recht um Bildungspolitik kümmern.

Im Anschluss an eine gemeinsame Grundschulzeit sind die Schüler entsprechend ihrer Leistungsfähigkeiten in einem mehrgliedrigen Schulsystem zu unterrichten. Es ist sicherzustellen, dass über die Wahl der Schulart das Leistungsvermögen der Schüler entscheidet. Leistungsunterschiede, die in der sozialen Herkunft der Schüler begründet sind, sind durch Einrichtung einer einjährigen verpflichtenden Vorschule beziehungsweise geeignete

innerschulische Fördermaßnahmen zu verringern. Das Bestehen eines Sprachtests als Bestandteil der Einschulungsuntersuchung ist Voraussetzung für den Schulbesuch. Es kann nicht sein, dass erst in der Schule die deutsche Sprache erlernt werden soll.

Die NPD will im Schulwesen eine nationale, zentrale Struktur. Zur Durchsetzung vergleichbarer Leistungsanforderungen sind bundeseinheitliche schriftliche Prüfungen für das Abitur und die Mittlere Reife abzuhalten. Die Begabtenförderung und die Möglichkeiten, das Abitur auf dem zweiten Bildungsweg zu erwerben, sind erheblich auszubauen.

(Vizepräsident Andreas Bluhm übernimmt den Vorsitz.)

Der Präsident des Deutschen Studentenwerkes Professor Rolf Dobischat stellte klar fest, dass zum Hochschulzugang zum Beispiel der Bildungsstatus der Eltern entscheidend sei. Zitat: „Ob ein Kind ein Hochschulstudium aufnimmt, ist in Deutschland nicht allein eine Frage der individuellen Begabung. Es ist zuallererst eine Frage des Bildungsstatus der Eltern. ... Das ist eine ... Polarisierung von Bildungschancen. Sage mir, wer deine Eltern sind, und ich sage dir, ob du studierst oder nicht. Hochschulbildung wird immer mehr zu einer Art Erbprivileg, das von Akademiker-Generation zu Akademiker-Generation weitervererbt wird. Bildungsgerechtigkeit? Eher das Gegenteil: eine krasse Bildungs-Ungerechtigkeit.“ Zitatende.

Dieser von Professor Dobischat festgestellte Zustand ist völlig inakzeptabel. Hier besteht in der Tat ein enormer Handlungsbedarf. Wir fordern auch klipp und klar zum Thema „Bildung für alle“, ohne dass wir hierzu eine Kommission bräuchten, für den Bereich der Hochschulen campusnahen Wohnraum, günstige hochschulgastronomische Angebote, kostendeckendes BAföG, bessere Beratungsangebote für die Studenten und genügend Kita-Plätze an den Universitäten und Hochschulen.

Der tolle Spruch „Bildung für alle“ bringt nichts. Eine wie von der FDP beantragte Enquetekommission zum Thema „Bildung für alle“ ist überflüssig und würde überhaupt nichts bringen. – Wir lehnen daher diesen Antrag ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Es hat jetzt noch einmal das Wort für die Fraktion der FDP Vizepräsident Kreher. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

**Hans Kreher, FDP:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit einigen Kritiken hatte ich ja gerechnet, vor allem mit der Kritik, dass die Enquetekommission in dieser Legislatur beendet werden müsse. Meine Antwort darauf: Paragraph 8 des Gesetzes über die Einsetzung und das Verfahren von Enquetekommissionen vom 9. Juli 2002 lässt Interpretationsspielraum.

(Heike Polzin, SPD: Wo?)

Absatz 1 dazu: „Nach Abschluss ihrer Tätigkeit oder – falls die Enquete-Kommission ihre Tätigkeit bis zum Ende der Legislaturperiode nicht beendet hat – zum Ende der Wahlperiode erstattet die Enquete-Kommission dem Landtag einen schriftlichen Bericht.“

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aha!)

Also hier ist die Möglichkeit, wenn Sie wollen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Hat Herr Bluhm gesagt.)

Außerdem in der Landtagsdrucksache 4/2325:

„Beschlussempfehlung und Bericht

...

zu dem Antrag der Fraktionen

der Linkspartei.PDS und SPD

– Drucksache 4/2119 –

Kommission ‚Lebenslanges Lernen

in Mecklenburg-Vorpommern‘

und dem Antrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 5/2126 –

Enquetekommission ‚Zukunft der Erziehung  
und Bildung in Mecklenburg-Vorpommern‘,

auf Seite 8 „III.“

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –  
Gino Leonhard, FDP: Ganz genau.)

„Wesentliche Ergebnisse der Beratungen des Ausschusses für Bildung ... und Kultur“. Und da heißt es: „Da die Arbeit der Enquetekommission in dieser Legislaturperiode nicht mehr abgeschlossen werden könne“ – meine Damen und Herren von der CDU –,

(Heike Polzin, SPD: Was soll das jetzt?)

„solle die Enquetekommission in der neuen Legislaturperiode fortgeführt werden.“

(Irene Müller, DIE LINKE: Tja! –  
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Also, meine Damen und Herren, wenn der politische Wille da wäre, kann alles möglich gemacht werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –  
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Der ist aber nicht da. Der ist aber nicht da. – Heike Polzin, SPD:  
Was ist denn da rausgekommen? Wir haben doch gar keine Enquetekommission gehabt.)

Die Frage, meine Damen und Herren, ist also nicht, können wir eine Enquetekommission sofort einsetzen und über die nächste Legislatur hinaus arbeiten lassen,

(Irene Müller, DIE LINKE: Die kann  
aber nicht den Bericht erstatten.)

sondern wollen Sie eine Enquetekommission einsetzen, die einen kritischen Blick auf die bildungsadministrativen Strukturen wirft und damit auf die Struktur Ihrer Arbeit, meine Damen und Herren.

(Heike Polzin, SPD: Werfen Sie  
doch mal einen Blick auf die anderen  
Ergebnisse. Da steht eine Menge  
drin. Lesen Sie es einfach mal!)

Ein zweiter Vorwurf, eine zweite Kritik, auch darüber hatten wir im Vorfeld nachgedacht, es wurde ja von meinem Kollegen Herrn Bluhm gesagt, dass das ein Affront gegen die Expertenkommission sei. Meine Damen und Herren, ich glaube, das habe ich aber auch vorhin schon deutlich gemacht: Es geht uns ja gerade darum, dass viele der Dinge, die uns in dieser Expertenkommission vorgeschlagen werden, ja nicht so umgesetzt werden.

(Heike Polzin, SPD: Und sollen wir  
die jetzt noch mal aufschreiben? –  
Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Deshalb brauchen wir dieses Gremium, wo verschiedene und nicht nur Abgeordnete, sondern wir haben ja auch die Möglichkeit, viele andere mit einzubeziehen. Das ist die Möglichkeit, meine Damen und Herren,

wenn wir es richtig machen, Dinge zu vermeiden, wie sie auch in anderen Bundesländern passiert sind, dass gut gedachte Vorschläge in der Bildung dann von der Menschheit, von den Eltern, von den Lehrern nicht angenommen werden

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

und dass dadurch bestimmte Vorstellungen in der Bildung immer wieder blockiert werden. Dieses ist, da Enquetekommissionen öffentlich tagen, das entscheidende Mittel, um Eltern, Lehrer, die gesamte Gesellschaft und die Träger in den Kommunen mit einzubeziehen, wenn wir es vernünftig machen. Aber das wollen Sie nicht. Sie wollen dann, dass wieder bestimmte Gesetze gemacht werden, ein Bildungsgesetz, wo „Selbstständige Schule“ als Überschrift steht, aber mit 40 Verordnungen, wo die Leute mich vor Ort fragen: Was hat das noch mit Selbstständigkeit zu tun, wenn wir mit so viel bürokratischem Aufwand an unserer Selbstständigkeit gehindert werden?

(Heike Polzin, SPD: Und das wollen Sie  
mit einer Enquetekommission heilen?)

Das sind doch die Dinge, die auch Sie an den Schulen hören. Und wenn Sie es wollen, dann ist es möglich.

(Heike Polzin, SPD: Wir fangen  
immer wieder von vorne an.)

Wir fangen nicht von vorne an, wir begleiten, Frau Polzin.

(Heike Polzin, SPD:  
Genau, das sollten Sie tun.)

Wir begleiten. Und das ist in einer solchen Enquetekommission, wenn Sie es wollen, möglich. Was wollen Sie denn? Wollen Sie so weitermachen wie bisher?

(Heike Polzin, SPD: Nein, ich will das Programm  
vielleicht einmal ein bisschen in die Realität  
umsetzen, und das braucht eine gewisse Zeit.)

Ja, genau. Und das ist notwendig.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Und vor allem, Frau Polzin, liegt es wirklich an den administrativen Strukturen, und das müssen wir doch mal machen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ja, das  
muss politisch entschieden werden  
und nicht durch die Kommission. –  
Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Das ist auch in der Expertenkommission nicht entsprechend untersucht worden. Was brauchen wir, um auf diesem Gebiet weiterzukommen?

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:  
Wir haben auch inhaltliche Kritik  
geäußert und nicht nur administrative. –  
Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Nein, Frau Polzin, wenn Sie es wollten, könnten wir es. Der Vorwurf war ja, es ginge gar nicht, weil bestimmte Gesetze dagegensprechen.

Und ein Vorwurf kommt ja auch immer, natürlich kostet die Enquetekommission Geld. Aber, meine Damen und Herren, es ist ja gerade wichtig, das Geld, das wir in Zukunft brauchen, so zu gestalten, dass wir es wirklich in die Bildung stecken können.

(Irene Müller, DIE LINKE: Hier wird Wettbewerb zwischen den Kommissionen gemacht.)

Insofern wäre es auch eine Aufgabe der Kommission, sich darüber Gedanken zu machen, wie wir das Geld wirklich zielorientiert in die Bildung und nicht in die Bildungsbürokratie stecken. Bei unseren schwierigen Strukturen mit unterschiedlichsten Trägern in der Kommune ist auf der einen Seite die Kommune verantwortlich und auf der anderen Seite sind es die Lehrer vom Land. Ich weiß, was es da für Schwierigkeiten vor Ort gibt als Schulträger, wenn wir bestimmte Dinge auch von der Kommune voranbringen wollen.

All diese Dinge, wie setzen wir die guten Ideen in der Bildung durch, das ist alles nicht getan. Sie haben es einfach noch nicht verstanden oder wollen es nicht verstehen, dass wir da auf jeden Fall in der Gesellschaft mehr tun müssen, um alle Menschen – alle! –, wir als Politiker, die Politiker vor Ort, mitzunehmen. Das alles ist nicht geleistet.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das muss politisch umgesetzt werden und nicht durch eine Enquetekommission.)

Und das könnte diese Expertenkommission tun, wenn Sie es nur wollen. Aber Sie wollen es nicht, das ist der entscheidende Punkt. Sie sagen nur, wir machen weiter so wie bisher. Aber das, meine Damen und Herren, ist gescheitert. Und das sage ich Ihnen ganz deutlich.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Es ist alles gescheitert, ne?!)

Das wird Ihnen noch auf die Füße fallen, weil Sie einfach nicht handeln wollen, sondern sagen, wir machen das einfach so wie bisher weiter. Dann werden wir die Probleme haben, die wir immer haben, und nicht vorankommen.

(allgemeine Unruhe – Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, Egbert Liskow, CDU, und Stefan Köster, NPD)

Meine Damen und Herren, das ärgert mich, weil ich das als Lehrer in den letzten Jahren ausgebadet habe und wir als Lehrer vor Ort immer als die Sündenböcke dastanden, weil die Politik versagt hat. Und das will ich, meine Damen und Herren, ändern.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Stefan Köster, NPD: Ruhig, ruhig! Ganz ruhig, Herr Kreher!)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der FDP auf der Drucksache 5/3879. Wer stimmt für diesen entsprechenden Antrag, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3879 bei Zustimmung durch die Fraktion der FDP sowie Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und NPD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 27:** Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Erste Bewertung von Vorschlägen zur Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013, Drucksache 5/3880.

### Antrag der Fraktionen der CDU und SPD: Erste Bewertung von Vorschlägen zur Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 – Drucksache 5/3880 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der CDU die Abgeordnete Frau Schlupp. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

**Beate Schlupp, CDU:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die gemeinsame Agrarpolitik nach 2013 wird die Zukunft des ländlichen Raumes und der Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern, in Deutschland und in der Europäischen Union maßgeblich bestimmen. Insbesondere geht es hierbei um die Fragen:

- Wie viel Geld steht der künftigen Agrarpolitik zur Verfügung?
- Welche Maßnahmen werden für die Unterstützung der Agrarmärkte in Zukunft ergriffen?
- Wie werden die Haushaltsmittel der Europäischen Union auf die einzelnen Staaten verteilt?
- Wie sehen die zukünftigen Direktzahlungen aus?
- Wie geht man in Zukunft mit den Überkreuzverpflichtungen und der Modulation um?
- Und wie wird das Verhältnis zwischen erster und zweiter Säule ausgestaltet?

Gerade in den zurückliegenden Monaten wurde hierüber diskutiert. Seitens des zuständigen Kommissars der Europäischen Kommission wurden zahlreiche Gespräche mit Wissenschaftlern, Bauernverbänden und nationalen Agrarpolitikern geführt. Gleichzeitig wurde im Internet über die Zukunft der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik debattiert.

Nunmehr hat Agrarkommissar Dacian Cioloş seine ersten Eckpunkte für die künftige Ausgestaltung der gemeinsamen Agrarpolitik vorgestellt. Der vorgelegte Entwurf, das möchte ich voranstellen, findet nicht unsere ungeteilte Zustimmung. Deshalb und aufgrund der Aktualität des Themas haben wir den vorliegenden Antrag in den Landtag eingebracht, um frühzeitig in die Debatte einzugreifen und unseren Einfluss im Interesse der Landwirte in Mecklenburg-Vorpommern, aber auch des ländlichen Raumes auszuüben.

Meine Fraktion ist der Auffassung, dass das bisherige Landwirtschaftsmodell, welches die wettbewerbsfähige Erzeugung von Lebensmitteln und nachwachsenden Rohstoffen mit den Leistungen der Landwirtschaft für die Allgemeinheit verbindet, auch über das Jahr 2013 hinaus erhalten bleiben muss.

(Egbert Liskow, CDU: Sehr richtig.)

Dabei muss der mit den Agrarreformen von 1992, 1999 und 2003 eingeschlagene und in der Gesundheitsüberprüfung 2008 bekräftigte Weg zur Stärkung der Marktorientierung der gemeinsamen Agrarpolitik und zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe sowie der nachhaltigen Produktion fortgesetzt werden. Meine Fraktion unterstützt eindeutig die Position der Bundesregierung zur Weiterentwicklung der gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013.

Sehr geehrte Damen und Herren, allein in diesem Jahr gibt die Europäische Union rund 58 Milliarden Euro für die Unterstützung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes aus.

(Egbert Liskow, CDU: Eine stolze Zahl.)

Davon erhält Deutschland rund zwölf Prozent, also etwa 7 Milliarden Euro.

(Michael Andrejewski, NPD: Das ist unser Geld. Wir zahlen drauf.)

Dies ruft natürlich Kritiker auf den Plan, welche die Auffassung vertreten, das Geld sei in anderen Bereichen besser aufgehoben. Dem möchte ich entgegenhalten, dass die Agrarpolitik fast ausschließlich von der Europäischen Union finanziert wird und der einzige Politikbereich ist, der vergemeinschaftet ist.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Und wo hat die EU-Kommission das Geld her? – Udo Pastörs, NPD: Das wird gedruckt.)

Klar ist, dass es ohne finanzielle Beihilfen für die Landwirtschaftsunternehmen nicht geht.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Dennoch stellt sich die Frage, wie die Beihilfen in Zukunft ausgestaltet sein werden. Zahlreiche neue EU-Mitglieder fordern eine Anpassung der Ausgleichszahlungen.

(Udo Pastörs, NPD: Tja, die wollen Geld sehen.)

Der Durchschnitt der Direktzahlungen pro Hektar in der Europäischen Union liegt bei derzeit 262 Euro. In den baltischen Ländern Rumänien, Bulgarien und Polen bekommen die Bauern aber zum Teil deutlich weniger als 200 Euro. Ihre griechischen Kollegen bekommen mit über 500 Euro je Hektar fast das Dreifache.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Auch Deutschland liegt mit 344 Euro je Hektar deutlich über dem EU-Schnitt. Deshalb ist es verständlich, dass mittel- und osteuropäische Beitrittsstaaten mit aller Macht eine neue Verteilung durchsetzen wollen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Hier halte ich eine Ausrichtung am jeweiligen Lebenshaltungskostenindex für zwingend erforderlich.

(Michael Andrejewski, NPD: Und wir zahlen noch mehr Geld.)

Eine weitere Verschlechterung der Nettozahlerposition Deutschlands lehnen wir ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wir teilen die Grundüberzeugung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die ich an dieser Stelle zitieren möchte:

1. „Wir wollen den Weg der vorausgegangenen Reformen fortsetzen und das Modell der multifunktionalen Landwirtschaft weiter im Agrarhaushalt absichern. Dabei ist am bisherigen Gesamtbudget festzuhalten.“
2. „Das System der zwei Säulen der GAP muss erhalten werden. Verschiebungen zwischen den Säulen lehnen wir ab. Die Finanzierung der Ausgleichszulage soll weiterhin aus der zweiten Säule der GAP erfolgen.“

(Zuruf von Ute Schildt, SPD)

3. „Wir lehnen eine stärkere Verknüpfung der Direktzahlungen mit zusätzlichen Umweltauflagen ab“

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

„und fordern eine Überprüfung der Cross Compliance mit dem Ziel einer Entbürokratisierung der Vorgaben.“

4. „Wir wollen ein Sicherheitsnetz für krisenbedingte Marktstörungen erhalten.“

(Udo Pastörs, NPD: Oh, krisenbedingte Marktstörungen!)

Sehr geehrte Damen und Herren, zudem erteilen wir der Einführung einer Obergrenze für Direktzahlungen, wie sie in dem vorgelegten Papier in Betracht gezogen wird, eine klare Absage.

Die ersten Vorschläge der Europäischen Kommission liegen also nunmehr auf dem Tisch. Nun gilt es, sie für uns auszuwerten und zu diskutieren.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, ja.)

Eine erste Debatte wollen wir heute mit dem vorliegenden Antrag anstoßen. Ich freue mich auf die Diskussion.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Frau Abgeordnete Schlupp.

Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vereinbart worden. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat ums Wort gebeten der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Backhaus.

(Udo Pastörs, NPD: Ach, jetzt kommt wieder der Zettelkasten. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

**Minister Dr. Till Backhaus:** Sehr geehrter Herr Präsident! Ich bin dankbar, dass meine Fraktion dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt hat, denn gestern, wie wir alle wissen, hat der Kommissar Ciolos seine Vorstellungen für die Zukunft eines der wichtigsten oder des wichtigsten Bereichs der europäischen Gemeinschaftspolitik auf den Weg gebracht, nämlich die Entwicklung der ländlichen Räume und der Landwirtschaft.

Ich glaube, dass die Weiterentwicklung der gemeinsamen Agrarpolitik und der ländlichen Räume nach 2013 eines der entscheidenden Zukunftsthemen der europäischen Gemeinschaftspolitik darstellen wird. Und es ist klar, die Hauptadressaten der Agrarpolitik, das wissen wir, sind natürlich die ländlichen Räume und sind die Landwirtschaftsbetriebe, aber auch der gesamte Wirtschaftsbereich der Land- und Ernährungswirtschaft.

Erstmals, und da gibt es schon deutliche Unterschiede zur CDU/CSU, sowohl in Deutschland, aber auch in Europa, meine Damen und Herren, zum ersten Mal in der europäischen Geschichte wird das Europäische Parlament an diesem Projekt teilhaben. Ich begrüße das ausdrücklich, weil damit auch deutlich gemacht wird, welche Bedeutung die ländlichen Räume für Europa haben und dass wir zu einer gleichwertigen Politik in Europa kommen wollen. Also liegt die Antwort der Kommission auf die Mitteilung des Europäischen Rates und des Europäischen Parlamentes auf dem Tisch.

Meine Damen und Herren, mein Leitmotiv in den letzten 20 Jahren, in denen wir als Sozialdemokraten immer wieder versucht haben, durch die Weiterentwicklung der Agrarpolitik die Politik für die ländlichen Räume voranzubringen, war und ist: Wer eine Gemeinschaftspolitik in diesem Bereich will und wer die ländlichen Räume weiter voranbringen will, wer diese erhalten will und auch die landwirtschaftlichen Unternehmen, egal ob groß oder klein, der muss sie umbauen und der muss sie inhaltlich neu ausrichten. Wer das nicht erkennt, der wird keine gesellschaftliche Mehrheit mehr erreichen können.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD –  
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ein „Weiter so!“, meine sehr geehrten Damen und Herren, führt im Übrigen unweigerlich dazu, dass diese bisher größte Gemeinschaftspolitik unter erheblichen inhaltlichen und vor allen Dingen finanziellen Druck gerät und letztlich dann nicht mehr zu halten ist. Und das ist für Europa, für Deutschland und auch für Mecklenburg-Vorpommern nicht zu verantworten. Die gemeinsame Agrarpolitik muss, aus unserer Sicht jedenfalls, eine klare und eindeutige Legitimation erfahren. Sie muss nachhaltiger werden und sie muss insgesamt gerechter werden.

(Udo Pastörs, NPD: Ach,  
du Gott! Was ist gerecht?)

Sie muss sich auch in das Strategiepapier Europa 2020 einfügen und damit

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

ein nachhaltigeres und ein integriertes Wachstum für Europa gewährleisten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Mit dem Blick, meine Damen und Herren, auf die Herausforderungen, vor denen die Landwirtschaft, die ländlichen Räume in Europa stehen, gilt es natürlich auch, die Höhe des Agrarbudgets im Verhältnis zu den anderen Politikbereichen neu zu bewerten. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, wer die letzten Tage zur Kenntnis genommen hat, der weiß, dass der Haushalt für 2011 in der Europäischen Union nicht gesichert ist.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Wer realistisch in die Europäische Union und in die Welt hineinschaut, der nimmt auch zur Kenntnis, dass der Anteil der gemeinsamen Agrarpolitik mit 418 Milliarden Euro in den Jahren 2007 bis 2013 immerhin circa 42 Prozent des EU-Gesamthaushaltes von rund 975 Milliarden Euro ausmacht. Für eine Fortschreibung eines solchen Finanzvolumens braucht die Kommission, brauchen die Mitgliedsstaaten natürlich auch nachvollziehbare Argumente. Es muss gelingen, den Bürgerinnen und Bürgern in Europa verständlich zu erklären, warum und weshalb und wofür Steuergeld in diesen Größenordnungen bereitgestellt wird.

Und hier gibt es den Widerspruch zur CDU/CSU und auch zur FDP, dass wir einen völlig anderen Ansatz haben, nämlich öffentliches Geld für öffentliche Leistungen bereitzustellen, um überhaupt diese europäische Agrarpolitik und die Politik für die ländlichen Räume weiterführen zu können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Ich will insofern auch auf die besonderen Punkte eingehen. Für mich ist klar, es ist die erste Analyse, die wir jetzt vorlegen. Im Übrigen waren wir als einziges Bun-

desland in Deutschland an dem Prozess beteiligt, weil wir ein eigenes Konzept vorgelegt haben, und ich finde mich, das sage ich auch in aller Deutlichkeit, in den drei Optionen und bei dem, was die Mehrheit im Europäischen Parlament anbetrifft und vor allen Dingen auch dem, was der Kommissar als seine wichtigste Grundaussage, nämlich in der Option zwei, festgeschrieben hat, fühle ich mich mit unserem Konzept zu hundert Prozent bestätigt.

Zunächst kurz zu der Analyse. Die Gemeinschaftspolitik für den Agrarbereich und die ländlichen Räume soll sich auch nach 2013 weiterhin auf zwei sich ergänzende Säulen stützen. Die Säulenstruktur hat sich bewährt und soll fortgeführt werden. Das ist damals im Übrigen ausdrücklich unter Rot-Grün entstanden und die CDU verteidigt heute das, was unter Rot-Grün entwickelt worden ist.

(Egbert Liskow, CDU: Manchmal gibt es  
gute Sachen. – Heinz Müller, SPD:  
Lass sie doch mal dazulernen!)

Das ist ja auch in Ordnung, damit habe ich gar kein Problem, darüber freue ich mich auch.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Trotzdem ist natürlich klar, dass die Kommission, aber auch das Europäische Parlament sehr wohl die Notwendigkeit zu weiteren Reformanstrengungen sieht, damit die gemeinsame Agrarpolitik durch sanftes, nachhaltiges und grünes Wachstum zur europäischen Politik nach 2013 und bis 2020 weiterentwickelt wird.

Die künftigen Ziele werden dann beschrieben. Aus meiner Sicht geht es richtigerweise um eine verlässliche, rentable Produktion von Lebensmitteln, das steht im Vordergrund der europäischen Politik für den Agrarbereich, und es geht auch, und darüber freue ich mich sehr, weil wir es immer gesagt haben, um eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors einschließlich der Sicherung von landwirtschaftlichem Einkommen, eine entscheidende Aussage. Wir werden im Übrigen ja auch deutlich machen, dass wir ausdrücklich einen Mindestlohn für die landwirtschaftlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Mecklenburg-Vorpommern wollen, damit die Fachkräftezukunft gesichert wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD –  
Detlef Müller, SPD: Sehr richtig.)

Dann sagt die Kommission, auch das unterstütze ich ausdrücklich, wir wollen eine nachhaltigere Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen. Es geht um Klimaschutz, es geht um die Artenvielfalt. Es geht um Naturschutz und Umweltschutz, es geht um Tierschutz. Gerade gestern haben wir das intensiv diskutiert, das ist in dem Papier mit aufgenommen. Auch darüber freue ich mich.

Und deswegen, Frau Schlupp, es geht nicht nur um die Landwirtschaft, es geht um die ländlichen Räume, das war heute Morgen Thema,

(Egbert Liskow, CDU: Das wissen wir doch.)

und wir sind in den letzten Jahren hervorragend weitergekommen, auch was Dorfentwicklung, Dorfgemeinschaften anbetrifft. Da stimmen wir doch auch überein. Aber was die Kommission jetzt dick unterstreicht, ist ausdrücklich, dass man eine ausgewogenere räumliche Entwicklung unter dem Schlagwort „territoriale Balance“ hat, das heißt, unsere Dörfer und Gemeinden müssen und sollen in dieses Gesamtkonzept eingebettet werden, was ich ausdrücklich bejahe und auch in unserem Bundesland seit Jahren versuche umzusetzen.

Um dies zu erreichen, wird vor allen Dingen die Frage nach den Direktzahlungen, die die landwirtschaftlichen Unternehmen erhalten, aufgeworfen. Jawohl, am 1. Dezember, das wissen Sie, werden unsere landwirtschaftlichen Unternehmen 444 Millionen Euro als pauschale Ausgleichszahlung auf ihre Konten überwiesen bekommen. Ich betone immer wieder, wir gönnen den landwirtschaftlichen Unternehmen das Geld, wenn sie in unser Leitprojekt hineinpassen, nämlich Lebensmittel zu produzieren, Menschen zu beschäftigen, die Umwelt zu schützen und für die ländlichen Räume als wichtige Arbeitgeber zur Verfügung zu stehen. Dann sollen sie dieses Geld auch haben.

Im Übrigen, wenn man sich das Konzept anschaut, dann nehmen Sie zur Kenntnis, wenn Sie das Papier gelesen haben, dass die Kommission eine Basisprämie zur Grundsicherung für das Einkommen der in der Landwirtschaft Beschäftigten präferiert, und zwar in einheitlicher Höhe in den Mitgliedsstaaten beziehungsweise in einer Region. Das heißt, wir würden in Deutschland dann voraussichtlich zu einer einheitlichen Flächenprämie kommen. Zugleich soll die Marktorientierung der gemeinsamen Agrarpolitik fortgeführt werden und es wird, auch das ist eine wichtige Botschaft, gerade für unsere nach vorn gerichteten landwirtschaftlichen Unternehmen das Auslaufen der Milchquote 2015 festgeschrieben. Das war eine lange Forderung des Bauernverbandes. Auch dieses wird umgesetzt.

Jetzt zur Ausrichtung: Für mich gibt es prinzipiell drei Politikoptionen.

Die Option eins, von der Frau Schlupp gesprochen hat, ist ja das, was die CDU will, also am Status quo, an dem, was wir heute haben, festhalten. Wenn man mit realistischem Blick nach Europa schaut oder auch in die Regionen gerade des Ostens, dann muss man einfach erkennen, ein „Weiter so!“ wird es nicht geben. Im Übrigen sagt die Kommission selbst und die Mehrheit des Europäischen Parlamentes, es wäre die Option eins, wenn man sie umsetzen würde, eine verpasste Gelegenheit zur Reformierung der gemeinsamen Agrarpolitik, die eine effektivere und gut begründete Politik will. Das heißt, die Kommission, aber auch die Mehrheit des Europäischen Parlamentes, auch der EVP-Fraktion, lehnt diese Option ab. Insofern stehen Sie wahrscheinlich irgendwann ganz allein in Deutschland und Europa.

Zur Option zwei: Diese zielt, und das ist meine Präferenz, auf das, was die Kommission als auch das Europäische Parlament als Hauptargument sieht, auf eine ausgeglichene, gezieltere und nachhaltigere Unterstützung der Landwirte sich auszurichten und die ländlichen Räume stärker als bisher zu unterstützen. Das halte ich absolut für richtig und zukunftsweisend. Über einen Leistungsbezug soll dann im Übrigen auch ausdrücklich eine umweltorientiertere und beschäftigungsintensivere Landwirtschaft in Europa gestärkt werden, ob kleinere Unternehmen oder größere. Das heißt, gerade dieses Argument, über die Direktzahlungen für mehr Beschäftigung zu sorgen und ökologisch nachhaltigere Politikentwicklungsbereiche, aber auch Wirtschaftsbereiche zu unterstützen, soll damit gestärkt werden. Ich unterstütze das.

Die Option drei ist der reine marktorientierte Weg, den im Übrigen die FDP sehr stark in Europa präferiert. Dies würde zu einem massenhaften Zusammenbrechen der Strukturen führen in Deutschland, in Europa, auch in Teilen von Mecklenburg-Vorpommern, weil sie darauf

abzielt, nach 2013 die Ausgleichszahlungen komplett wegfällen zu lassen. Was das bedeutet, ich will es nur andeuten: Zu 50 Prozent sind unsere landwirtschaftlichen Unternehmen heute von diesen Auszahlungen abhängig, weil daraus Einkommen generiert wird.

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich dann die wichtigsten Bausteine angucken aus der Option zwei, dann ist das die Bestätigung dessen, woran wir uns weiter ausrichten wollen, nämlich erstens eine Basisauszahlung als Grundbetrag für die Einkommensunterstützung, das heißt, hieraus soll das Einkommen abgesichert werden für die landwirtschaftlichen Unternehmen und die Arbeitnehmerinnen und -nehmer.

Dann der zweite Punkt, die obligatorische zusätzliche Unterstützung für spezifische öffentliche Güter und Leistungen: Exemplarisch sind hier das Dauergrünland genannt, das uns ja seit Jahren am Herzen liegt, oder die Gründecke, aber auch die Fruchtfolge, darüber haben wir gestern gesprochen, oder auch die ökologische Flächenstilllegung. Im Übrigen werden hier ausdrücklich auch die FFH- und Vogelschutzgebiete genannt, das heißt, ein Landwirt, der in diesen Gebieten wirtschaftet, kann in den Genuss von zusätzlichen Ausgleichszahlungen kommen. Ich halte das für einen wirklich sehr wichtigen Schritt, zumal wir auch daran gearbeitet haben.

Ein weiterer Baustein der Direktzahlungen kann dann im Übrigen für freiwillige zusätzliche Leistungen in Betracht kommen und damit Hilfe und Unterstützung für die Landwirtschaftsbetriebe auch für die ländlichen Räume umgesetzt werden. Außerdem sollen die Kriterien der Neuverteilung der Geldmittel der Mitgliedsstaaten objektiv sein und ebenso dann auch in Kürze ausgearbeitet vorliegen. Ich bin gespannt, und auch da will ich ausdrücklich sagen, da stimmen wir überein, wir wollen kein Aufblähen der Bürokratie, im Gegenteil, wir wollen Abbau der Bürokratie. Und wir haben hier ja auch einen Vorschlag unterbreitet, nämlich die Zertifizierung, die unabhängige Zertifizierung von landwirtschaftlichen Unternehmen, so, wie wir das heute im ökologischen Landbau machen. Das ist erfolgreich und damit könnten wir auch erhebliche bürokratische öffentliche Verwaltung abbauen.

Ich glaube, wir tun gut daran, dass wir diese Reform jetzt sehr genau analysieren und uns mit dem Modell der Option zwei aktiv auseinandersetzen. Ich werde es tun. Ich biete hier ausdrücklich an, dass wir diese ganzen Themen auch ganz intensiv in den nächsten Wochen und Monaten im Agrarausschuss diskutieren können. Ich empfehle jedem, der die Möglichkeit hat, mit den EU-Abgeordneten und in den Ebenen über unsere Situation, aber auch die Vorstellungen zu reden, weil ausdrücklich das Europaparlament eingeschaltet ist und zustimmen muss.

Und zum anderen will ich auch unterstreichen, der Zug ist auf dem Gleis und hat Fahrt aufgenommen. Und es ist besser aus meiner Sicht, in der Lokomotive zu sitzen, anstatt hinterherzulaufen und zu spät aufzuspringen oder den Anschluss zu verpassen. Und deswegen erwarte ich auch von der Bundesregierung ganz klar, dass wir mit der Sonderagrarministerkonferenz, die ich ja versucht habe durchzusetzen, und wir werden sie auch in Kürze haben, dass wir mit der Bundesregierung dann darüber reden, wie wir unsere Position abstimmen.

Ich glaube auch, dass man erkennen muss, dass die Herausforderung für die Landwirtschaft, die ländlichen Räume in der Umweltökonomie, der Ökologie und der

sozialen Verantwortung für die Landwirtschaft und der ländlichen Räume liegt. Das ist aus meiner Sicht der Markt des 21. Jahrhunderts. Wer das nicht begreift, nicht erkennt, der wird diesen Politikbereich irgendwann im Steinbruch wiederfinden.

Was mir auch sehr am Herzen liegt, ist, darüber bin ich ein wenig traurig, dass die demografischen Faktoren in dem Papier keinen Niederschlag gefunden haben. Ich werde dafür kämpfen,

(Udo Pastörs, NPD: Ach, Sie Kämpfer!)

dass man sehr wohl auch die demografische Situation in den Regionen Europas bewertet und das auch bei der Mittelvergabe ein Stück mit berücksichtigt.

Meine Damen und Herren, wenn man die derzeitige Verteilung der Direktzahlungen in Europa betrachtet, wird deutlich, dass eine schrittweise Angleichung hier herbeigeführt werden muss. Man kann niemandem erklären, das ist ja hier schon gefallen, dass ein griechischer Landwirt 556 Euro bekommt und sein Kollege in Bulgarien 159 Euro pro Hektar. Das kann man nicht begründen. Da es hier eine Anpassungsphase geben wird, wo wir nicht um Gleichmacherei schimpfen, sondern dass es zu einer gerechteren Verteilung kommen muss und dieses auch mit einem Leistungsbezug verbunden wird, halte ich für den richtigen Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Insofern, meine ich auch, haben wir wichtige Reformschritte in den letzten Jahren eingeleitet, die ganz klar von Berlin, aber auch mit Mecklenburg-Vorpommern entwickelt worden sind, und wir haben da sicher eine Vorreiterrolle in Europa gespielt. Wer aber künftig mitgestalten will, der muss ganz klar erkennen, dass das Prinzip, nämlich öffentliche Zahlungen für öffentliche Leistungen, konkreter zu gestalten und durchzusetzen ist, ansonsten werden wir keine Legitimation für diesen Bereich haben. Ich finde es richtig, dass die Säulenstruktur bestehen wird, und ich werbe ausdrücklich dafür, dass auch die Ausgleichszulage im Übrigen dann in die erste Säule kommt und damit über die europäische Zahlung abgewickelt wird. Ich stimme der Einschätzung der Kommission zu, dass die vorgeschlagene zweite Option das Modell für Europa insgesamt sein kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern hat, glaube ich, hier gute Gründe, um dieses Modell weiter mit zu unterstützen. Aber ein Thema beunruhigt natürlich die Gemüter in den neuen Bundesländern und ich erwarte hier in aller Klarheit nicht nur Lippenbekenntnisse der Bundesregierung, sondern dass jetzt gezielt Maßnahmen dagegen eingeleitet werden, nämlich die sogenannte Kappung oder die Benachteiligung von größeren Unternehmen, die wir im Osten Europas haben. Das betrifft nicht nur die neuen Bundesländer, sondern auch die neuen Beitrittsländer, nämlich dass größenabhängige Benachteiligungen von Unternehmen aus meiner Sicht nicht zu akzeptieren sind, nein, ich lehne sie kategorisch ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Ich will das auch kurz begründen, denn gerade, wenn man den Leistungsbezug, und den wollen wir, jetzt herausstellt für Lebensmittelsicherheit, für Umweltsicherheit, für Tierschutz, aber auch für Beschäftigung, dann ist es aus meiner Sicht nicht zu verantworten, ob die Leistung einer Gesellschaft in einem kleineren Betrieb oder einem größeren Betrieb unabhängig davon bewer-

tet wird, sondern ich sage hier ganz klar, wir wollen Gerechtigkeit, und deswegen klare Ablehnung dieser Kappung, wenn sie dann kommen sollte. Für mich ist auch klar, wir haben das Prinzip der Mehrfamilienbetriebe in Mecklenburg-Vorpommern entwickelt. Wenn diese Unternehmen Mitarbeiter angemessen entlohnen, sollen aus meiner Sicht diese Betriebe und dürfen sie nicht einseitig benachteiligt werden. Ich erwarte hier noch mal, auch von der CDU/CSU, aber auch von der FDP und insbesondere von der Bundesregierung, eine ganz klare Ansage, dass dieses kategorisch abgelehnt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden insofern in den nächsten Wochen und Monaten eine spannende Diskussion bekommen. Ich hatte auch die Hoffnung im Übrigen, dass sich erste Zahlen und Hinweise in diesem Papier wiederfinden. Es sind keine Zahlen enthalten. Das hängt natürlich auch mit den schwierigen Finanzlagen insgesamt der Europäischen Union zusammen. Aber wir werden insofern im nächsten Jahr spannende Wochen und Monate erleben, wo dann die Bundesregierung ihrer Verantwortung nachkommen muss, nämlich das Finanzbudget mitzugestalten und nicht wie in unserem Bereich im Übrigen einseitige Streichungen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ zuzulassen.

Ich glaube, wir haben hier eine gute Grundlage, eine objektive, nach vorn gerichtete Politikdiskussion zu führen, und ich freue mich auf die Auseinandersetzung, aber auch richtungweisenden Beiträge dieses Hauses und darüber hinaus. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Minister.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Professor Tack. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Dr. Fritz Tack, DIE LINKE:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieser Antrag stellt den Abschluss der Agrardebatten in dieser Sitzungswoche dar und das ist auch gut so. Wir haben dieses Thema ja bereits mehrfach im Landtag behandelt und jede Partei hat unterschiedliche Positionen zur Weiterführung der GAP nach 2013 dargelegt. Dabei war eine Weiterführung der gemeinschaftlichen Agrarpolitik unter den demokratischen Parteien niemals strittig. Das will ich so unterstreichen, denn es gibt keine vernünftige Alternative dazu. Strittig war und ist aber die Frage, ob ein „Weiter so!“ oder ob eine stärkere ökologische und soziale Ausrichtung der Agrarförderung der Europäischen Union der richtige Weg in die Zukunft sei.

Wir sind uns im Wesentlichen darüber einig, dass eine leistungsfähige, wettbewerbsfähige Landwirtschaft von entscheidender Bedeutung für die Erhaltung lebenswerter ländlicher Räume ist. Das ist etwas, was für unser Land von ganz ausschlaggebender Bedeutung ist. Das brauche ich nach den gestrigen Beratungen nicht weiter zu vertiefen. Die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts verlangen der Landwirtschaft entscheidende Beiträge zur Bewältigung des Klimawandels und des Bevölkerungswachstums in der Welt ab. Aber auch dem demografischen Wandel ist gerecht zu werden. Einer bis auf neun Milliarden wachsenden Weltbevölkerung im Jahre 2050 stehen gleichbleibende oder sich ständig verringere Boden- und Wasserressourcen gegen-

über. Daraus folgend muss sich die Landwirtschaft heute mehr denn je dem Schutz der Umwelt und der Erhaltung der Artenvielfalt stellen.

Es ist deshalb ein Trugschluss zu glauben, dass wir in einer sich ständig ändernden Welt die Agrarpolitik gleich bleiben lassen können. Die Vorschläge von Kommissar Ciolos beinhalten ganz klar eine Neuausrichtung der Agrarpolitik, die wir in Grundzügen, nicht in allem begrüßen. Uns geht es auch so wie der Kommission um ein umweltfreundliches Wachstum im Agrarsektor und der ländlichen Wirtschaft zur Verbesserung des Wohlergehens durch wirtschaftliches Wachstum unter Vermeidung von Umweltschäden.

(Vizepräsident Hans Kreher  
übernimmt den Vorsitz.)

Einem „Weiter so!“ haben wir schon im Vorfeld dieser Veröffentlichung entgegengehalten, dass damit weder die nötige Akzeptanz der gemeinsamen Agrarpolitik durch die Bevölkerung, durch den Steuerzahler erreicht wird noch die Aufgaben der Zukunft zu lösen sind.

Ich will drei Schwerpunkte einer ersten Bewertung der Vorschläge kurz anreißen:

Der erste ist die Frage, wie viel Geld in den Topf der EU für den Agrarhaushalt künftig hineinkommt und wie dieses unter den EU-Staaten aufgeteilt wird. Es gibt hier – und der Minister hat das gesagt – noch keine Zahlenvorstellungen der Kommission, aber wir sind uns angesichts der Situation und der Haushaltsdebatte der Europäischen Union darüber im Klaren, dass ein Erreichen des jetzigen Niveaus der Mittel schon ein sehr hohes Ziel wäre. Selbst das setzt eine höhere Akzeptanz der Steuerzahler für die Agrarpolitik voraus. Minister Dr. Backhaus hat dazu eine ganze Reihe von Ausführungen gemacht.

Zum anderen reden jetzt 27 Staaten über die Aufteilung der Mittel mit und die Europäische Union hat die Aufgabe, diese Mittel zur gleichmäßigen Entwicklung aller Mitgliedsstaaten einzusetzen. Dabei empfinde ich den Ansatz des Papiers, die Kohärenz zwischen der Politik zur Entwicklung des ländlichen Raumes und den anderen EU-Politiken zu verstärken und einen gemeinsamen strategischen Rahmen für die EU-Fonds zu schaffen, als richtig und zukunftsweisend.

(Beifall bei Abgeordneten  
der Fraktion DIE LINKE)

Der zweite Schwerpunkt ist für mich die inhaltliche Ausrichtung der Förderung. Meine Fraktion sieht auch in der Option zwei des Kommissionsvorschlages mit der Orientierung auf eine höhere Nachhaltigkeit die Perspektive der künftigen gemeinsamen Agrarpolitik.

(Ute Schildt, SPD: Na, dann sind wir uns einig.)

Neben der entwickelten Basisprämie für alle Betriebe sollen aus unserer Sicht Betriebe, die für die Gesellschaft zusätzliche ökologische Leistungen bereitstellen, die der sogenannte Markt nicht vergütet, mehr Geld bekommen. Ich würde mich sehr freuen, wenn solche Betriebe, wie die Agrargenossenschaft Bartelshagen I mit Wilfried Lenschow an der Spitze, der als konventionell arbeitender Betrieb mit vielen Angestellten zahlreiche zusätzliche Naturschutzleistungen erbringen wird, künftig mehr Geld erhält als vielleicht ein reiner – in Anführungsstrichen – Marktfruchtanbauer.

Eine Katastrophe aber wäre die Kappung von Direktzahlungen durch Einführung von Obergrenzen für unsere großen Genossenschaften und andere Mehrfamilienbetriebe.

(Regine Lück, DIE LINKE:  
Das stimmt, das wäre schrecklich.)

Auf jeden Fall bin ich dafür, den Gedankenansatz der Kommission zur Berücksichtigung der entlohnten Arbeit weiterzuführen.

Ein dritter Schwerpunkt ist für mich das Tempo, mit dem die Neugestaltung der gemeinsamen Agrarpolitik vorgenommen werden soll. Ich habe mich hier bereits mehrfach dafür ausgesprochen, dass wir in diesem sensiblen Bereich der Agrarförderung, der in einigen Betrieben derzeit bis zu 60 Prozent des Einkommens ausmacht, es auf ein sehr behutsames Tempo bringen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten  
der Fraktion DIE LINKE –  
Andreas Bluhm, DIE LINKE:  
Sehr richtig. Sehr richtig.)

Ich halte Übergangszeiten, und das habe ich in einer vorherigen Debatte bereits auch zum Ausdruck gebracht, bis zum Jahr 2020 für angemessen. Wir brauchen angemessene Lösungen und Tempi, mit denen alle im ländlichen Raum leben können, damit das Land eine Zukunft hat.

Und was soll man hier heute beschließen? Wir sollten uns auf konstruktive Debatten im Agrarausschuss verständigen. Deshalb empfehle ich, diesen wichtigen Antrag, der hier heute vorliegt, der ja lautet „Erste Bewertung von Vorschlägen zur Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013“, am Ende der Debatte als erledigt zu erklären. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten  
der Fraktion DIE LINKE –  
Andreas Bluhm, DIE LINKE: Sehr gut.)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Herr Professor Tack.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schildt von der Fraktion der SPD.

**Ute Schildt, SPD:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die gemeinsame europäische Agrarpolitik scheint ein Dauerbrenner zu sein.

(Udo Pastörs, NPD: Es brennt ständig.)

Frau Schlupp hat es schon bei der Einführung gesagt, mit den Reformen 1992 sind wir in einem kontinuierlichen Entwicklungsprozess. Inzwischen 27 Länder in der Europäischen Union erwarten Gerechtigkeit, erwarten Vergleichbarkeit von Bedingungen und eine gleichberechtigte Entwicklungsmöglichkeit für ihre Länder.

Meine Damen und Herren, wenn jetzt die ersten Vorschläge der Kommission vorliegen, dann sind die Herausforderungen, denen wir uns alle gemeinsam stellen müssen, zunächst die Probleme der Lebensmittelsicherheit zu bewältigen, die Auswirkungen des Klimawandels zu berücksichtigen und die Entwicklung des territorialen, des ländlichen Raumes gleichberechtigt vornehmen zu können. Und deshalb mussten die Ziele formuliert werden, die in einer verlässlichen Produktion von Lebensmitteln und einer Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Produktion gesehen werden, die eine nachhaltige Verwaltung der natürlichen Res-

sources zum Inhalt haben und eine ausgeglichene territoriale Entwicklung mit den Instrumenten der Entwicklung des ländlichen Raumes in der Gänze des Sozialen, ökologisch, aber auch infrastrukturell.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Meine Damen und Herren, wir müssen uns einer Wahrheit stellen. Wir werden ein Agrarbudget, wie wir es bisher hatten, mit großer Wahrscheinlichkeit nicht mehr zur Verfügung haben.

(Angelika Peters, SPD: Dann hält man auch keine Versprechungen.)

Es gibt zusätzliche Aufgaben, die europäisch gemeistert werden müssen, und ich spreche immer von einem Tischtuch, an dem viele ziehen.

(Michael Andrejewski, NPD:  
Und wir bezahlen das Tischtuch.)

Es sind neue Aufgaben dazugekommen, die transeuropäischen Verkehrsnetze, die bewältigt werden müssen, Bildungsausgaben, aber auch außen- und sicherheitspolitische Aufgaben, die zusätzliche Mittel notwendig machen.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, wir haben's doch.)

Und wenn aus den Haushalten nicht mehr zur Verfügung steht, wird die Verteilung sich etwas verändern.

Unser Ziel ist es, und das haben auch meine Vorredner, alle drei, unterstrichen, dass wir ein möglichst großes Budget zur Verfügung behalten, und das ist wichtig, dass auch von Deutschland dieses Signal ausgeht, dass wir dazu stehen.

Deshalb, meine Damen und Herren, sind auch die Meinungen, „Allens bliwwt bin ollen“

(Angelika Peters, SPD: Geht nicht. Geht nicht.)

und „Wir müssen unsere Forderungen ganz einfach stark genug zum Ausdruck bringen“, von vornherein unrealistisch. Wir werden aber auch, dem müssen wir uns stellen, eine weitere Liberalisierung der Märkte erfahren in den nächsten Jahren, darauf müssen wir uns einstellen,

(Udo Pastörs, NPD: Ja, das wollen wir ja auch.)

eine größere Preisvolatilität und Ertragsrisiken.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die Dynamik und Konkurrenz auf den Weltmärkten nimmt zu. Das heißt, die Einflüsse von außen werden immer größer, wenn es um Wettbewerbsfähigkeit geht.

(Udo Pastörs, NPD: Das wollt ihr doch.)

Aber auch der Legitimationsdruck auf pauschale Zahlungen wächst. Sie alle beobachten das, wenn wir uns mit Bürgern unterhalten: Wofür bekommen die Bauern ihr Geld? Dem müssen wir Rechnung tragen. Wir wollen, dass landwirtschaftliche Betriebe unterstützt werden, aber es muss auch klar und deutlich werden, wofür diese Leistung bezahlt wird, welche Gegenleistung dafür erbracht wird.

(Zurufe von Stefan Köster, NPD,  
und Udo Pastörs, NPD)

Das muss erkennbar sein, das muss erkennbar gemacht werden. Die Instrumente müssen so sein, dass sie vermittelt werden können.

(Stefan Köster, NPD: Ihr seid ja richtige Schnellmerker.)

Und, meine Damen und Herren, ich habe es gesagt, die neuen Mitgliedsländer erwarten eine Angleichung ihrer Zahlungen an das durchschnittliche Niveau.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das wird ein Prozess sein, Herr Professor Tack hat es sehr deutlich gesagt, diese Angleichung muss schrittweise auch für unsere Betriebe sanft erfolgen. Aber bis 2020 ist dieser Prozess gerecht zu gestalten. Das ist eine der wichtigen Aufgaben.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Und die Aufgaben des Umweltschutzes und des Klimawandels müssen Berücksichtigung finden. Deshalb ja auch das, was schon meine Vorredner unterstrichen haben, der ökologische Aspekt muss zunehmend eine Rolle spielen.

Meine Damen und Herren, auch das haben meine Vorredner bereits unterstrichen, wir haben bei den Direktzahlungen, bei den Pauschalzahlungen bisher sehr unterschiedliche Niveaus in den Ländern. Wenn Griechenland 556 Euro pro Hektar zahlt, wir 345 im Schnitt bisher

(Michael Andrejewski, NPD:  
Na toll! Wir lügen zu wenig.)

und Rumänien 129, ist das nicht gerecht. Gut, die Lebensbedingungen sind auch unterschiedlich, das rechtfertigt gewisse Differenzierungen,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

aber diese Unterschiede sind langfristig nicht zu vertreten.

(Stefan Köster, NPD: Das ist Ihre EU.)

Meine Damen und Herren, gegenwärtig erhält unser Bundesland –

(Stefan Köster, NPD: Völlig aus dem Gleichgewicht geraten.)

und ich möchte es noch mal sehr konkret nennen, der Minister hat es ausgeführt – 412 Millionen Euro jährlich an Direktzahlungen,

(Michael Andrejewski, NPD: Wer am meisten fälscht, kriegt am meisten Geld.)

die an die Agrarbetriebe gehen. Dazu kommen zusätzliche Mittel aus der Modulation, die aus den Mitteln des ländlichen Raumes noch mal fließen mit Kofinanzierung. Das sind 175 Millionen, die uns jährlich für die Entwicklung des ländlichen Raumes zur Verfügung stehen. Der Minister hat es in einer Zahl zusammengefasst. Er hat gesagt, rund 550 Millionen Euro im Jahr stehen unserem Bundesland zur Verfügung aus dem Topf der EU, meine Herren der NPD, aus EU-Mitteln,

(Stefan Köster, NPD:  
Das ist alles deutsches Geld. –  
Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,  
und Raimund Frank Borrmann, NPD)

uns als Bundesland, Geld, das uns zur Verfügung steht und an dem wir möglichst viel auch künftig partizipieren möchten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD –  
Michael Andrejewski, NPD: Das ist doch alles  
Volksverdummung, was Sie da betreiben! –  
Udo Pastörs, NPD: Das ist Verarschung.)

Die Neuausrichtung ...

**Vizepräsident Hans Kreher:** Einen Augenblick, Frau Schildt.

Herr Pastörs, für diesen unparlamentarischen Ausdruck erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

**Ute Schildt, SPD:** Die Reformorientierung der neuen gemeinsamen Agrarpolitik hat zum Ziel eine Ökologisierung, eine Ergrünung der gemeinsamen Agrarpolitik, eine Stabilisierung der bäuerlichen Landwirtschaft in Europa und eine Entwicklung des ländlichen Raumes. Ich habe es schon mal unterstrichen, dazu gehört die Nahrungsmittelsicherheit in der EU, eine gerechte GAP für alle Mitgliedsländer in einem strategisch gut vorbereiteten Prozess und die Berücksichtigung von Umwelt und biologischer Vielfalt und des Klimawandels.

Dafür wird, und so sehen es die Vorschläge vor, eine 2-Säulen-Struktur verbleiben. Die Direktzahlungen werden regionalisiert und neu verteilt und es ist ganz wichtig, dass diese Direktzahlungen als Pauschalzahlungen ohne Kofinanzierung laufen,

(Stefan Köster, NPD: Ja, ja.)

weil sie sonst nur sehr differenziert durchgeführt werden. Wir wollen, dass sie einfach, direkt, ohne Kofinanzierung und mit wenig Bürokratie umgesetzt werden können. Das verlangt eine Zertifizierung der Betriebe, der Minister hat es schon ausgeführt, einen Basisbeitrag, ein Stufenmodell und keine Kappung. Das ist ganz wichtig. Das ist die Meinung der SPD von Anfang an. Wir wollen, dass es eine gerechte Verteilung gibt. Dazu gehört, dass kleine wie große Betriebe gerecht behandelt werden.

(Udo Pastörs, NPD: Was ist gerecht?)

Wir wollen ein Krisen- und Risikomanagement, das gestärkt wird, und die Bezahlung für öffentliche Leistungen, die transparent gestaltet wird.

Meine Damen und Herren, dafür hat der Kommissar drei Optionen erteilt. Ich lasse zwei so ein bisschen unter den Tisch fallen, weil die erste sagt im Prinzip das, was Frau Schlupp schon ausgeführt hat. So ein „Allens bliwwt bin ollen“ wollen wir nicht, weil es nicht geht. Das habe ich versucht auszuführen.

(Beate Schlupp, CDU: Geht nicht, gibt's nicht.)

Und die dritte Option sagt, wir liberalisieren alles, geben alles frei, perspektivisch in der Entwicklung. Das geht auch nicht. Es muss bestimmte Orientierungen geben und die sind in der zweiten Option ausgeführt. Der Minister hat es sehr umfangreich erläutert,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

welche Punkte das sind, welche Wege wir dabei gehen wollen.

Und ich erinnere noch mal daran, wir haben im Zusammenhang damit hier das Backhaus-Priesmeier-Papier schon mal diskutiert als Vorschläge, die aus unserem Land in die Diskussion der Europäischen Union gegangen sind, in das Parlament gegangen sind und die bei den Vorschlägen, die bisher im Parlament diskutiert worden sind, auch Berücksichtigung gefunden haben. Und das, finde ich, ist der richtige Weg, zu fragen, wie sehen

wir das, was ist für unser Land wichtig, und dann mit einer Stimme auch aufzutreten und das umgesetzt zu kriegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD –  
Angelika Peters, SPD: Richtig. –  
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Mit der Variante zwei, die der Minister umfangreich erläutert hat, sehen wir uns in dieser Meinung bestätigt, denn die Variante zwei beinhaltet diese Vorschläge.

(Udo Pastörs, NPD: Blödsinn!)

Im Übrigen ist das im Parlament auch schon diskutiert worden. Der Kommissar hat das sehr umfangreich diskutiert und dabei große Unterstützung der Verbände, der Kirchen, von Parteien – DIE LINKE hat es ähnlich gesagt wie wir – gefunden.

(Zurufe von Raimund Frank Borrmann, NPD,  
und Stefan Köster, NPD)

Das heißt, es wird die Option sein, mit großer Wahrscheinlichkeit auch dann, wenn diese Vorschläge der Kommission im Parlament diskutiert wurden.

Meine Damen und Herren, das ist die neue Qualität,

(Michael Andrejewski, NPD:  
Das Gegenteil von Qualität ist das.)

darüber müssen wir auch mal deutlich sprechen. Das Mitsprache- und Bestätigungsrecht des Parlamentes hat es bisher nicht gegeben und damit haben wir eine neue Schwelle erreicht, die die Sache gerechter gestalten lässt.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Und, meine Damen und Herren, ich bin da sehr optimistisch, dass wir uns in diesem Prozess auch als Landes- und nationale Parlamente sehr offensiv einbringen können. Wir sind auf dem richtigen Weg mit dem, was wir bisher erfahren haben, und wir werden diesen Prozess weiter gestalten. Herr Professor Tack hat darauf hingewiesen, es wird eine lange Diskussionsrunde sein.

(Stefan Köster, NPD: Alles ist im Fluss.)

Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten mit weiteren Vorschlägen und Diskussionsständen konfrontiert werden. Dann werden wir es im Agrarausschuss diskutieren. Ich bin auch der Meinung, mit der heutigen Debatte werden wir den Antrag als erledigt erklären. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Frau Schildt.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Reese von der Fraktion der FDP.

**Sigrun Reese, FDP:** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Sehr geehrter Herr Minister Backhaus, was soll diese Vorstellung hier heute? Können Sie erklären, was das hier soll? Der einzige Zweck des hier vorliegenden Antrages ist gewesen, Herrn Dr. Backhaus eine Bühne zu schaffen, sich selbst darzustellen und sich hier zu produzieren.

(Stefan Köster, NPD: Er ist ein  
Selbstdarsteller. – Udo Pastörs, NPD:  
Um seine Scharlatanerie zu verbreiten. –  
Zurufe von Dr. Harald Ringstorff, SPD,  
und Stefan Köster, NPD)

Wenn ich den Antrag richtig lese, die Landesregierung wird aufgefordert, eine erste Bewertung vorzunehmen,

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

dann hätten wir erst abstimmen müssen und danach hätten wir debattieren müssen, denn diesen Antrag hätten wir gar nicht gebraucht, weil es stand von vornherein fest, wenn man gesehen hat, dass der Minister 15 Minuten Redezeit angemeldet hat, dass er diese Bewertung hier vornehmen würde, bevor über den Antrag beschieden wurde. Und ich empfinde das als eine parlamentarische Frechheit, einen solchen Antrag überhaupt vorzulegen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Frau Reese.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Borrmann von der Fraktion der NPD.

(Heinz Müller, SPD: Oh, jetzt kommt Herr Borrmann, der Singvogel.)

**Raimund Frank Borrmann, NPD:** Bürger des Landes!

(allgemeine Unruhe)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Herr Borrmann!

**Raimund Frank Borrmann, NPD:** Wozu haben Parlamentarier eigentlich ...

**Vizepräsident Hans Kreher:** Herr Borrmann, einen Augenblick. Sie wissen genau, was hier üblich ist.

(Zuruf aus dem Plenum:  
Bei Ihnen ist das üblich.)

Ich erteile Ihnen zunächst einen Ordnungsruf und weise Sie darauf hin ...

(Der Abgeordnete Raimund Frank Borrmann zeigt ein Transparent. – Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Herr Borrmann, Sie kennen die Konsequenzen. Ich verweise Sie des Raumes entsprechend unserer Geschäftsordnung wegen der gröblichsten Verletzung hier im Landtag.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Stefan Köster, NPD: Das ist seine Meinung über Ihre Geisteshaltung.)

Ich unterbreche die Sitzung, bis Herr Borrmann den Raum verlassen hat.

**Unterbrechung: 11.17 Uhr**

**Wiederbeginn: 11.18 Uhr**

**Vizepräsident Hans Kreher:** Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Um das Wort hat jetzt gebeten der Fraktionsvorsitzende und Abgeordnete Herr Pastörs von der Fraktion der NPD.

(Der Abgeordnete Udo Pastörs spricht bei abgeschaltetem Mikrophon. – Stefan Köster, NPD: Herr Präsident!)

**Udo Pastörs, NPD:** ..., solange können wir noch von einem Rest Demokratie reden.

(Zurufe von Jörg Heydorn, SPD, und Michael Andrejewski, NPD)

Und die wenigen, die nicht so wollen, wie sie sollen, das ist hier in diesem Hause keine andere Fraktion als meine Fraktion, als die NPD-Fraktion, mein lieber Herr Doktor.

(allgemeine Unruhe – Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Das sind die Realitäten hier in diesem sogenannten Hohen Hause.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ist das peinlich! – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Was Frau Reese hier vorhin richtigerweise gesagt hat,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ja, ja.)

und ich bin weiß Gott weit entfernt davon,

(Dr. Till Backhaus, SPD: Mister Showman.)

mir die Argumente der FDP normalerweise zu eigen zu machen, ist,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

sie hat den Nagel auf den Kopf getroffen, aber der, den dieser Nagel treffen sollte,

(Harry Glawe, CDU: Jetzt müsste er mal zum Antrag sprechen.)

ist leider wahrscheinlich wieder irgendwo oder sitzt da,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

damit er Zwischenrufe machen kann.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Hat er aber wieder die Kurve gekriegt! Hat er aber die Kurve gekriegt!)

Herr Doktor, herzlich willkommen im Klub! Herzlich willkommen im Klub!

(Dr. Till Backhaus, SPD: Kleiner Scharlatan.)

Meine Damen und Herren, der Herr Minister hat wieder seinen Zettelkasten bemüht

(Dr. Till Backhaus, SPD: Super! Super! – Zuruf von Jörg Heydorn, SPD)

und hat tibetischen Gebetsmühlen gleich das Gleiche erzählt,

(Dr. Till Backhaus, SPD: Na, was denn nun? Na, was denn nun?)

was er vorgestern erzählt hat,

(Dr. Till Backhaus, SPD: Na, was denn nun?)

gestern erzählt hat,

(Dr. Till Backhaus, SPD: Na, was denn nun?)

letztes Jahr erzählt hat.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Na, was denn nun? – Stefan Köster, NPD: Mehr kann er nicht.)

Er ist sozusagen eingelaufen

(Dr. Till Backhaus, SPD:  
Zum Thema! Zum Thema!)

in 20 Jahren Monologie einer EU,

(Dr. Till Backhaus, SPD:  
Zum Thema! Zum Thema!)

die wir als, ja, ich muss schon sagen, total verfehltes Instrument ansehen, Herr Minister.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Zum Thema!  
Zum Thema! Zum Thema!)

Bleiben Sie ruhig, Herr Minister! Es wird noch lustig, es wird noch lustig.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Ich bin ganz ruhig. Ich bin ganz ruhig.)

27 Staaten balgen sich

(Jörg Heydorn, SPD: Sie sind doch kurz vorm Kollabieren.)

um das Geld im Kern von wenigen Ländern, die in die EU einzahlen.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Sie schlagen sich. Sie schlagen sich. Wie sie sich schlagen!)

Und wir haben ja gehört von der SPD, dass man um ein Tischtuch streitet. Jeder zerrt an diesem Tuch

(Ute Schildt, SPD: Ja, es gibt viele Aufgaben. –  
Dr. Till Backhaus, SPD: Ja, in der Baumschule, in der Baumschule.)

und dann wollen wir doch einmal einsteigen, wer denn dieses Tuch überhaupt webt, wer dem Tuch überhaupt Substanz verleiht. Das ist in erster Linie natürlich Deutschland.

(Dr. Till Backhaus, SPD: In der Baumschule. In der Baumschule.)

Wir sind die größten Nettoeinzahler. Und dann sagt der Herr Minister, man müsste mehr Gerechtigkeit

(Egbert Liskow, CDU:  
Wann sagt er denn was?)

in der Verteilung herstellen.

(Dr. Till Backhaus, SPD:  
Auch in der Baumschule. –  
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich sage Ihnen, wenn Sie hier

(Dr. Till Backhaus, SPD:  
Auch in der Baumschule.)

über Gerechtigkeit schwadronieren, Herr Backhaus,

(Dr. Till Backhaus, SPD:  
Auch in der Baumschule. –  
Stefan Köster, NPD: Sie sollten mal auf die Schule gehen, Herr Backhaus.)

dann, muss ich Ihnen sagen, sollten Sie bei der Gerechtigkeit beim Einzahlen in die EU-Kasse anfangen.

(Dr. Till Backhaus, SPD:  
Auch in der Baumschule.)

Davon hört man aus Ihrem Munde überhaupt nichts.

(Dr. Till Backhaus, SPD:  
Auch in der Baumschule.)

Also die Gerechtigkeit beginnt beim Akquirieren beziehungsweise beim Quotieren von Einzahlungsgeldern.

Und ist es gerecht, dass ein griechischer Bauer 556 Euro einstreicht, ein deutscher Bauer sich mit 345 Euro begnügen muss? Und eben haben wir ja gehört, dass die Begehrlichkeiten auch bei den Rumänen und bei den

Polen, wie ich gelesen habe, riesengroß sind,

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Hetzen Sie mal nicht die Menschen aufeinander!)

auch noch ihre Prämie verdoppeln zu können. Ist das gerecht?

(Zurufe von Dr. Till Backhaus, SPD,  
und Jörg Heydorn, SPD)

Ist es gerecht, mein lieber Herr Backhaus, wenn Sie dieses ...

(Dr. Till Backhaus, SPD: Ich bin nicht Ihr lieber Herr Backhaus!)

Doch, Sie sind mein lieber, mein lieber Till, mein lieber Till, Till Eulenspiegel, Till Eulenspiegel.

**Vizepräsident Hans Kreher:** Augenblick, Herr Pastörs. Ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf wegen der Beleidigung des Ministers und Abgeordneten

(Stefan Köster, NPD: Das war ein Lob. –  
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und weise Sie darauf hin, dass das bereits der zweite Ordnungsruf ist und dass es bei einem dritten Ordnungsruf bedeutet,

(Stefan Köster, NPD: Man hätte ihn auch Lügenbaron nennen können.)

dass ich Ihnen das Rederecht entziehen muss laut unserer Geschäftsordnung.

(Jörg Heydorn, SPD, singt: Du kannst nach Hause gehn, du kannst nach Hause gehn.)

**Udo Pastörs,** NPD: Wenn Sie von Gerechtigkeit reden, Herr Minister, ist es gerecht, dass die Engländer Sonderkonditionen eingeräumt bekommen haben, die sie jetzt schon über Jahrzehnte unverändert nutzen? Ist es gerecht, dass Sie verlangen, dass die Demografie in unserem Lande eine Rolle spielen soll bei der Zuteilung von Geldern aus der EU, aus dem Agrartopf?

(Dr. Till Backhaus, SPD: Das wird der Demografie in Deutschland helfen, wenn Sie weg sind. Das hilft der Demografie, wenn Sie schnell wieder dahin gehen, wo Sie hergekommen sind.)

Wollen Sie eine Prämie für nicht geborenes Leben in Mecklenburg-Vorpommern? Dann lassen Sie uns doch bitte schön die Geburtenrate noch weiter absenken,

(Dr. Till Backhaus, SPD: Gehen Sie schnell wieder dahin, wo Sie hergekommen sind!)

damit wir dann mehr Prämien aus der EU bekommen.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Gehen Sie schnell wieder dahin, wo Sie hergekommen sind!)

Merken Sie, was für eine Verrücktheit Sie hier verbreiten?

(Dr. Till Backhaus, SPD: Möglichst schnell sollten Sie da wieder hingehen, wo Sie hergekommen sind! Das hilft der Demografie in Mecklenburg-Vorpommern. –  
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Sie schwadronieren von Zielen. Sie nannten verlässliche Ziele, rentable Unternehmen und

(Dr. Till Backhaus, SPD:  
So viel Baumschulen.)

Lebensmittelproduktion,

(Dr. Till Backhaus, SPD:  
Für Ihre Baumschule.)

die zuverlässig sei.

(Dr. Till Backhaus, SPD: So wie Ihre  
Baumschule. – Stefan Köster, NPD:  
Was haben Sie eigentlich genommen?)

„Rentabel“ nehme ich mir heraus. Sie sprechen von ren-  
tablen Betrieben und verlangen anschließend aber auch  
Geld für Betriebe,

(Zuruf von Tino Müller, NPD)

die eben nicht optimal produktiv organisiert sind,

(Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

sondern die mehr Beschäftigte in Arbeit halten.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Sie wissen  
doch gar nicht, worüber Sie reden!)

Auf der einen Seite Rentabilität, auf der anderen Seite  
Subvention für Unternehmer, die also aus sich heraus  
bereit sind, mehr Handarbeit noch zuzulassen.

Ich komme zu den Kappungen, über die Sie reden.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Ich rede  
nicht darüber. Die EU redet darüber.)

Sie reden von den Kappungen, die Sie nicht wünschen.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Sie wissen  
doch gar nicht, worüber Sie reden!)

Wenn Sie keine Kappungen wünschen,

(Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

dann führt das dazu, dass selbstverständlich die Agrar-  
industrie sich im gleichen Maße weiterentwickelt, wie  
wir das zum Beispiel nicht wollen und wie Sie ja auch  
manchmal sagen,

(Dr. Till Backhaus, SPD: Manchmal, manchmal!)

dass Sie es nicht wollen,

(Dr. Till Backhaus, SPD:  
Manschnal mit sch, manschnall!)

wenn Sie vor kleinen und mittleren Betriebsinhabern  
reden, Herr Backhaus.

(Dr. Till Backhaus, SPD:  
Manchmal, nicht manschnall!)

Sie holen aus Ihrem Kummerkasten, aus Ihrem Zettel-  
kasten immer dann die passenden Zettel heraus bei den  
Leuten, wo Sie gerade schwadronieren und wo Sie zum  
Teil auch handfeste Lügen verbreiten.

(Zurufe von Dr. Till Backhaus, SPD,  
Reinhard Dankert, SPD,  
und Heinz Müller, SPD)

Aber das wissen die Landwirte und verlangen, ...

**Vizepräsident Hans Kreher:** Herr Pastörs!

**Udo Pastörs,** NPD: ... vor allen Dingen die Bauern ...

**Vizepräsident Hans Kreher:** Herr Pastörs, Ihre Rede-  
zeit ist beendet.

(allgemeine Unruhe – Jörg Heydorn, SPD:  
Saft abdrehen! Saft abdrehen!)

**Udo Pastörs,** NPD: Sie nehmen und kaufen Ihnen nichts  
mehr ab, Herr Backhaus.

**Vizepräsident Hans Kreher:** Herr Pastörs!

(Der Abgeordnete Udo Pastörs  
spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Herr Pastörs!

(allgemeine Unruhe –  
Der Abgeordnete Udo Pastörs  
spricht bei abgeschaltetem Mikrofon. –  
Dr. Till Backhaus, SPD: Das habe ich  
gerade gehört, wie Sie reagiert  
haben, Sie kleiner Scharlatan!)

Herr Pastörs, Ihre Redezeit ist beendet.

(allgemeine Unruhe –  
Der Abgeordnete Udo Pastörs beendet  
seine Rede bei abgeschaltetem Mikrofon. –  
Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –  
Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schlupp von  
der Fraktion der CDU.

(Michael Andrejewski, NPD: Es wird  
Zeit, dass der Antrag erledigt wird. –  
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

**Beate Schlupp,** CDU: Sehr geehrter Herr Präsident!  
Sehr geehrte Damen und Herren!

Sehr geehrte Frau Reese, ich glaube, Sie wissen, dass  
ich Sie wirklich sehr schätze, aber ich denke, in diesem  
Augenblick haben Sie doch die Intention dieses Antra-  
ges verkannt, denn ich denke, die heutigen Beiträge  
haben gezeigt, dass es wichtig war, kurz nach Vorliegen  
des ersten Entwurfs zur GAP eine gegenseitige Positi-  
onsbestimmung vorzunehmen, denn der Diskussions-  
stopp im Agrarausschuss ist erheblich. Die Positi-  
onen weichen erheblich voneinander ab und wenn wir im  
Interesse der Landwirte uns auf eine gemeinsame Posi-  
tion verständigen wollen

(Zuruf von Ute Schildt, SPD)

und eigentlich auch müssen, dann müssen wir diese Dis-  
kussion vornehmen im Agrarausschuss und versuchen,

(Egbert Liskow, CDU: Auch öffentlich.)

die Positionen einander anzunähern, damit wir dann mit  
einer Stimme für unsere Landwirte auftreten können.

(Egbert Liskow, CDU: Richtig.)

Ich wollte jetzt eigentlich sagen, dass ich ja das letzte  
Wort haben werde,

(Dr. Till Backhaus, SPD: Ich überlege  
noch. Das weiß ich noch nicht.)

aber da jetzt gerade der Parlamentarische Geschäfts-  
führer der SPD-Fraktion vorne war, ... Er schüttelt den  
Kopf, also habe ich das letzte Wort, und das möchte ich  
dann dafür nutzen, noch einmal unsere wichtigsten Posi-  
tionen zu verstärken.

Erstens. Wir erteilen der Einführung einer Obergrenze für  
Direktzahlungen an Großlandwirte, wie sie in dem vor-  
gelegten Papier in Betracht gezogen werden, eine klare  
Absage.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. –  
Udo Pastörs, NPD: Ja, ja.)

Gerade hier gilt es, auf EU-Ebene die Interessen der ost-deutschen Landwirtschaftsbetriebe durchzusetzen. Und ich bleibe dabei, die Einführung einer obligatorischen Ökologisierungskomponente im Bereich der Direktzahlungen ist zu hinterfragen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Inwieweit diese Maßnahmen einer zusätzlichen Förderung im Bereich der Direktzahlungen bedürfen, muss diskutiert werden.

Den Ansatz, die Cross-Compliance-Bestimmungen zu vereinfachen, könnte man begrüßen, wenn im Zusammenhang mit einem einfacheren Regelwerk nicht zugleich auch ein umfassenderes Regelwerk in Aussicht gestellt wird. Diese Formulierung lässt Schlimmes vermuten.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Hoffnung haben wir doch bei der Vereinfachung der spezifischen Unterstützungsregelungen für Kleinlandwirte. Die Einführung eines Instrumentariums für das Risikomanagement, um auf Einkunftsunsicherheiten und Marktschrumpfungen reagieren zu können, ist ein richtiger Ansatz.

Mit dem vorliegenden Papier hat aus unserer Sicht die Kommission eine erste Konzeption ihrer künftigen gemeinsamen Agrarpolitik vorgelegt. Im Papier gibt es zahlreiche Maßnahmen, die wir für Mecklenburg-Vorpommern unterstützen können, aber auch Maßnahmen, die grundsätzlich abgelehnt werden müssen. Vor diesem Hintergrund ...

(Udo Pastörs, NPD: Ob Sie was unterstützen oder nicht, das interessiert keinen. Das ist der berühmte Sack Reis, der in China umfällt, der keinen Einfluss darauf hat, was Sie hätten.)

Das Schöne ist, dass es Ihnen auf alle Fälle so geht.

(Gelächter bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vor diesem Hintergrund und auch in Hinblick auf die heutige Diskussion gibt es für uns in den kommenden Monaten im Interesse der Landwirte viel zu tun. Dies werden wir selbstverständlich im Agrarausschuss auch tun. Der Minister hat mit seinem Bericht seine Position dargestellt und deshalb erkläre ich, wie von Herrn Professor Tack angeregt, von uns allerdings auch so vorgesehen, unseren Antrag mit diesem Bericht für erledigt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Michael Andrejewski, NPD: Jawoll! Bravo!)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Frau Schlupp.

Meine Damen und Herren, aufgrund

(Udo Pastörs, NPD: Turbulenzen.)

einer Überprüfung bestimmter Rufe und Verhaltensweisen erteile ich zunächst dem Abgeordneten Herrn Heydorn einen Ordnungsruf.

(Michael Andrejewski, NPD: Herzlich willkommen!)

Und einen dritten Ordnungsruf erteile ich Herrn Pastörs. Damit ist es der dritte Ordnungsruf und ihm damit das Rederecht entzogen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich schließe hiermit die Aussprache.

Der Antragsteller hat beantragt, den Antrag auf Drucksache 5/3880 für erledigt zu erklären.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Gut, dass wir darüber gesprochen haben.)

Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Damit ist der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/3880 für erledigt erklärt.

Meine Damen und Herren, ich berufe jetzt den Ältestenrat zu einer Sitzung ein und unterbreche die Sitzung für 20 Minuten.

**Unterbrechung: 11.29 Uhr**

**Wiederbeginn: 11.51 Uhr**

**Vizepräsident Hans Kreher:** Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich möchte Ihnen zunächst mitteilen, dass wir im Ältestenrat das Benehmen darüber hergestellt haben, dass ich jetzt den Abgeordneten Herrn Borrmann für weitere drei Tage wegen größtlicher Verletzung der Ordnung dieses Hauses von den Sitzungen hier ausschließen werde.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Meine Damen und Herren, ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 31:** Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Verletztenrente nicht als Einkommen anrechnen, Drucksache 5/3896.

**Antrag der Fraktion der NPD:  
Verletztenrente nicht als  
Einkommen anrechnen  
– Drucksache 5/3896 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Andrejewski von der Fraktion der NPD.

**Michael Andrejewski, NPD:** Frau Präsidentin! Quatsch,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –

Angelika Peters, SPD: Das ist Quatsch, was Sie sagen, da haben Sie recht.)

Herr Präsident! Entschuldigung. Meine Damen und Herren! Der Gender-Wender, das ist ja alles das Gleiche, aber das war ein Versehen.

(Udo Pastörs, NPD: Da sieht man wenigstens den Unterschied.)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren, soweit vorhanden! Verletztenrenten aus der gesetzlichen Rentenversicherung waren gemäß der Arbeitslosenhilfeverordnung aus dem Jahre 2002 bis zur Höhe des Betrages von der Einkommensrechnung freigestellt, der in der Kriegsopferversorgung bei gleicher Minderung der Erwerbsfähigkeit als Grundrente und Schwerbeschädigtenzulage bezahlt wurde. Dann kam Hartz IV mit der schwammigen Regelung des Paragraphen 11 SGB II, wonach zweckbestimmte Einnahmen nicht als Einkommen berücksichtigt würden.

Was bedeutet nun „zweckbestimmt“? Eine Einnahme oder Zuwendung wird dann nicht angerechnet, das heißt, der Leistungsbezieher darf sie behalten, ohne dass das Arbeitslosengeld II gekürzt wird, wenn sie einem ganz

anderen Zweck dient als die Grundsicherung. Davon geht man bei Grundrenten nach dem Bundesversorgungsgesetz und Gesetzen aus, die eine entsprechende Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes vorsehen. Wehrdienst- und Zivildienstopfer etwa können neben ihren Grundrenten in voller Höhe Arbeitslosengeld II beziehen, ebenso natürlich NS-Verfolgte nach dem Bundesentschädigungsgesetz und überraschenderweise auch SED-Opfer nach dem SED-Unrechtsbereinigungsgesetz.

Bei Opfern von Arbeitsunfällen war das nicht so klar, weshalb es in dieser Sache auch Klagen vor den Sozialgerichten gegeben hat. Ein Verfahren, das beim Sozialgericht Konstanz begonnen hatte, wurde schließlich im Dezember 2007 vom Bundessozialgericht entschieden. Der Kläger pochte darauf, dass er die Verletztenrente nicht nur zur Sicherung seines Lebensunterhaltes bewilligt bekommen habe, sondern auch noch zur Sicherung eines ganz anderen Zweckes, der darüber hinausginge, um den Verlust seiner körperlichen Unversehrtheit auszugleichen. Das Bundessozialgericht hingegen verwies im Wesentlichen darauf, dass die Verletztenrente im Wortlaut des Paragraphen 11 SGB II nicht unter den Ausnahmen angeführt gewesen sei, bei denen eine Einkommensanrechnung nicht stattfindet. Der Gesetzgeber habe dies genau so gewollt und außerdem sei die Verletztenrente zweckidentisch mit den Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem SGB II, weil sie zumindest auch eine einkommenssichernde Funktion habe.

Damit haben wir jetzt vom Juristenchinesischen ins Deutsche übersetzt folgende Situation: Ein Soldat und ein ziviler Angestellter der Bundeswehr, von denen es viele gibt, etwa bei der Instandsetzungstruppe, sitzen zusammen während einer Dienstreise in einem Auto und werden verletzt. Sie tragen bleibende Schäden davon und haben genau denselben Grad der Behinderung. Beide müssen später irgendwann Arbeitslosengeld II beantragen, aber der Soldat darf als Wehrdienstopfer seine Grundrente behalten, bei dem Zivilangestellten wird sie angerechnet, denn der leistet ja keinen Wehrdienst, der hat einen einfachen Arbeitsvertrag. Und das ist ja wohl ein Musterbeispiel für eine ungerechtfertigte Ungleichbehandlung.

Die Wehrdienstopferrente, heißt es, dient dem Zweck, den Einsatz für das Gemeinwesen besonders zu würdigen, und natürlich ganz besonders, wenn unsere Sicherheit am Hindukusch verteidigt wird.

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

Wieso würdigt man es nicht genauso, wenn einer im zivilen Leben Gefahren auf sich nimmt? Wo blieben wir denn, wenn alle nur Bürojobs machen würden, bei denen man sich schlimmstenfalls am Kaffee verbrennen oder über den Kopierer stolpern kann?! Wer in der Arbeitswelt einen riskanten, unfallträchtigen Job erledigt, macht sich um das Gemeinwesen genauso verdient wie ein Soldat.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Ich würde sogar behaupten, dass ein Dachdecker gefährlicher lebt als ein Kasernensoldat in der Schreibstube.

(Udo Pastörs, NPD: Absolut.)

Für ein System, das dauernd vom Frieden schwafelt

(Zuruf von Matthias Mantei, CDU)

und das mir bei der Bundeswehr mal erzählt hat, der Frieden ist der Ernstfall und so weiter,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

werden Soldaten hier in erstaunlicher Weise privilegiert. Es fehlt nur noch, dass gefragt wird: „Haben Sie gedient?“, so, wie beim „Untertan“.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Damit Bezieher von Verletztenrenten endlich gleichbehandelt werden können, ist es nötig, die gesetzlichen Bestimmungen zu verändern. Dann kann auch gleich mit dem wolkigen Begriff der Zweckidentität aufgeräumt werden, der zur Willkür förmlich einlädt. Hinbiegen lässt sich da alles. Jede Geldleistung dient zumindest auch dazu, den Lebensunterhalt mit zu finanzieren, sonst wäre es ja keine Geldleistung. Das gilt auch für NS-Opfer. Damit wäre alles zweckidentisch.

Andererseits hat zum Beispiel das Kindergeld, welches auch voll auf das Arbeitslosengeld II angerechnet wird, selbstverständlich eine hinreichende Zweckbestimmung, die weit über den individuellen Lebensunterhalt hinausgeht, nämlich die Erhaltung des Volkes, was ja auch nicht so ganz ohne ist, wenn wir uns unsere demografische Katastrophe ansehen. Alles klagt über den Geburtenrückgang und die Überalterung, und doch haben sich der sogenannte Gesetzgeber und die Rechtsprechung dazu entschlossen, im Kindergeld keine Leistung zu sehen, die einen besonderen, über den Lebensunterhalt hinausreichenden Zweck verfolgt.

(Udo Pastörs, NPD: Perfide ist das.)

Es geht nur darum, irgendwelche Vorwände zu finden – und kurzfristig –, um nicht zahlen zu müssen, und zwar ausschließlich auf Kosten von Betroffenen, die keine Lobby haben. Das ist bei den Opfern von Arbeitsunfällen leider der Fall und wahrscheinlich auch bald bei den Wehrdienstopfern, sobald man kein Kanonenfutter mehr für Afghanistan braucht. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Meine Damen und Herren, im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Rüks von der Fraktion der CDU.

**Günter Rüks, CDU:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute einen Antrag der NPD vorliegen, der lediglich aus einem einfachen, schlichten Satz

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

ohne jegliche Begründung besteht,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

ich zitiere: „Die Landesregierung soll sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Verletztenrenten aus der gesetzlichen Unfallversicherung für Empfänger von Arbeitslosengeld II bis zur Höhe der Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) und nach Gesetzen, die eine entsprechende Anwendung des BVG vorsehen, nicht als Einkommen angerechnet werden.“

(Stefan Köster, NPD: Was wollen Sie denn da noch begründet haben? –

Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Angemessen wäre, auf diesen Antrag ebenfalls lediglich mit einem Satz zu antworten. Man könnte ihn unter „Populismus pur“ zusammenfassen.

(Stefan Köster, NPD: Das ist die Realität, die sich in unsern Bürgerbüros abspielt. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Gleichwohl möchte ich kurz darauf näher eingehen und begründen, warum dieser Antrag keinen Sinn macht. Ich tue dies nicht, um ...

(Udo Pastörs, NPD: „Sinn machen“ geht gar nicht, „Sinn haben“ schon eher.)

Ich tue dies nicht, um Sie zu überzeugen, Herr Pastörs,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

oder eines Besseren zu belehren,

(Udo Pastörs, NPD: Die Statur haben Sie nicht. – Vizepräsident Andreas Bluhm übernimmt den Vorsitz.)

denn Sie sind für jeden Ratschlag und jede sachliche inhaltliche Auseinandersetzung längst nicht mehr zugänglich.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Stefan Köster, NPD: Wer hat Ihnen das denn aufgeschrieben?)

Ich tue es vielmehr ...

(allgemeine Unruhe – Zurufe von Stefan Köster, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich erwarte von Ihnen, dass Sie die Geschäftsordnung dieses Landtages einhalten. Das Wort hat der Redner.

Bitte schön.

**Günter Rühls, CDU:** Vielen Dank, Herr Präsident.

Ich tue es vielmehr, um den anwesenden Bürgern zu erläutern, welchen Unsinn die NPD hier einfordert.

(Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE, und Michael Andrejewski, NPD)

Man kann es ja versuchen.

Das Arbeitslosengeld nach dem SGB II ist auch wie, ist auch wie, die Sozial... ist ... Entschuldigung.

(Michael Andrejewski, NPD: Immer langsam! – Udo Pastörs, NPD: Beim Erklären wird es schon schwierig.)

Das lassen Sie mal meine Sorge sein!

Das Arbeitslosengeld II nach dem SGB II ist wie auch die Sozialhilfe nach dem SGB XII stets eine subsidiäre, eine nachrangige Sozialleistung auf die Vermögen und jedes Einkommen angerechnet worden,

(Udo Pastörs, NPD: Zwei Oberlehrer.)

somit auch eine Verletztenrente aus der gesetzlichen Unfallversicherung nach dem SGB VII.

(Stefan Köster, NPD: Anstatt teure Anzüge zu kaufen, sollten Sie sich vielleicht mal mit der Realität auseinandersetzen.)

Die Verletztenrente ist eine Versicherungsleistung bei Verdienstausschlag aufgrund eines Arbeitsunfalls oder einer

Berufskrankheit. Bei vollständigem Verlust der Erwerbsfähigkeit beträgt die Verletztenrente zwei Drittel des vor dem Versicherungsfall erzielten Jahresarbeitsverdienstes. Sie ist somit ein Entgeltersatz für den zuvor erzielten Verdienst.

Die Verletztenrente der gesetzlichen Unfallversicherung ist daher vergleichbar mit der Altersrente, der Witwen- und Waisenrente und insbesondere der Rente wegen Erwerbsminderung der gesetzlichen Rentenversicherung. Alle Renten sind wie auch der Arbeitslohn monatliches Einkommen, das bei der Berechnung der Grundsicherung für Arbeitsuchende gemäß SGB II, auch Arbeitslosengeld II oder Hartz IV genannt, sowie bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung gemäß SGB XII, auch einfach nur Grundsicherung oder Sozialhilfe genannt, Berücksichtigung findet.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Denn sowohl Sozialhilfe als auch Arbeitslosengeld II sind nachrangige Leistungen, die nur gewährt werden, wenn das eigene Einkommen aus Arbeit und aus Rentenbezug nicht ausreicht.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Dieser allgemeine Grundsatz findet sich sowohl in Paragraph 9 SGB II für das Arbeitslosengeld II als auch in Paragraph 2 SGB XII für die Sozialhilfe. Es handelt sich, wie gesagt, um einen allgemeinen Grundsatz, bei dem nicht unterschieden wird, ob es eine Rente der gesetzlichen beziehungsweise der privaten Rentenversicherung oder der Unfallversicherung ist, oder aber ob es sich um eigenes Einkommen aus Arbeit handelt.

Gern möchte ich Ihnen den entsprechenden Gesetzestext des Paragraphen 9 Absatz 1 SGB II zum Beweis im Wortlaut vorlesen:

„Hilfebedürftig ist, wer seinen Lebensunterhalt, seine Eingliederung in Arbeit und den Lebensunterhalt der mit ihm in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln, vor allem nicht

1. durch Aufnahme einer zumutbaren Arbeit,
2. aus dem zu berücksichtigenden Einkommen oder Vermögen

sichern kann und die erforderliche Hilfe nicht von anderen, insbesondere von Angehörigen oder von Trägern anderer Sozialleistungen erhält.“

In Paragraph 2 Absatz 1 SGB XII heißt es fast gleichlautend:

„Sozialhilfe erhält nicht, wer sich vor allem durch Einsatz seiner Arbeitskraft, seines Einkommens und seines Vermögens selbst helfen kann oder wer die erforderliche Leistung von anderen, insbesondere von Angehörigen oder von Trägern anderer Sozialleistungen, erhält.“

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Es gibt jedoch umgekehrt die Möglichkeit, im Rahmen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung die geringe Rente als eine Art Mindest- beziehungsweise Grundrente aufzustocken.

Meine Damen und Herren, wir lehnen den Antrag ab, die Begründung habe ich gegeben. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten  
der Fraktionen der SPD und DIE LINKE –  
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Abgeordneter Rühls.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Andrejewski. Bitte, Herr Abgeordneter.

(Stefan Köster, NPD: Hast du  
das verstanden, Michael?!)

**Michael Andrejewski,** NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Fast beneide ich sie etwas, die Herren von den anderen Fraktionen. Bei Ihnen kriegt man für nichts Beifall, bei uns muss man sich schon ein bisschen anstrengen, damit unsere Leute applaudieren.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten  
der Fraktion der NPD)

Sehen Sie!

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Was Sie angeht, Herr Rühls, ich habe den Antrag etwas knapp gehalten, aber das Wesentliche ist enthalten, weil ich Ihnen so ein bisschen Recherchearbeit geben wollte, damit Sie sich nicht so langweilen hier.

Die Recherche hätte damit angefangen: Sie sehen also, wir wollen, dass die Verletztenrenten aus der gesetzlichen Unfallversicherung nicht angerechnet werden beim Arbeitslosengeld II. Dann hätten Sie zuerst mal nach etwas gegriffen, was Sie wahrscheinlich noch nie gesehen haben, zu einem Kommentar zum SGB II oder überhaupt zu einem Gesetzestext zum SGB II.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten  
der Fraktion der NPD)

Der nennt sich Eicher/Spellbrink. Da hätten Sie hinten im Begriffsverzeichnis nachgeschlagen, Unfallversicherung, Einkommen. Dann hätten Sie gefunden eine volle Seite, auf der die Diskussion dargestellt wird zu diesem Thema. Sie hätten gefunden, dass genau das, was Sie hier für unmöglich erklärt haben und überhaupt aus der Systematik herausfalle, bis 2005 geltende Rechtslage war, dass nämlich auf die Arbeitslosenhilfe eine Verletztenrente aus der gesetzlichen Unfallversicherung nicht angerechnet wurde,

(Udo Pastörs, NPD: Für einen Tuchhändler  
zu hoch. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

dass das durch Hartz IV geändert wurde und dass der Eicher/Spellbrink, wo alle wesentlichen Sozialrechtler schreiben und diskutieren, noch in der zweiten Auflage darüber gerätselt hat, ob der neue, nebulöse Wortlaut von Hartz IV des SGB II nun die gesetzliche Unfallversicherung da einbezieht oder nicht, ob sie angerechnet werden soll oder nicht.

Dann hätten Sie noch mal im Internet googeln können: gesetzliche Unfallversicherung anrechnen bei Hartz IV. Dann hätten Sie die ganze Rechtsprechung gefunden. Sie hätten das Bundessozialgerichtsurteil gefunden, das Sie ja nicht mit einem Satz erwähnt haben, das in 15 Seiten etwa ganz klar festlegt, wie die jetzige Rechtslage ist und wie sie interpretiert wird.

(Stefan Köster, NPD: Dann hätte  
er sich aber anstrengen müssen.)

Dann wären Sie darauf gekommen, worauf wir abzielen, nämlich auf eine Änderung der gesetzlichen Grundlagen, und zwar so, wie sie 2005 waren, vollkommen verfassungskonform und alles.

Ansonsten frage ich mich, wo Sie Ihr Bürgerbüro haben, wahrscheinlich irgendwo mitten im Wald. Die Wegweiser haben Sie wahrscheinlich verdreht, sodass da keiner hinfindet, sodass Sie da in Ruhe Billard spielen oder Patienzen legen oder Weinproben veranstalten können. Wahrscheinlich haben Sie noch nie einen Bürger gesehen in Ihrem Bürgerbüro. Ich schon. Zu mir ist ein Bürger gekommen, obwohl die Gerüchte umgehen in Anklam, dass bei dem Gebäude gegenüber von unserem Bürgerbüro der Verfassungsschutz Kameras angebracht hat,

(Udo Pastörs, NPD:  
Was nicht auszuschließen ist.)

was ich mir vorstellen kann.

(Udo Pastörs, NPD: Absolut möglich.)

Das interessiert aber auch keinen mehr.

Dieser Bürger kam zu mir und sagte, ich solle ihm einen Widerspruchsbescheid schreiben, denn sein Hartz-IV-Bescheid – oder einen Widerspruch schreiben –, denn sein Hartz-IV-Bescheid wäre garantiert falsch,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

es könne gar nicht sein, dass man ihm seine Unfallrente abziehen würde. Er hatte ein Auge bei einem Arbeitsunfall verloren. Da habe ich ihm gesagt: Tut mir leid, das ist leider nicht gerecht, aber es ist die Rechtslage. Und er sagte: Die können mich doch nicht dafür zusätzlich bestrafen, dass ich einen Arbeitsunfall hatte.

(Udo Pastörs, NPD: Doch, die BRD kann das.)

Da habe ich ihm gesagt: Sie sind hier in der BRD. Willkommen in diesem System!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Der Mann war bisher unpolitisch, aber so machen Sie sich Feinde, mit jeder solchen Ungerechtigkeit, die Sie sorgfältig verstecken. Hinter Hartz IV und dem ganzen Reformgetöse haben Sie versteckt, dass Sie die Opfer von Betriebsunfällen diskriminieren gegenüber Wehrdienststopfern etwa oder NS-Verfolgten. Das hat lange keiner mitbekommen, aber die Betroffenen bekommen es mit.

(Udo Pastörs, NPD: Da sorgen wir  
auch für, dass sie das mitbekommen.)

Sie bekommen auch mit, dass Sie hinter Ihrer 5-Euro-Hartz-IV-Erhöhung verstecken, dass Sie die Rentenbeiträge nicht mehr zahlen. Und sie bekommen auch mit, dass Sie hinter dem großartigen Bildungspaket von Frau von der Leyen verstecken, dass Sie Hartz-IV-Empfängern das Elterngeld kürzen und dass Sie die Heizkosten pauschalisieren wollen,

(Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

was dazu führt, dass die Kinder demnächst mit ihrem tollen Bildungspaket in kalten Wohnungen sitzen und frieren.

Die Leute bekommen das alles mit. Sie bekommen auch mit, wohin das Geld fließt, was Sie einsparen. Sie bekommen mit, dass Sie damit griechische Millionäre retten, nicht die normalen Griechen, da gebe ich Herrn

Koplin sogar recht, was er vor einigen Sitzungen gesagt hat, die Oberschicht da

(Udo Pastörs, NPD:  
Schwindsüchtige Oberschicht.)

und die französischen Banken und die deutschen Banken, dass Sie Israel U-Boote schenken, dass Sie den Amerikanern einen Militäreinsatz schenken und dass Sie Milliarden und Milliarden nur für das Ausland aufwenden, bis wir pleite sind.

(Udo Pastörs, NPD: EU!)

Aber für unsere Unfallopfer, die in der Arbeit ihre Gesundheit einbüßen, weil sie gefährliche Jobs auf sich genommen haben, für die ist kein Pfennig da. Und denen sagt man: Bleib doch, wo du bist, und wenn du dein zweites Auge auch noch verlierst, dann kürzen wir dir auch noch das Blindengeld.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Das ist Ihr mieser Asozialenstaat. Und mit jeder Ungerechtigkeit akkumulieren Sie Unzufriedenheit, bis Ihnen diese Unzufriedenheit einfach einmal um die Ohren fliegt, bumm! – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –  
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3896. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3896 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD, ansonsten Ablehnung durch die Fraktion der SPD, der CDU, DIE LINKE und der FDP abgelehnt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3889 wurde für die heutige Tagesordnung von der Fraktion DIE LINKE zurückgezogen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Der Antrag wird in der nächsten Landtagssitzung aufgerufen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 33:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Selbstständige und Freiberufler im Hartz IV-Bezug fördern und nicht behindern, Drucksache 5/3890.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE:  
Selbstständige und Freiberufler im  
Hartz IV-Bezug fördern und nicht behindern  
– Drucksache 5/3890 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Borchardt. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

**Barbara Borchardt, DIE LINKE:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nicht nur einmal konnten wir in den letzten Jahren lesen: Mecklenburg-Vorpommern hat zu wenig Unternehmer/-innen und Unternehmen. Egal, wer an der Regierung war, alle Verantwortlichen haben diese Situation zum Anlass genommen, Existenzgründerinnen und Existenzgründern in unserem Land vielseitige Unterstützung zukommen zu

lassen. Wenn man heute jemanden diesbezüglich fragt, dann fällt den meisten sofort die Initiative „Einfach anfangen“, die im Jahr 2002 von der rot-roten Landesregierung gestartet wurde, ein. Diese fand bundesweite Beachtung und wurde in Teilen auch von der jetzigen Landesregierung fortgeführt. Ich verweise auf die Mikrodarlehen oder das Mentorenprogramm.

Mit dem Zweiten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt wurde durch die Bundesregierung ab 1. Januar 2003 ein neues Instrument auf den Weg gebracht, die sogenannten Ich-AGs. Dieses Instrument war von Anbeginn umstritten, auch in meiner Fraktion. Wir hatten eine kritische Haltung dazu. Aber viele Bürgerinnen und Bürger haben die Chance genutzt, um zu beweisen, dass sie entgegen allen verbreiteten Behauptungen von ihrer eigenen Hände Arbeit leben wollen und auch können.

Einige von ihnen haben sich am Markt behaupten können, andere nicht. Dafür gibt es unterschiedliche Ursachen. Und ich will das hier auch klar sagen: Ich habe vor jeder Unternehmerin und vor jedem Unternehmer großen Respekt, arbeite mit vielen zusammen und weiß aus eigener Erfahrung, wie schwer es ist und wie schwer es viele von ihnen haben. Und ich mache diesbezüglich auch bewusst keine Unterschiede, aus welcher Situation mit welcher Förderung die oder der Einzelne den Start in die Selbstständigkeit begonnen hat oder, wie man so schön sagt, aus welchem sogenannten Regelkreis der eine oder der andere kommt.

Zur Wahrheit gehört auch, dass es Unternehmerinnen und Unternehmer beziehungsweise Freiberufler und Freiberuflerinnen in unserem Land gibt, die aufgrund ihrer Einnahmesituation auf zusätzliche Mittel der Arge angewiesen sind. In Mecklenburg-Vorpommern waren das im Jahr 2010 im April nach Angaben des Wirtschaftsministeriums 4.399 Selbstständige. In den entsprechenden Bedarfsgemeinschaften lebten 9.389 Personen, davon 2.624 im Alter unter 18 Jahren. Und auch das will ich deutlich sagen: Die Betroffenen kommen aus fast allen Branchen und können unterschiedliche Berufsabschlüsse vorweisen. Und betroffen sind sowohl Männer als auch Frauen.

Nun könnte man ja eigentlich annehmen, dass den Betroffenen jede, aber auch jede Hilfe und Unterstützung gegeben wird, damit sie in Zukunft ohne Transferleistungen des Staates auskommen können. Dem ist leider nicht so. In unseren Gesprächen haben uns Selbstständige im Hartz-IV-Bezug auf Probleme aufmerksam gemacht, auf die wir mit diesem Antrag hinweisen wollen. Und wir erwarten, dass sich der Landtag der Lösung dieser Probleme annimmt.

Zum einen geht es um die Art und Weise des Umgangs durch die zuständigen Behörden. Unterlagen verschwanden und die Selbstständigen werden als Bittsteller bei den Argen behandelt. Sie fühlen sich schlecht betreut und selbst Gerichtsbeschlüsse, die zu ihren Gunsten gegen die Argen ausgefallen sind, werden verspätet umgesetzt.

Nun kommen Sie uns bitte nicht damit, dass die Landesregierung nicht zuständig sei, weil dies Sache der Bundesagentur für Arbeit ist. Nein, sagen wir, dies ist unsere Angelegenheit. Wir erwarten von der Landesregierung, dass mit der Bundesagentur Gespräche geführt werden, um eine Verbesserung zu erreichen, und gleichzeitig ausgelotet wird, wie und mit welchen Maßnahmen konkret geholfen werden kann.

Wie muss man sich die Situation der Selbstständigen über das bisher Beschriebene hinaus vorstellen? Nun, ganz ähnlich wie die Situation, in der die sogenannten Aufstocker verhaftet sind. Diese haben womöglich eine Vollzeitstelle, arbeiten 38 oder 40 Stunden oder mehr in der Woche und werden so schlecht bezahlt beziehungsweise haben so wenig Einnahmen, dass es für die Familie nicht reicht. So geht es vielen Selbstständigen, wie man an den Zahlen sieht. Nur kommt bei ihnen hinzu, dass sie in ihrer Selbstständigkeit auch noch eingeschränkt und im schlimmsten Fall behindert werden. Jede und jeder, der den Weg in die Selbstständigkeit geht, lernt als Erstes: Du bist selbst und ständig für dein Tun und Lassen verantwortlich.

Wie sieht es aber im ALG-II-Bezug aus? Mit dem Erlass der Arbeitslosengeld-II- und der Sozialgeld-Verordnung vom 1. Januar 2008 wurde die Anrechnung des Einkommens von Selbstständigen und Freiberuflern und Freiberuflerinnen vom Steuerrecht abgekoppelt. Daraus ergeben sich nicht nur Auswirkungen auf den Leistungsanspruch, sondern auch auf die unternehmerische Tätigkeit. In einer einfachen monatlichen Einnahme-Ausgabe-Rechnung wird nun der Leistungsanspruch für die Bedarfsgemeinschaft berechnet, wobei die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter in der Arge darüber entscheidet, welche Ausgaben unvermeidbar waren oder ob diese den Lebensumständen während des Leistungsbezuges entsprechen. Jegliche Ausgabe, auch die Reparatur des Pkws, muss vorher bei der Arge genehmigt werden, Einnahmeschwankungen werden nicht berücksichtigt und notwendige Investitionen können nicht angespart werden.

Aber es ist noch mehr: Die Betroffenen werden mit unzumutbaren Verwaltungsaufgaben belastet. Damit wird Zeit der Betroffenen gebunden, die sie eigentlich für andere Aufgaben dringender benötigen. Denn in der Regel handelt es sich um Einmannunternehmen, die alles alleine erledigen müssen, von der Suche nach Aufträgen, der persönlichen Werbung für das Unternehmen, der Abrechnung und, und, und, eben alles, was jedes Unternehmen in Deutschland zu leisten hat. Und wir sehen das als einen massiven Eingriff in die unternehmerische Tätigkeit.

Und, meine Damen und Herren, es ist verfassungsrechtlich bedenklich, wenn zunehmend Druck auf die Selbstständigen ausgeübt wird, ihre Selbstständigkeit aufzugeben.

Meine Damen und Herren, es geht mir nicht darum, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Argen und der Sozialagentur zu kritisieren. Dort gibt es gute und weniger gute, verständnisvolle und andere, wie in allen anderen Bereichen des Lebens auch. Was wir aber kritisieren müssen, das ist das Hartz-IV-System mit seinem Druck auf die Beschäftigten in den Argen und mit dem Druck auf die Hilfebedürftigen. Was wir kritisieren müssen, ist der Umstand, dass Hilfebedürftige nur noch als Kostenfaktor gesehen und bewertet werden. Und was wir kritisieren müssen – und an dieser Stelle wird meine Fraktion erneut durch Dritte, dieses Mal, im Falle der Ein-Euro-Jobs, durch den Bundesrechnungshof, bestätigt –, das ist der Umstand, dass offensichtlich tatsächliche Integration nicht das Ziel ist.

Aber wäre es nicht hilfreicher, den Betroffenen und insbesondere den Selbstständigen wirkliche Hilfe und Unterstützung an die Hand zu geben? Wie sagt man so schön? Jeder Unternehmer, jede Unternehmerin schafft

mindestens einen Arbeitsplatz. Und warum nehmen wir es hin, dass es offensichtlich zwei Klassen von Unternehmerinnen und Unternehmern in Mecklenburg-Vorpommern beziehungsweise in der Bundesrepublik Deutschland gibt? Für eine Unternehmenskultur in der Bundesrepublik spricht das aus unserer Sicht nicht.

Meine Damen und Herren, ich habe versucht, Ihnen einige Probleme aufzuzeigen, die es im Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit von aufstockenden Selbstständigen in unserem Land, aber auch in der Bundesrepublik Deutschland gibt. Lassen Sie uns gemeinsam – und wir würden uns freuen, wenn Sie unseren Antrag heute mit bestätigen würden beziehungsweise zumindest in die zuständigen Ausschüsse überweisen –, lassen Sie uns gemeinsam prüfen, wie wir dieser Gruppe, wo wir ja immer davon ausgehen, dass wir das Unternehmertum in Mecklenburg-Vorpommern stärken wollen und alle Unterstützung und Hilfe an die Hand geben wollen, wie wir dieser Gruppe gemeinsam Hilfe und Unterstützung geben können und wo wir helfen können. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Frau Abgeordnete Borchardt.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat ums Wort gebeten der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Herr Seidel. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

**Minister Jürgen Seidel:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Frau Borchardt, jetzt muss ich gestehen, also bei der LINKEN ist man vor Überraschungen nie sicher.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Das ist gut.)

Ich habe bisher noch nie so richtig mitgekriegt, dass Sie sich so Sorgen machen um Selbstständige, um Freiberufler,

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

sondern ich hatte das bisher immer so verstanden,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

dass Sie doch die private Aneignung des Mehrwertes von Arbeit ablehnen.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Peter Ritter, DIE LINKE: Wissen Sie, wie viele Selbstständige/Freiberufler in unserer Partei sind?)

Und insofern ...

Aber, wie gesagt, ich bin da offen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ich bin selbst freiberuflich.)

Ich bin da offen und immer bereit zu lernen.

Im Übrigen will ich auch nur sagen ...

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Herr Ritter, Sie sind jetzt gar nicht dran.

Im Übrigen will ich auch noch eins betonen, weil Sie es angesprochen haben, sonst hätte ich es jetzt gar nicht angeführt, aber wissen Sie, wenn Sie das Programm „Einfach anfangen“ hier zitieren, dann will ich Ihnen gerne bestätigen, dass wir Teile dieses Programms weiterführen.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Das ist richtig, weil wir im Übrigen, und dazu zähle ich mich ganz besonders, nicht ideologisch an die Dinge herangehen, sondern schlichtweg gucken, was bewährt sich, was hat sich nicht bewährt.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:  
Na ja, na ja, na ja!)

Und die Mikrodarlehen und das Mentorenprogramm sind gute Sachen, ganz klar.

Aber „Einfach anfangen“, wissen Sie, da hat jeder Handwerker dieses Landes mit dem Kopf geschüttelt über ein solches Motiv.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und im Übrigen, will ich Ihnen sagen, könnte das, könnte das sogar auch ein bisschen ein Grund dafür sein, warum wir in der Tat, und jetzt kann ich hier die neue Zahl sagen aus dem Juli, über 4.217 Bezieher von Arbeitslosengeld II unter Selbstständigen hier im Lande Mecklenburg-Vorpommern reden. Das könnte auch ein Grund sein dafür,

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,  
und Michael Andrejewski, NPD)

weil man eben einfach angefangen hat. Und ich habe Menschen vor mir gesehen, die haben irgendwelche Blumen angepinselt aus Holz. Und dann standen sie da nach drei Wochen, nach vier Wochen. Es war kein Umsatz da. Und wenn kein Umsatz da ist, kann kein Gewinn da sein.

(Helmut Holter, DIE LINKE:  
Sie wissen doch ganz genau, dass  
keiner so einfach anfangen darf.)

Insofern ist dies eine völlig falsche Orientierung von Existenzgründungen, wenn man einen solchen Titel wählt.

(Helmut Holter, DIE LINKE:  
Also, Herr Minister, jetzt erzählen  
Sie aber wirklich auch Läusechen.)

Meine Damen und Herren,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Sie wissen doch,  
bevor man eine Genehmigung bekommt, muss  
man ein Existenzgründerkonzept vorlegen.)

die Zahl, die ich Ihnen nannte, die 4.217 im Juli, das sind 2,5 Prozent aller erwerbsfähigen Hilfsbedürftigen in unserem Lande, aber es sind genau 2,5 Prozent zu viel. Insofern gebe ich Ihnen recht.

Und ich muss, Frau Borchardt, Ihnen in einem Punkt doch noch sagen, das kann ich Ihnen so nicht durchgehen lassen. Sie haben zwar hier gesagt, Sie wollen die Mitarbeiter in den Argen nicht kritisieren, Sie haben es aber dann getan,

(Egbert Liskow, CDU: Genau.)

indem Sie gesagt haben, sie werden gegängelt und was weiß ich. Es ist nun mal eine gewisse Verwaltung auch

erforderlich, wenn man staatliches Geld, Steuergeld bekommt. Das wird auch immer so bleiben. Und insofern wehre ich mich dagegen und möchte genau entgegengesetzt eben sagen, dass sich genau wie bei allen anderen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen auch für diese relativ kleine Gruppe der Selbstständigen im SGB-II-Leistungsbezug durch die Grundsicherungsstellen entsprechend den gesetzlichen Vorgaben auch die Mitarbeiter entsprechend einsetzen. Und wer dies nicht tut, muss zur Verantwortung gezogen werden. Ich habe solche Fälle, das ist klar. Und denen gehen wir nach, ganz eindeutig.

Das Anfang 2005 als Ersatz für die frühere Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe eingeführte Arbeitslosengeld II, das wissen Sie, soll bedürftigen Menschen das Existenzminimum sichern. Als bedürftig gilt eben nicht nur, und ich will das noch mal hervorheben, wer weder Arbeit noch Vermögen, noch vermögende Verwandte hat, sondern auch, wer trotz Arbeit zu wenig Geld zum Leben hat. Und das ist dann die Begründung, warum eben auch Selbstständige, die mit ihrer Arbeit zu wenig zum Leben verdienen, ergänzende Leistungen beantragen können und diese auch bekommen. In diesen Fällen soll das Arbeitslosengeld II den Verdienst auf das Existenzminimum dann eben aufstocken.

Und wir haben uns dann noch mal schlaugemacht, in allen Argen des Landes sind spezialisierte Mitarbeiter für die Betreuung der Selbstständigen zuständig. Sie bringen aufgrund ihrer jeweiligen Ausbildung und auch ihres beruflichen Werdeganges spezielle Kenntnisse mit, also im Bereich der Betriebswirtschaft, das muss vorausgesetzt werden, sonst kann diese Betreuung auch nicht entsprechend erfolgen.

Nicht immer zeigen sich die Antragsteller mit den Entscheidungen der Arge einverstanden, auch das ist nichts Ungewöhnliches, wie wir wissen. Die sachliche Zuständigkeit im Fall von Streitigkeiten liegt bei dem jeweils zuständigen Sozialgericht. Und es ist so, dass Entscheidungen des Sozialgerichtes sofort vollstreckbar sind, auch eine etwaige Beschwerde hat in diesem Fall keine aufschiebende Wirkung. Auch da haben wir noch mal nachgefragt. Ich kann zumindest nur das wiedergeben, was gesagt wurde,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Sprechen  
Sie doch mal mit den Betroffenen!  
Laden Sie die doch mal ein!)

dass eben seitens der Regionaldirektion Nord keine diesbezüglich spezifischen Probleme in diesem Bereich bekannt sind.

Meine Damen und Herren, selbstständige Kleinunternehmer, das haben wir gerade besprochen, können an den Rand des Existenzminimums geraten. Und Sie wissen, dass, ich sagte es, wenn der Umsatz zurückgeht, wenn die Einnahmen heruntergehen, die fixen Kosten aber bleiben natürlich, eine schwierige Situation sehr schnell eintreten kann. Das ist leider Gottes die Situation, mit der man umgehen muss. Während der Existenzgründungsphase allerdings, und darauf will ich noch mal abheben, besteht eine relativ breite Palette an Beratungsangeboten. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, das IAB also, hat im Rahmen einer Studie festgestellt, dass die Beratungsinfrastruktur in Deutschland nach Expertenmeinung wirklich gut ausgebaut ist. Das möchte ich auch für Mecklenburg-Vorpommern in Anspruch nehmen.

Es ist allerdings erstaunlich, auch das stellen wir immer wieder fest, dass das Angebot oftmals nicht angenommen wird,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:  
Dann sollen sie das mal machen.)

sondern dass man eben, und jetzt kommt „Einfach anfangen“, dann einfach losmacht.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das stimmt doch gar nicht mit dem „einfach losmachen“. Erzählen Sie doch nicht so einen Mist!)

Und dann kommt oftmals das Problem, wenn der Markt nicht entsprechend untersucht wurde vorher.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Für die Selbstständigen im Leistungsbezug eröffnet der Paragraf 16c SGB II die Möglichkeit, die Beschaffung von Sachgütern durch Zuschüsse und Darlehen zu fördern. Diese Norm erlaubt lediglich die Anschaffung von Sachgütern. Deshalb ist es nach der geltenden Rechtslage nicht möglich, Beratungsleistungen für Selbstständige im Leistungsbezug hier an dieser Stelle entsprechend diesem Paragrafen zu fördern. Aber ich will nochmals betonen, da gibt es andere Programme, die kann man nutzen.

Selbstständige können zur Erhöhung der Erfolgsaussichten im Rahmen des KfW-Gründercoachings des Bundes Zuschüsse bis zu 90 Prozent der Beratungskosten erhalten. Diese Zuschüsse sind an deren Beantragung in den ersten fünf Jahren nach der Gründung gebunden.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Darüber hinaus fördert das Land, nämlich im Rahmen der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen und Beratung, bei kleinen und mittleren Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern Beratungsleistungen zu verschiedensten Bereichen, wie auch immer man das jetzt nennen will.

In diesem Zusammenhang will ich auch ausdrücklich auf die umfassenden und unabhängigen Beratungsdienste der Kammern hinweisen. Auch die können genutzt werden und bieten sich auch förmlich im Hinblick auf Unterstützung an. Insofern sehe ich keine Notwendigkeit, ich gehe damit auf Ihren Antrag ein, hier noch andere Beratungsstrukturen zu schaffen.

Die Berechnung des zu gewährenden ALG-II-Zuschusses ist gerade dann nicht einfach, wenn Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit zu berücksichtigen ist. Aber hier gilt es eben zu beachten, dass das Arbeitslosengeld II eine nachrangige Fürsorgeleistung des Staates ist. Diesem Charakter des Arbeitslosengeldes II entspricht die veränderte Anrechnung von Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit. Sie ist seit dem 1. Januar 2008 mit der geltenden Arbeitslosengeld-/Sozialgeld-, also Arbeitslosengeld II/Sozialgeld-Verordnung in Kraft getreten.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Vor der Neuregelung der Vorschriften zur Berechnung des Einkommens aus selbstständiger Arbeit wurden zur Bestimmung des Arbeitseinkommens die Steuerbescheide herangezogen. In diesen allerdings wurden steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten über mehrere Jahre und ohne Differenzierung hinsichtlich notwendiger/nicht notwendiger Ausgaben berücksichtigt. Damit war das steuerliche Arbeitseinkommen vielfach geringer als das tatsächlich für den Lebensunterhalt zur Verfügung stehende Einkommen.

Mit der Neuregelung sind nur noch tatsächlich geleistete, notwendige Ausgaben abziehbar.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Nein, man muss das letztlich so machen. Ich sage noch einmal, es geht um Steuergeld, und ich denke, da ist es auch angebracht,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Es geht immer um Steuergeld, auch bei den anderen.)

konkret und entsprechend vorzugehen.

Für den Hilfebedürftigen wichtig und positiv zu bewerten ist aber Folgendes: Mit der Neuregelung kann eine abschließende Entscheidung über die Höhe der Leistung unmittelbar im Anschluss an einen abgelaufenen Bewilligungszeitraum erfolgen, das heißt, Bearbeitungszeiten verkürzen sich und mögliche Überzahlungen werden vermieden. Darin sehe ich durchaus eine Verbesserung zugunsten des Hilfebedürftigen. Deshalb habe ich auch keine Veranlassung, diese Regelung infrage zu stellen.

Und nun will ich auf den letzten Punkt Ihres Antrages eingehen. Ich sehe keine Notwendigkeit eines eigenen Länderberichtes, weil im Rahmen der Arbeitsmarktforschung des Bundes auch die Situation der Erwerbstätigen mit aufstockenden SGB-II-Leistungen betrachtet und analysiert wird. Wenn wir diesbezüglich Bedarfe haben, dann können wir uns aus diesen Berichten unsere Informationen holen. Insofern kann ich den Abgeordneten nur empfehlen, diesen Antrag hier abzulehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten  
der Fraktionen der SPD und CDU)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke, Herr Minister.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Schulte. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Jochen Schulte,** SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Sehr geehrte Frau Borchardt, weil Sie es ja eben auch so moniert haben, dass der Wirtschaftsminister nicht auf die Trennung zum Steuerrecht eingegangen ist, erlauben Sie mir dann gleich, vielleicht ein, zwei grundsätzliche Anmerkungen dazu anzuführen. Aber vielleicht will ich – auch vor dem Hintergrund, dass Wesentliches ja eben auch schon mal deutlich gemacht wurde durch den Wirtschaftsminister und man hier an dieser Stelle nicht alles wiederholen muss – erst mal zu der Frage Ihres Antrages, Betreuung der Selbstständigen im Bereich der Arge beziehungsweise dann ja auch der Optionskommunen sicherlich sowie Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesen Einrichtungen, berichten.

Es ist richtig, dass wir in diesem Land – und da gibt es sicherlich auch keine Differenz zwischen den demokratischen Fraktionen in diesem Haus – eine viel zu geringe Anzahl von Unternehmerinnen, von Selbstständigen und auch Freiberuflern haben, wobei ich mal darauf hinweisen möchte, weil ich ja nun selber Freiberufler bin, dass auch das unternehmerische Tätigkeit ist, auch wenn sie vielleicht etwas anderen standesrechtlichen Ansprüchen unterliegt als übliche selbstständige Tätigkeit.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:  
Darauf legen die Freiberufler aber großen Wert, das wissen Sie.)

Da lege ich auch selber großen Wert drauf.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Deswegen haben wir das explizit im Antrag formuliert.)

Das ist auch völlig korrekt, Frau Kollegin.

Aber lassen Sie mich in diesem Zusammenhang eine grundsätzliche Aussage machen. Wenn man tatsächlich Maßnahmen ergreifen will, um Selbstständige, Freiberufler oder Menschen, die den Schritt in die selbstständige Tätigkeit wagen, dann zu unterstützen, dann sollte man vielleicht nicht einfach differenzieren oder überhaupt nicht differenzieren zwischen denjenigen, die eine nicht selbstständige Tätigkeit aufnehmen wollen als Aufstocker, so, wie Sie das ja auch eben angesprochen haben, und Freiberuflern.

Sicherlich sind die Anforderungen unterschiedliche. Anforderungen an Selbstständige sind etwas andere und aus meiner Sicht auch vielleicht etwas verantwortungsbewusstere, auch gegenüber sich selber und natürlich auch gegenüber den Personen, mit denen man in Lebensgemeinschaft zusammenlebt, als das vielleicht bei einer nicht selbstständigen Tätigkeit ist. Aber die Frage der Unterstützung, der Betreuung und vielleicht auch der Begleitung ist sicherlich bei nicht selbstständigen Personen, die durch die Argen betreut werden als Aufstocker, und bei Personen, die selbstständige Tätigkeit ausüben, ähnlich.

Und deswegen stellt sich nach unserer Auffassung auch nicht die Frage, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter speziell für diese Einrichtungen zu qualifizieren, natürlich sollte man qualifiziertes Personal dafür haben, aber die Frage, die sich stellt, ist doch, grundsätzlich die Anzahl derjenigen so zu erhöhen, die in den Einrichtungen arbeiten, dass eine sinnvolle Betreuung generell gewährleistet werden kann, und deswegen ja auch in der Vergangenheit die Forderung, auch der Bundes-SPD und der Bundestagsfraktion, in den Argen und den Optionskommunen die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter so zu erhöhen, dass eine vernünftige Betreuung all derjenigen gewährleistet werden kann, die das in Anspruch nehmen wollen.

Ich will jetzt nicht noch mal zusätzlich auf den Punkt 2 eingehen, nur grundsätzlich zu den ersten beiden Punkten, die Sie hier in Ihrem Antrag stehen haben. Man muss natürlich in dem Zusammenhang auch deutlich machen, dass es nicht Aufgabe der Landesregierung ist, in die Organisationshoheit der Argen und der Optionskommunen einzugreifen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:  
Steht da auch nicht.)

Nein, ich sage das hier an dieser Stelle auch nur.

Man kann natürlich in einen Antrag reinschreiben, den Einfluss dahin gehend geltend zu machen, bloß dann muss man auch ganz deutlich sagen, letztendlich ist es die Organisationshoheit der Argen und Optionskommunen vor Ort, es ist die Aufgabe der BA und der Kommunen vor Ort, die sich dort wiederfinden.

Es ist natürlich eine politische Aufgabe von uns allen, zu sagen, wir wollen die Situation verbessern, aber dann muss man sich natürlich auch fragen, an welcher Stelle diese Forderung tatsächlich berechtigt erhoben wird, weil das ist dann nicht eine Forderung, die allein in Mecklenburg-Vorpommern eine Rolle spielt – Herr Minister hat ja darauf hingewiesen, dass in allen Argen und Optionskommunen durchaus qualifiziertes Personal vorhanden ist –, sondern dann muss das auf Bundesebene erhoben werden.

Und was den Punkt angeht, dass die Selbstständigen durch bestimmte Maßnahmen qualifiziert werden sollen, da kann ich auch nur noch mal ergänzend darauf hinweisen, was Herr Minister eben schon angeführt hat. Es gibt grundsätzlich für alle, die sich selbstständig machen wollen, entsprechende Maßnahmen – auch hier in diesem Land –, die eine Unterstützung für den Schritt in die Selbstständigkeit, aber auch eine Begleitung in die Selbstständigkeit in der ersten Zeit fördern, damit dieser Schritt, der ein großes Wagnis für viele Leute ist, in Unternehmen dann auch tatsächlich erfolgreich umgesetzt werden kann. Und da nun zu differenzieren, nehmen wir Leute, die in Hartz-IV-Bezug sind, behandeln wir sie anders als diejenigen, die nicht im Hartz-IV-Bezug sind – ich denke mal, das ist dann auch nicht angebracht.

Aber lassen Sie mich, weil Sie das ...

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Vielleicht brauchen die eine andere Unterstützung. Vielleicht sollten wir mal darüber reden.)

Frau Borchardt, ich weiß gar nicht mal, ob die tatsächlich ...

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Frau Borchardt, ich glaube gar nicht mal, dass dieser Personenkreis wirklich eine andere Unterstützung braucht,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:  
Doch, ich denke, schon.)

weil ich kann mich noch daran erinnern, 1991 ...

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Im ganz Speziellen. Das fordern sie gerade ein.)

Darf ich jetzt gerade eine Antwort auf Ihre Äußerung geben?

Weil ich kann mich selber noch daran erinnern, wie ich mich 1991 in diesem Land selbstständig gemacht habe. Ich war nicht im Hartz-IV-Bezug, das ging damals auch noch nicht, das gab es ja noch nicht.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:  
Sie hatten auch eine andere Grundlage.)

Ich hatte vielleicht auch eine andere Unterstützung.

(Torsten Koplín, DIE LINKE:  
Zwei andere Bedingungen.)

Aber der springende Punkt, Frau Borchardt, Herr Koplín, ist, was für alle Beteiligten erforderlich ist, dass man frühzeitig denjenigen, die diesen Schritt gehen wollen – und ich kann nur jeden unterstützen, der diesen Schritt gehen möchte –, dass man ihm auch deutlich macht, welche Probleme, welche Risiken und welche Herausforderungen damit verbunden sind.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:  
Die wollen sie ja tragen.)

Und wenn ich hier den Kollegen Waldmüller sehe, dann kann ich mir gut vorstellen, dass er die gleichen Überlegungen damals gemacht hat. Das ist etwas, das für alle gilt, nicht nur für Personen, die im Hartz-IV-Bezug sind.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Deswegen sollte man an dieser Stelle wirklich nicht differenzieren, sondern alle Beteiligten bei diesem Schritt in die Selbstständigkeit unterstützen, gerade vor dem Hintergrund, was Sie zu Recht angesprochen haben, dass

wir viel zu wenig Selbstständige und Unternehmerinnen und Unternehmer in diesem Land haben.

Aber lassen Sie mich mit einem Schwerpunkt vielleicht auf Ihre Anmerkung eingehen: Anerkennung steuerrechtlicher Vorschriften im Rahmen der Berücksichtigung von Ausgaben. Und da kann ich natürlich Ihre Auffassung überhaupt nicht teilen. Dann muss man auch ganz deutlich unterscheiden, welche Zielrichtung hat das Steuerrecht bei der Behandlung von Betriebsausgaben, welche Zielrichtung hat denn tatsächlich die Angemessenheitsprüfung im Rahmen der Berechnung von Leistungen seitens der Argen beziehungsweise Optionskommunen.

Und ich will es an einem ganz einfachen Beispiel deutlich machen. Steuerrechtlich spielt es überhaupt keine Rolle, wenn ich selbstständig bin, ob ich mir ein Auto für 10.000 Euro kaufe oder ich kaufe mir eins für 100.000 Euro. Solange ich mit meinem Unternehmen nicht in den Bereich der Liebhaberei reinkomme, weil ich jedes Jahr Verluste mache, ist das dem Finanzamt erst mal egal. Ich muss meinen Eigenanteil über die Eigennutzung bezahlen, da achten die Finanzämter drauf, aber ansonsten ist das völlig belanglos, ich kann es entsprechend abschreiben, aber auf der anderen Seite zahle ich auch die Steuer, die durch die Eigennutzung kommt. Das ist die steuerrechtliche Seite.

Auf der anderen Seite haben Sie natürlich, wenn Sie Leistungen der Sozialträger bekommen, schon die Frage, ob jemand, der sich selbstständig macht – und das ist jetzt ein Extrembeispiel, das ist mir durchaus schon klar, Frau Borchardt –,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

ob jemand tatsächlich in einem Pkw, den er für seine betriebliche Ausübung braucht, für 10.000 oder für 100.000 Euro kommt, und dann zu sagen, das ist erst mal völlig egal, ich nehme die finanzrechtliche oder steuerrechtliche Grundlage dafür, das kann es dann ja wohl nicht allen Ernstes sein. Und was Sie dann machen wollen ...

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:  
Jahre vorher hat es doch gut geklappt.)

Ja, gut, man muss auch manchmal sehen,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:  
Das muss man sich mal angucken.)

ob solche Regelungen dann tatsächlich noch sinnvoll sind.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:  
Und da gab's keinen Missbrauch.)

Frau Borchardt, und was Sie dann tatsächlich wollen, ist ja letztendlich, denjenigen, die in den Behörden für die Bemessung der Sozialleistungen zuständig sind, zusätzlich noch die Aufgabe aufzubürden, ob das, was durch die Finanzämter vom Grundsatz her ohne Angemessenheitsprüfung im Rahmen der Steuerbescheide so abgenickt wird, dass das dann noch mal gemacht wird.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Und das im Zeitalter von Deregulierung und Verwaltungsaufwand?! Das glauben Sie doch selber nicht.)

Ja, natürlich. Frau Borchardt, Sie müssen doch auch für einen verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern sein.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:  
Natürlich nicht. Dem wollen Sie sich ja auch nicht stellen.)

Ich meine, da hat, Frau Borchardt, da hat ...

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:  
Und das jeden Monat extra.)

Frau Borchardt, da hat Herr Minister Seidel doch völlig recht gehabt.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:  
Also doch erster und zweiter Klasse.)

Es sind Leistungen, die die Allgemeinheit aufbringt, um jemand zu unterstützen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:  
Bei den anderen auch.)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Frau Abgeordnete Borchardt,

(Angellka Peters, SPD: Richtig.)

die Fraktion DIE LINKE hat noch Redezeit. Ich denke, Zwischenrufe sind in Ordnung, aber es kann nicht dazu führen, dass der Redner seine Sätze nicht einmal zu Ende bekommt.

Bitte schön, Herr Schulte, Sie haben das Wort.

**Jochen Schulte,** SPD: Vielen Dank, Herr Präsident.

Frau Borchardt, wenn die Allgemeinheit diese Leistungen aufbringt, dann hat sie auch einen Anspruch darauf, dass diejenigen,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:  
Aber Steuern sind Steuern.)

die für die Auskehrung der Mittel zuständig sind,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:  
Auch beim Finanzamt.)

dass sie dann tatsächlich auch eine Angemessenheitsprüfung machen. Und dass diese Angemessenheitsprüfung durchaus nicht so ausfällt nach dem Motto, wir gucken mal, dass wir alles zusammenstreichen, das müsste Ihnen eigentlich auch klar sein, wenn Sie tatsächlich in die Verordnung zur Berechnung von Einkommen und Vermögen beim ALG-II-Sozialgeld in den Paragraphen 3 reinschauen. Da wird nämlich tatsächlich ganz deutlich, welche Ausgaben da nicht angemessen sind. Und wenn ich dann in Paragraph 3 Absatz 3 lese: „Tatsächliche Ausgaben ...“

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:  
Zum Beispiel ein 10.000-Euro-Auto.)

Frau Borchardt, hören Sie einfach mal an der Stelle auch zu!

„Tatsächliche Ausgaben sollen nicht abgesetzt werden, soweit diese ganz oder teilweise vermeidbar sind oder offensichtlich nicht den Lebensumständen während des Bezuges der Leistungen“ – das ist nämlich der springende Punkt an der Sache – „zur Grundsicherung für Arbeitsuchende entsprechen.“ Dann halte ich das für angemessen. Weil das, was Sie für einen Arbeitnehmer berücksichtigen wollen, warum soll das nicht für jemanden gelten, der sich tatsächlich dann selbstständig macht?

Und vor diesem Hintergrund, sehr geehrte Kollegin, sehr geehrte Kollegen von der Fraktion DIE LINKE, kann man diesen Antrag nur ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD –  
Egbert Liskow, CDU: Sehr gut, Herr Kollege.)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Abgeordneter Schulte.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Andrejewski. Bitte, Herr Abgeordneter.

**Michael Andrejewski, NPD:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ungeachtet der gerade in Kraft befindlichen aktuellen einzelnen gesetzlichen Bestimmungen ist Hartz IV von Grund auf selbstständig-feindlich. Wer sich selbstständig gemacht hat, wünscht sich, er hätte das unterlassen, sobald er Arbeitslosengeld II beantragen muss. Genauso wer ein Haus gebaut hat, wünscht sich, er wäre nie auf diese Idee gekommen, wer gespart hat, ärgert sich darüber, dass er nicht alles verbubelt hat. Und wer Kinder hat, wird die Härten von Hartz IV viel intensiver empfinden als ein Alleinstehender.

Nun kann ein Land nicht nur von Gedenkfeiern am 30. Januar, am 20. Juli oder am 9. November leben, so politisch korrekt das auch sein mag, auch das Murmeln von Beschwörungsformeln aus dem heiligen Grundgesetz bringt nicht viel und macht nicht satt, ein Land braucht produktiv lebende Menschen mit Kindern, Häusern, Ersparnissen und Geschäften. Der Staat betrachtet all dies nicht als Verdienst, sondern als Angriffsfläche. Er fördert solche Menschen nicht etwa, er schikaniert sie, wo er nur kann, auf allen Ebenen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: So ein Blödsinn!)

besonders im Bereich von Arbeitslosengeld II.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:  
So ein fürchterlicher Blödsinn!)

Das sagt der Hartz-IV-Erfinder.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:  
Genau, das sagt er.)

Dort machen diejenigen Erwerbslosen den Bürokraten am wenigsten Arbeit, die allein leben und weder ein Geschäft betreiben noch ein Haus oder Ersparnisse haben. Für die ist der Bescheid schnell geschrieben. Man kommt so am besten mit Hartz IV zurecht, wenn man genauso dasteht, bevor man Leistungen beantragt. Als Hauseigentümer oder Ladenbesitzer hingegen kommt man aus dem Ärger gar nicht mehr heraus. Die Selbstständigen müssen mit den Ämtern um jeden Cent kämpfen.

In den einschlägigen rechtlichen Vorschriften ist festgelegt, dass nur notwendige betriebliche Aufwendungen als Betriebsausgaben anerkannt werden, wobei, so heißt es schwammig und unklar, nicht berücksichtigt wird, was ganz oder teilweise zu vermeiden gewesen wäre oder offensichtlich nicht den Lebensumständen während des Leistungsbezugs entspräche. Sachbearbeiter in den Arbeitsgemeinschaften entscheiden also in allen Geschäftssparten, auch denen, wo sie keine Ahnung haben, welche Betriebsausgaben nun vermeidbar gewesen wären und welche nicht. Und danach richtet sich, wie der anrechenbare Gewinn des Selbstständigen ermittelt wird und was diesem letztendlich zum Leben übrig bleibt.

Wenn ein Geschäft eröffnet wird, wird man nicht umhinkommen, auch Werbung zu machen. Wie viel davon ist notwendig? Wo beginnt das Vermeidbare? Das bestimmt der Sachbearbeiter.

(Egbert Liskow, CDU:  
Da gibt's doch Benchmarking.)

Ob der Klempner ein Werkzeug wirklich benötigt, ob der Internethändler vielleicht eine Domäne zu viel betreibt und auch beim günstigsten Server – all das weiß der Sachbearbeiter besser. Selbst die Einzelheiten der Lebensumstände werden unter die Lupe genommen. Ist das Firmenfahrzeug angemessen? Ist die Mobilfunkrechnung zu hoch? Das alles kontrolliert und bewertet die Behörde, die aber nicht annähernd über das Fachwissen verfügt, um das zu beurteilen. Macht ohne Fachwissen ist aber die reinste Willkür.

Deshalb ist es in der Tat notwendig, dass die Betreuung der Selbstständigen in Hartz IV auf eine neue Grundlage gestellt wird. Das ist nämlich das Hauptproblem, dass die Leistungsabteilung, die einfach nur berechnet, wie viel der Betreffende zu kriegen hat, darüber entscheidet, ob die Betriebsausgaben notwendig sind oder vermeidbar gewesen wären, und damit hineinregiert bis in jede Einzelheit der Betriebsführung. Und gerade die Leistungsabteilung hat naturgemäß davon keine Ahnung.

Und was es an Selbstständigenförderungsprogrammen gibt, da gibt es keine Verbindung zwischen der Leistungsabteilung und diesen Förderprogrammen. Und an dieser mangelnden Koordination scheitert die Betreuung der Selbstständigen, die in der Tat reiner Willkür ausgesetzt sind, und man macht sich besser nicht selbstständig in diesem Land, solange Hartz IV existiert.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Rüks. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Günter Rüks, CDU:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie wir bereits gehört haben, gibt es in unserem Bundesland zurzeit 4.217 Bezieher von Arbeitslosengeld II unter den Selbstständigen. Es ist absolut richtig, dass die Selbstständigen, deren Einkommen aus ihrer Tätigkeit nicht zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes ausreicht, einen Anspruch auf Ergänzung ihres Einkommens bis zur Höhe des Existenzminimums haben. Damit wird auch den Menschen, die sich selbstständig machen wollen, die Angst vor der Zeit genommen, in der ihr erzieltetes Einkommen aus der Selbstständigkeit noch nicht ausreichend ist. Auch in volkswirtschaftlicher Hinsicht ist diese Förderung daher sinnvoll.

Das ist auch der Grund, warum nach dem Arbeitslosengeld II die Existenzsicherung für diese Selbstständigen übernommen wird. Allerdings hat der Wirtschaftsminister bereits richtig ausgeführt, dass diese Aufstockung nur für Bedürftige im Sinne des Gesetzes gilt. Das ist, wie bei den Aufstockern im Angestelltenverhältnis, nur für den Betrag möglich, der das Einkommen auf das Niveau des Arbeitslosengeldes II aufstockt.

Nun aber zu den Forderungen in Ihrem Antrag, meine Damen und Herren von der Fraktion DIE LINKE.

In den ersten beiden Punkten fordern Sie die Landesregierung dazu auf, eine Verbesserung der Betreuung und eine zeitnahe beziehungsweise sofortige Vollstreckung

von Beschlüssen auf Bundesebene geltend zu machen. Wir haben bereits gehört, was für hoch qualifizierte Mitarbeiter in den Grundsicherungsstellen als spezialisierte Mitarbeiter für die Betreuung der Selbstständigen zuständig sind.

(Michael Andrejewski, NPD:  
Aber nicht nach Leistungsverteilung.)

Dass natürlich nicht unabhängig von der Größe der Organisation jeweils ein ganzes Team gebildet werden kann, erklärt sich durch die Anzahl der jeweils zu betreuenden Fälle. Wenn ich aber die hohen Anforderungen an die Betreuung Selbstständiger ansehe, so kann ich eine Forderung nach der Verbesserung der Betreuungsqualität nicht nachvollziehen. Zum Teil werden sogar neue Mitarbeiter mit speziellen Kenntnissen der Betriebswirtschaft eingestellt.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Zum Teil!)

Ja, zurzeit.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Zum Teil!)

Das spricht meiner Meinung nach für die hohe Qualität der Betreuung. Sollte es in Einzelfällen natürlich Grund zur Klage geben, Frau Borchardt, da stimme ich Ihnen zu, dann muss dem nachgegangen werden.

(Torsten Koplin, DIE LINKE:  
Er differenziert wenigstens.)

Auch die Forderung nach der Beschleunigung

(Egbert Liskow, CDU:  
Dafür ist er auch der Redner.)

der Bearbeitung ist angesichts der Gesetzeslage überraschend. Im Antrag selbst wird schon festgestellt, dass gemäß dem Sozialgerichtsgesetz diese Entscheidungen sofort zu vollstrecken sind. Daran halten sich natürlich die Argen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ach so!)

Ja, daran halten sich die Argen. Das denke ich schon.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:  
Richtig so, Herr Rüks, natürlich. –  
Barbara Borchardt, DIE LINKE: In der Regel.)

In der Regel.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:  
Lassen Sie sich von Frau Borchardt  
nicht aus dem Konzept bringen. – Zurufe  
von Barbara Borchardt, DIE LINKE,  
und Michael Andrejewski, NPD)

Ich lasse mich gern auf eine Diskussion ein, Frau Borchardt, aber vielleicht wäre es besser, ich würde meine Ausführungen zunächst beenden.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Gemäß der Regionaldirektion Nord sind daher, wie ausgeführt, keine Probleme in diesem Bereich bekannt.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Ich habe mich natürlich erkundigt, bevor ich das sage.

Die von Ihnen unter 3. aufgestellte Forderung verblüfft mich etwas. Hier scheinen Sie wohl die Selbstständigen mit ergänzendem Leistungsbezug zu sehr mit den anderen Leistungsberechtigten nach dem SGB II in einen Topf zu werfen.

(Egbert Liskow, CDU:  
Das macht sie immer gerne.)

Den Eindruck habe ich.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das  
habe ich nicht gemacht. Entschuldigung!)

Warum, so frage ich Sie, sollen denn Selbstständige mit ergänzendem Leistungsbezug anders betreut werden als andere Selbstständige? Denn wie bekannt ist, besteht für Existenzgründer und Selbstständige bereits ein breites Leistungs- und Förderspektrum, das Maßnahmen wie Beratungsleistungen im Rahmen des geförderten Gründercoachings, Beratungsleistungen zur Behebung von Managementdefiziten sowie die Beratungsdienste der Kammern umfasst. All diese Beratungsmöglichkeiten stehen natürlich auch Selbstständigen mit ergänzendem Bezug offen. Warum nun für Sie eine Duplizierung dieser Angebote gerade durch die Arge notwendig ist, erkenne ich nicht.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:  
Weil jeder Mensch gleich ist.)

Vielmehr sollten doch die Spezialisten, die sich bereits in den genannten Coachingmöglichkeiten auskennen, diese für alle Selbstständigen anbieten. Die gesamte Infrastruktur noch einmal von den Argen bereitstellen zu lassen, wäre nicht nur eine Duplizierung, sondern in dem genannten Umfang auch gar nicht realisierbar. Sie sehen also, dass die Landesregierung ihren Einfluss auf die genannten Punkte nicht geltend machen muss.

Nun zu Ihrer Forderung, die Anerkennung steuerrechtlicher Vorschriften im Rahmen der Berücksichtigung von Ausgaben als selbstständige Arbeit nach dem SGB II zu prüfen. Es wurde hier bereits dargelegt, warum die Neuregelung in der seit dem 01.01.2008 geltenden Arbeitslosengeld II/Sozialgeld-Verordnung sinnvoll ist. Einerseits ist die jetzt erfolgte Methode exakter. Warum von dem Arbeitseinkommen auch nicht notwendige und gegebenenfalls nicht getätigte Ausgaben abgeschrieben werden konnten, ist unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten nicht nachzuvollziehen gewesen. Dass die Neuregelung nur noch tatsächlich geleistete und notwendige Ausgaben als abziehbar anerkennt, ist insofern richtig und gerecht.

Die Möglichkeit, die Höhe der Leistungen unmittelbar im Anschluss an den Bewilligungszeitraum festzulegen, ist auch für die Leistungsberechtigten ein Vorteil. Niemand hat etwas davon, dass mögliche Überzahlungen nach langfristigen Bearbeitungszeiten wieder zurückgefordert werden. Ich stimme daher mit den vom Wirtschaftsminister ausgeführten Einschätzungen überein, dass diese Regelung nicht infrage zu stellen ist. Auch ein eigener Länderbericht zu diesem Punkt ist angesichts der Tatsache, dass diese Daten bereits im Rahmen der Arbeitsmarktforschung des Bundes erhoben werden, überflüssig. Dadurch, dass der gleiche Sachverhalt zweimal analysiert wird, wird die Situation nicht beeinflusst, sondern es wird nur mehr Geld ausgegeben.

Sie sehen, ich habe eine Begründung geliefert, warum wir diesen Antrag ablehnen, und ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU –  
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Abgeordneter Rüks.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Koplín. Bitte, Herr Abgeordneter.

**Torsten Koplín**, DIE LINKE: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich auf den Redebeitrag des Wirtschaftsministers beziehen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Sie haben die Auseinandersetzung mit unserem Antrag genutzt, um „Einfach anfangen“ noch mal so richtig madig zu machen. Darauf muss ich einfach eingehen, weil wir auch mit dem Abstand von Jahren es für richtig und vernünftig halten, „Einfach anfangen“ in die Welt gebracht zu haben, denn „Einfach anfangen“ steht für Mut machen, „Einfach anfangen“ steht für eigene Potenziale heben, „Einfach anfangen“ steht für sich nicht unterkriegen lassen und „Einfach anfangen“ steht für sich nicht einigeln und einrichten im Hilfebezug. Und wie oft führen Sie hier ins Feld, dass es so viele gäbe, die sich einrichten, die sagen, man könne ja doch nichts machen.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Für all diejenigen haben wir eine Botschaft gesandt und gesagt: „Einfach anfangen“. Und „Einfach anfangen“ aus Sicht der Politik, Herr Minister, heißt, wir sind zuständig. Und ich erwarte ...

(Unruhe bei Minister Jürgen Seidel)

Nein, das ist nicht falsch. Ich sehe Sie da in der Verantwortung.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Sie sind zuständig, Sie sind zuständig für alle Selbstständigen in diesem Land, für alle.

**Vizepräsident Andreas Bluhm**: Herr Koplín, Herr Minister, keine Dialoge hier von der Regierungsbank und dem Pult. Sie als Minister können jederzeit ans Pult treten.

Herr Koplín, bitte schön.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

**Torsten Koplín**, DIE LINKE: Ja. Es war ja eine lebhaft Sache.

Wissen Sie, Sie machen ja einen Unterschied. Sie machen einen Unterschied. Können Sie sich zum Beispiel erinnern, Helmut Kohl, „Ärmel hochkrepeln“,

(Jochen Schulte, SPD: Der war aber nicht selbstständig.)

dieser Aufruf, oder Ich-AG? Wenn solche Slogans in die Welt gesetzt werden, dann sind die in Ordnung, dann werden die mit Beifall bedacht.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ja, das war noch drin.

Wenn wir sagen „Einfach anfangen“, dann ist es von Übel,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

wahrscheinlich weil es von einem Linken kommt oder von Linken kommt.

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Und wenn das der Fakt ist, muss ich sagen, dann sind Sie ideologisch verblendet, ideologisch verblendet, ja.

Und zur Ideologie noch einen Satz: Ich fand das ja putzig, dass Sie darauf Bezug genommen haben, dass wir ein Herz für Selbstständige entdeckt hätten. Wir haben aus unserer Geschichte gelernt und stehen für die Vielfalt von Eigentumsformen.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Egbert Liskow, CDU: Landesvorstand.)

Ja, das können Sie gern zur Kenntnis nehmen.

(Regine Lück, DIE LINKE:

Wenn Sie das nach so vielen Jahren immer noch nicht begriffen haben! –  
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und wir engagieren uns für Selbstständige, die sich mit ihren Geschäftsideen ihre Existenz aufbauen und sichern wollen. Das ist ohne Zweifel. Wogegen wir was haben, ist, gegen Spekulanten, gegen Wucherer,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

gegen diejenigen, die nichts anderes tun,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

als aus Geld mehr Geld zu machen. Das ist was anderes. Und da machen wir sehr wohl einen Unterschied.

(Stefan Köster, NPD: Die DDR war auch so.)

Und heute ist noch mal gesagt worden, wie viele Menschen in diesem Land in einer solchen Situation sind, dass sie tagtäglich versuchen, eine Geschäftsidee mit allem Know-how, was sie haben, umzusetzen. Was sie nicht haben, ist Geld, sie haben keine reiche Tante, keinen Lottogewinn. Sie haben also einen ganz anderen Background, Herr Schulte, als Sie seinerzeit. Ich fand das ja ganz in Ordnung, dass Sie hier auch differenziert haben und deutlich gemacht haben, in welcher Situation Sie in den Freiberuf gegangen sind. Also man muss da schon unterscheiden, und nichts anderes wollen wir. Man muss aber auch die besondere Situation berücksichtigen, in der diese Menschen leben. Und sie haben eben schlechte Ausgangsbedingungen.

Die Frage ist doch auch: Hätten unter solchen Bedingungen ein Siemens, ein Benz, ein Diesel, ein Zeiss heute noch eine Chance? Hätten die eine Chance?

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Es sind andere Rahmenbedingungen.

(Zurufe von Minister Jürgen Seidel und Egbert Liskow, CDU)

Die Frage ist jetzt: Hätten die eine Chance?

(Beate Schlupp, CDU: Wir sagen Ja.)

Sie sagen Ja, aber die Realität ist eine andere.

(Beate Schlupp, CDU: Das können Sie nicht beweisen.)

Den Großen wird der Teppich ausgerollt. Den Großen wird der Teppich ausgerollt und diejenigen über 4.000 haben schwierigere Bedingungen. Und die stoßen, das will ich Ihnen sagen – vorhin so im Gespräch oder im Zuruf zwischen den Reihen, Frau Schlupp, haben Sie gesagt: „Bringen Sie doch mal Beweise!“, die will ich gerne antreten –, also auf absonderliche Widerstände stoßen die Personen.

Zum Beispiel eine Bürgerin, eine angehende Selbstständige, war bei mir im Büro und sagte, sie war beauftragt

worden, für Schreibblöcke drei Angebote einzuholen. Sie wollte nicht mit Schreibblöcken im Großhandel handeln, sondern sollte für ihre Geschäftsidee drei Angebote für Schreibblöcke bringen.

Oder Unverständnis darüber, dass bei der Ertragsvorschau vorgelegt wurde, dass man saisonale Schwankungen in der Einkommensvorschau hätte. Als wäre das nicht das Normalste von der Welt, dass einige kontinuierliche Einnahmen haben mit einer entsprechenden Tendenz und andere eben saisonal bedingt unterschiedliche. Das ist denjenigen abgesprochen worden.

Oder Steuerberatungskosten. Einerseits wurde gesagt, bringt uns attestiert eure Ertragsvorschau. Dann machen sie das, woraufhin natürlich von der Unternehmensberatung/Steuerberatung Stempel drunter, das kostet Geld. Diese Kosten wurden aber nicht anerkannt.

Der Hintergrund ist möglicherweise – also ich bin nicht so angezogen, sind wir alle nicht, dass wir immer sagen, also die böse Behörde –, die Frage ist: Wo ist das Problem? Das Problem ist vielleicht, dass einerseits eine angehende Selbstständige/ein angehender Selbstständiger mit dem Background dort sitzt und auf der anderen Seite ein Verwaltungsfachwirt, der einer ganz anderen Logik, einer ganz anderen Struktur folgt, die Bewertung also aus Verwaltungsvorschriften ableitet. Aber was wir einfordern, ist, dass der Handlungsspielraum, der sich immer noch ergibt, dann auch wirklich genutzt wird. Unser Vorschlag ist unter anderem, Existenzgründerbüros und Argen sollen zu einer engeren Zusammenarbeit finden. Auch hier kann das Land einwirken, Herr Minister.

Ein weiteres Problemfeld: In zunehmendem Maße müssen wir feststellen, dass, also wenn sozusagen Auseinandersetzungen schon stattgefunden haben zwischen angehenden Selbstständigen und der Behörde, es dann zu Gerichtsurteilen kommt, und diese Gerichtsurteile der Sozialgerichte werden schleppend umgesetzt. Das geht so weit, dass die Arge-Chefs, denn das wird immer personalisiert, mit Zwangsgeldandrohungen beziehungsweise sogar Zwangshaftandrohungen, so weit geht das dann schon, konfrontiert werden und sie in letzter Minute das Gerichtsurteil umsetzen. Das ist mittlerweile fast schon in einigen Regionen ein Sport geworden. Da haben wir uns gefragt: Warum ist das so? Warum ist das so? Es wird ja nachgefragt.

Die Personalbemessung ist ohne Berücksichtigung der bearbeitungsintensiven Fälle vorgenommen worden. Es wird gesagt, wie viele sind in Bezug, und danach wird die Personalbemessung vorgenommen. Dass es bei Bezug und Bezug unterschiedliche Bedingungen geben kann, dass gerade Selbstständige im Hartz-IV-Bezug viel, viel bearbeitungsintensiver sind, das wird ausgeblendet.

Unser Vorschlag ist, dass in den zukünftigen Kooperationsausschüssen – und hier kommen Sie wieder ins Spiel seitens der Regierung – in den Ländern mit dem BMAS über die Rahmenbedingungen der gemeinsamen Einrichtungen und Optionskommunen verhandelt und diese Frage der bearbeitungsintensiven Fälle hier noch mal genauer beleuchtet wird.

Ein durchgängiges Problem – das letzte Problem, was ich nennen möchte – ist der Umgang der Behörden mit Gewinn- und Verlustrechnungen sowie Ertragsvorschauen. Die Fahrt- und Werbungskosten werden oft nicht als Betriebsausgaben anerkannt und zuweilen werden Hilfen zum Lebensunterhalt – das sind zwar seltene Fälle, aber kommen auch vor – als Betriebseinnahmen

berechnet. Und für Investitionen – auch durchgängiges Problem – kann nicht angespart werden.

Unser Vorschlag ist, eine Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen – Frau Borchardt hat darauf hingewiesen, wie hier die Problematik ist, und die steuerrechtliche Anerkennung hat ja schon eine Rolle gespielt –, wir sagen, es muss zu einer Änderung des SGB II kommen, zur Wiederherstellung der Anerkennung steuerrechtlicher Vorschriften, so, wie es bis einschließlich 2007 war.

Also, summa summarum, wenn Ihnen die Selbstständigen in diesem Land allesamt am Herzen liegen – Herr Präsident, ich bin damit am Ende –, wenn sie Ihnen am Herzen liegen, dann geben Sie sich einen Ruck und unterstützen unseren Antrag! – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten  
der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Abgeordneter Koplín.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Herr Schnur. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Toralf Schnur, FDP:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wollte wenigstens noch kurz auf Frau Borchardt und Herrn Koplín eingehen. Ich will das ganz deutlich sagen, ich fand den Beitrag von Herrn Schulte sehr angenehm,

(Michael Andrejewski, NPD:  
Angenehm einschläfernd.)

weil er im Grunde genommen genau das ausgedrückt hat, einschließlich des Wirtschaftsministers, was wir im Grunde genommen eigentlich auch beitragen wollten. Deswegen hatte ich eigentlich auch gedacht, dass man dort an der Stelle jetzt nichts mehr dazu sagen muss.

Aber, Herr Koplín, ich will an der Stelle dann doch mal auf die Geschichte „Einfach anfangen“ eingehen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Wenn man  
nichts mehr zu sagen hat, dann nimmt man das.)

Wissen Sie, es ist doch so – und da muss man doch einfach mal überlegen –, wenn Sie Leute, die unter Umständen ansonsten nicht in die Selbstständigkeit gegangen wären, in die Selbstständigkeit bringen, dann muss man doch die Frage auch stellen dürfen, ob man damit immer diejenigen auch in die Selbstständigkeit führt, die dort überhaupt hin sollten.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Herr Schnur,  
Sie wissen doch, dass es ein Existenzgründerseminar, ein Existenzgründerkonzept gibt  
und dass das alles nicht so einfach ist.)

Gleichzeitig will ich sagen –

(Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

und das ist ja einer der wesentlichen Effekte auch bei der Ich-AG –, bei der Ich-AG ist es doch genauso. Man hat viele in die Ich-AG gebracht, die möglicherweise nie im Leben selbstständig geworden wären. Ich will das jetzt gar nicht als negativ oder positiv werten, aber das muss man doch einfach mal feststellen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Sie haben  
keine Ahnung. Sie haben keine Ahnung.)

Und dann auf die Frage hin, die Herr Koplin gestellt hat, ob sich Benz und andere heute noch selbstständig gemacht hätten – der Wirtschaftsminister hat ja so einen Zuruf gemacht: Die hatten überhaupt gar keine Zuweisungen und sie sind trotzdem in die Selbstständigkeit gegangen. Ich glaube, das sollte man auch einfach mal so stehen lassen. Man muss auch einfach mal sehen, dass diejenigen, die jetzt hier am Markt agieren und Zuschüsse durch Hartz IV bekommen,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:  
Nicht nur Hartz IV.)

doch im Grunde genommen nicht, wie Frau Borchardt es gesagt hat, sich am Markt behauptet haben, sondern im Grunde genommen aufgrund ihres Zuschussbedarfs sich eigentlich am Markt eben nicht behauptet haben.

Und, Frau Borchardt, dann müssen wir auch noch mal in die Richtung gehen ...

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das hab ich überhaupt nicht gesagt. Lesen Sie mal nach!)

Sie haben gesagt, das kann ich Ihnen sagen:

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:  
Ich habe gesagt, einige haben sich am Markt behauptet und einige nicht.)

Es handelt sich um Leute, die sich am Markt behauptet haben.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Einige nicht.)

Das haben Sie hier gesagt. Das habe nicht ich gesagt.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Einige nicht.)

Und dazu muss man dann einfach nur anfügen und sagen: Frau Borchardt, das ist leider nicht so, sie haben sich nicht am Markt behauptet. Und ich will Ihnen auch sagen, die Gleichbehandlung zwischen Selbstständigen, die eigentlich keine sind, und normalen Unselbstständigen halte ich für sehr schwierig. Und deswegen lehnen wir als FDP Ihren Antrag auch ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –  
Barbara Borchardt, DIE LINKE:  
Ausgerechnet Sie, Scheinselbstständigkeit stärken. Das ist ja ...!)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Abgeordneter.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Und wir sind damit bei der Abstimmung.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3890 zur federführenden Beratung an den Wirtschaftsausschuss sowie zur Mitberatung an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung durch die Fraktionen DIE LINKE und der NPD, Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU und FDP abgelehnt.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3890 in der Sache. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. –

Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3890 bei Zustimmung durch die Fraktionen DIE LINKE und NPD, ansonsten Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU und FDP abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 15. Dezember 2010, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 13.02 Uhr**

Es fehlten die Abgeordneten Dr. Ulrich Born, Sylvia Bretschneider, Lorenz Caffier, Renate Holznagel, Burkhard Lenz, Gabriele Měšťan, Dr. Wolfgang Methling, Sebastian Ratjen, Dr. Margret Seemann, André Specht, Peter Stein, Dr. Henning von Storch, Jörg Vierkant und Dr. Gerd Zielenkiewitz.